

Die Regierung Trump und ihre Folgen

- * *Erklärung zum 1.Mai*
- * *Großmächte und syrische Revolution*
- * *EU, Erdoğan und die Türkei*
- * *Frauenbefreiung international*
- * *Aufstand in Ungarn 1956*
- * *Marxismus und EU*



LATUFF
2016
ALQUDS.CO.UK

Deutschsprachiges Journal der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), Nr. 26, Mai 2017

Revolutionäre Erklärung für den 1. Mai 2017	S.3
Syrien: Nein zu Trumps Raketenangriff!	S.7
Plattform der syrischen Revolutionäre	S.8
EU-Politiker fordern Auftrittsverbot für türkische Politiker	S.9
Türkei: Sofortige Freilassung für die inhaftierten HDP-Führer!	S.10
Minister Kurz schreibt Frauen vor, was sie tragen sollen	S.11
Erklärung zum internationaler Frauentag 2017	S.13
FEMEN-Aktivismus? Nein, danke!	S.15
Die Bedeutung, Konsequenzen und Lehren von Trumps Sieg	S.18
US-Wahlen: Der Sieg von Donald Trump ist ein historischer Wendepunkt	S.20
Aufruf zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf auf einer revolutionären Grundlage	S.23
Erster Weltkongress der RCIT	S.26
Österreich: FPÖ reicht Parlamentsanfrage gegen die RKO BEFREIUNG ein	S.27
Vor 55 Jahren: Die Revolution der ungarischen ArbeiterInnen wird in Blut ertränkt	S.29
Die Markt-Marxisten - Zwei bemerkenswerte Dokumente der ex-trotzkistischen L5I	S.32
Polemik: Verkörpert die EU einen „bürgerlich-demokratischen Fortschritt“?	S.34
Was will die RCIT	S.39

Revolutionärer Kommunismus ist das deutschsprachige theoretische Journal der *Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT)*. Die RCIT hat Sektionen und Aktivisten in Pakistan, Sri Lanka, Jemen, Tunesien, Türkei, Israel / Besetztes Palästina, Brasilien, Mexiko, Venezuela, Zimbabwe, Aotearoa/Neuseeland, Britannien, Deutschland, und Österreich.

RCIT Deutschland

Web: <http://www.diekommunisten.net/>

Email: rcit@diekommunisten.net

RCIT Österreich

Web: <http://www.rkob.net/>

Email: aktiv@rkob.net

Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz

Web: www.thecommunists.net

Email: rcit@thecommunists.net

Tel/SMS/WhatsApp/Telegram:

+43-0650-4068314

Adresse: Fuchselhofgasse 6,
1120 Wien, Österreich

Revolutionäre Erklärung für den 1. Mai 2017

In einer Welt der Krise, Kriege und Revolutionen ist die Schaffung einer neuen Weltpartei der Sozialistischen Revolution dringender denn je!

Erklärung der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT)

Genossinnen und Genossen, Brüder und Schwestern auf allen Kontinenten!

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) schickt ihre Grüße zum 1. Mai an alle Kämpferinnen und Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker auf der ganzen Welt. Es gibt keinen Zweifel, dass wir in historischen Zeiten leben. Der Verlauf der Menschheitsgeschichte verändert sich in einem beschleunigten Tempo. Wir leben genau zu dieser stürmischen Zeit, in der nach wenigen Jahren die Welt ganz anders sein wird als heute. Deshalb ist es unsere dringendste Aufgabe und Verantwortung als Revolutionäre, mit einem korrekten Programm und einer Orientierung in diese Ereignisse einzugreifen. Nur dann wird es möglich sein, eine Organisation zu schaffen, die die kämpferische Vorhut vereinen kann; eine, die den vor uns liegenden gewaltigen Schlachten einen revolutionären Stempel aufdrücken kann.

Wie wir in unserem Dokument der *Weltperspektiven 2017* ausführlicher ausgearbeitet haben, ist der Grund für die dramatischen Entwicklungen in der heutigen Weltpolitik die rasche Beschleunigung aller Widersprüche des globalen Kapitalismus. Die kapitalistische Weltwirtschaft zeichnet sich durch außergewöhnlich tiefe Widersprüche aus, die sich in naher Zukunft in einem weiteren globalen Zusammenbruch noch stärker als in dem von 2008 manifestieren werden. Erst vor kurzem zeigte eine neue Studie, dass im Jahr 2016 der globale Schuldenstand weiterhin rasant wuchs und nun bei 325% des weltweiten Bruttoinlandsprodukts steht, die umgerechnet erstaunliche 215 Billionen Dollar sind!

In dieser historischen Periode des kapitalistischen Zerfalls hat die Bourgeoisie, die seit über 40 Jahren auf abnehmende Gewinne reagiert hat indem sie die Arbeiterlöhne unter Beschuss nimmt, was wiederum ihre Unfähigkeit, die kapitalistische Produktion hinreichend zu verbrauchen verschärft hat, auf ein nutzloses Allheilmittel zurückgegriffen - mit dem Entfesseln des Ungeheuers unbegrenzter Kredite; also dem weltweit stetig wachsenden schwarzen Loch der Schulden. Darüber hinaus haben die daraus resultierenden geschwächten Steuereinnahmen kapitalistischer Staaten (nur weiter verschärft durch die Steuerabzüge, die die Reichen über Gesetze seit Jahrzehnten für sich selbst erlaubt haben) die Finanzierung des sogenannten „Wohlfahrtsstaates“ untergraben. Das bedeutet, dass diejenigen, die die steigenden Kosten der Krise des Kasinokapitalismus bezahlen, wieder einmal die Arbeiter und Unterdrückten sind, die heute nur einen kleinen Bruchteil der öffentlichen Dienstleistungen und Vorteile erhalten, die sie einst für die ihren hielten. Das ist die zerstörerische Dynamik, die dazu führt und dabei immer weiter geht, die arbeitenden Massen auf allen Kontinenten immer ärmer zu machen, während die reiche Elite schamlos den Reichtum der Welt ansammelt.

Vor dem Hintergrund dieses kapitalistischen Zerfalls

sind wir auch Zeugen von wachsenden Spaltungen in der Bourgeoisie wichtiger Nationalstaaten (z.B. in den USA) sowie in regionalen Blöcken (Britanniens Brexit aus der EU).

Darüber hinaus sehen wir die zunehmend rasche Beschleunigung der Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten: den USA, der EU, Japan, Russland und China. Die wachsenden Spannungen zwischen Russland und den USA in Syrien sowie der Konflikt zwischen den USA und China in Ostasien – um nur die jüngsten und sichtbarsten Beispiele zu nennen - sind deutliche Zeugnisse für diese verschärfte Rivalität. Es besteht kein Zweifel daran, dass militärische Provokationen und Stellvertreter-Kriege zwischen den Großmächten und letztlich ein dritter Weltkrieg unvermeidlich sind, wenn es der internationalen Arbeiterklasse nicht gelingt, die herrschenden Klassen rechtzeitig zu stürzen.

Genauso sehen wir eine Beschleunigung der imperialistischen Aggressionen, Kriege und Besetzungen gegen die unterdrückten Völker des Südens. Die endlose Teppichbombardierung der syrischen und der irakischen Völker sowohl durch Russland als auch durch die USA und ihre Verbündeten (wie Frankreich, Großbritannien und andere) hat - nach eigenen Angaben - den Tod von mehr als 100.000 Menschen in der Zeit von 2014 bis 2016 verursacht. In Afghanistan setzten die USA ihre Besetzung mit dem Marionettenregime in Kabul fort. Ebenso verstärkt die USA ihre Angriffe in Somalia, wie auch die Franzosen - mit Hilfe ihrer europäischen Verbündeten - in Mali. Weitere Beispiele für diese reaktionäre Offensive sind die saudische Aggression - unterstützt von den westlichen Imperialisten - gegen Jemen und das Kriegstrommeln der USA gegen Nordkorea. Und es gibt natürlich die niemals endende brutale Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch den Apartheidstaat Israel sowie die der Tschetschenen durch Russland, der Uiguren durch China, der Kaschmiri durch Indien, der Balutschen durch Pakistan und der Kurden durch die Türkei.

Ein weiterer Ausdruck der imperialistischen Unterdrückung ist der zunehmende Rassismus gegen Migranten in den imperialistischen Metropolen (z.B. Trumps Mauer der *Muslim ban*, Islamophobie in Europa, Pogrome gegen schwarze Migranten in Südafrika) sowie gegen ethnische Minderheiten wie die Schwarzen in den USA, Großbritannien oder Brasilien und religiöse Minderheiten wie die Muslime in Indien.

Alle diese Phänomene finden ihren Ursprung aus der reaktionären Offensive der herrschenden Klasse gegen die globale Arbeiterklasse und die Unterdrückten, die, wie wir angesprochen haben, von dem rasch um sich greifenden Zerfall des Kapitalismus angetrieben werden. Würdest du aber nur den Geschäftsanalysen der Unternehmensmedien folgen, so würdest du die Quelle dieses globalen Kräfteschwindens nie kennen. Stattdessen fahren die korrupten Medienkreise der bürgerlichen Regime

fröhlich fort, die tödliche Fehlfunktion des Kapitalismus als etwas zu vermitteln, das schlussendlich überstanden werden kann, solange die machthabenden Regierungen sich weiterhin an die Sparprogramme halten, die von Politikern und Medien tatkräftig in der Öffentlichkeit vermarktet werden. Gleichzeitig werden die Massen durch idiotische Belustigungsprogramme träge gemacht und an weniger ruhigen Tagen durch das Aufpeitschen von Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit und insbesondere von Islamophobie weiter abgelenkt. Während die Staatsgelder für soziale Programme zugedreht werden und verschwinden, schießt das Geld für den Ausbau der Maschinerie des Polizeiüberwachungsstaates aus allen Löchern. Damit kann er sich vorbereiten und stärken, um zukünftige Ausbrüche wieder unter Kontrolle zu bekommen, die durch den kochenden Zorn und die Verzweiflung der Massen, ob schwarz, braun oder ausländisch entstehen. Der Zuwachs der rechten Parteien (z.B. Le Pen, Wilders, Strache) wird von der gleichen engstirnigen Angst vorangetrieben, die von den kapitalistischen Medien befeuert wird. Und in seiner politisch niedrigsten Form wird diese Angst dazu verwendet, Staatsstrieche (wie in Brasilien, Ägypten und Thailand) zu rechtfertigen und die letzten Anstriche der bürgerlichen Demokratie ein für alle Mal zu entfernen.

Doch die Arbeiterklasse und die Unterdrückten unterwerfen sich nicht einfach und nehmen diese reaktionären Offensiven geduldig hin, sondern beginnen in immer größerer Zahl gegen sie zu kämpfen. Den entschlossenen Widerstand der Volksmassen können wir an verschiedenen Beispielen sehen: an dem anhaltenden Befreiungskampf des heroischen syrischen Volkes gegen Assads Tyrannei; im jemenitischen Widerstand gegen die Aggression von Saudi-Arabien; den Massenprotesten gegen den *Gasolinazo* in Mexiko; den Generalstreiks gegen die Putschregierung von Temer in Brasilien; den mächtigen Generalstreiks in Argentinien und Französisch-Guyana; der Verbrennung von Paraguays Nationalem Kongress; den riesigen Mobilisierungen in Chile und Perú; den mutigen Volksbewegungen der Frauen gegen Gewalt in Lateinamerika; dem Kampf der schwarzen Arbeiter und Jugendlichen in Südafrika; dem Volkswiderstand gegen die AMISOM-Besatzungstruppen in Somalia; den Massenprotesten gegen Korruption in Südkorea, die die rechte Präsidentin Park Geun-hye brachte; den unzähligen Streiks der Arbeiter in China; der kämpferischen Bewegung der armen Frauen in Indien; an der *Black-Lives-Matter*-Bewegung und der Anti-Trump-Bewegung in den USA; an den Massenprotesten in Solidarität mit Theo in Frankreich; und an den Demonstrationen zur Verteidigung der Flüchtlinge in Spanien.

Die Befreiungskriege, Streiks und Massendemonstrationen in zahlreichen Ländern auf der ganzen Welt sind ein Zeichen dafür, dass die Arbeiterklasse und die Unterdrückten aufwachen und bereit sind, gegen Diktaturen und Einsparungen zu kämpfen. Es ist entscheidend, diese Kämpfe auf eine höhere Ebene zu heben, indem Massenaktionskomitees bei allen Arbeitsplätzen und Vierteln gegründet, indem die Gewerkschaften vereinigt und radikalisiert und Volksmilizen geschaffen werden. Solche Schritte werden die Voraussetzungen erfüllen, um die herrschende Klasse zu stürzen und eine Regierung der Arbeiter und armen Bauern zu schaffen.

Allerdings werden derzeit alle diese Kämpfe ernsthaft durch das verheerende Fehlen einer revolutionären Füh-

rung der Arbeiterbewegung behindert. Derzeit werden die Kämpfe der Arbeiter und Unterdrückten von verschiedenen offiziellen Führungen kontrolliert - tückische Arbeiterbürokraten, Führer der sozialdemokratischen Parteien, Chefs von stalinistischen Parteien oder Castro-Chavismo-Parteien, ihre zentristische Anhängsel, Parteien, die den kleinbürgerlichen Nationalismus vertreten, und Parteien, die sich auf den Islamismus berufen. Diese gegenwärtigen Führungen haben die Arbeiter bewusst oder unbewusst irregeführt und unterdrückt. In großen Klassenkämpfen unterstützen sie oft die Konterrevolution oder nehmen eine feige neutrale Position ein (z.B. für Assad, General al-Sisi, den Staatsstreich in Brasilien, dem Euromaidan-Regime in der Ukraine, den Ausnahmezustand in Frankreich, den imperialistischen Kriegen im Nahen Osten, das ANC-Regime in Südafrika, den russischen und den chinesischen Imperialismus usw.).

Daher ist es die dringendste Aufgabe der Revolutionärinnen und Revolutionäre, sich international zusammenzubringen, um den Kampf um eine neue Weltpartei der Sozialistischen Revolution als eine klare und unmissverständliche Alternative zu Reformismus, Zentrismus und kleinbürgerlichem Populismus zu schaffen.

Revolutionäre sollten die Kämpfe für ein revolutionäres Programm damit verbinden, dieses Programm in eine Reihe von Strategien und Taktiken für die aktuellen großen Klassenkämpfe wirklich werden zu lassen. Nur Organisationen, die das marxistische Programm für die gegenwärtige Periode richtig verstehen und die aktuelle Weltlage und die daraus abgeleiteten Aufgaben für den Klassenkampf eindeutig anerkennen, können als Instrumente für die Schaffung neuer revolutionärer Parteien und einer neuen Weltpartei der Sozialistischen Revolution dienen.

Einige Leser, die uns ansonsten freundlich eingestellt sind, könnten einwenden, dass die wirklich revolutionären Kräfte so gering sind, dass es nicht möglich sein wird, in naher Zukunft eine starke Weltpartei der Revolution aufzubauen. Ihnen antworten wir, dass wir uns der Schwächen und Schwierigkeiten des vor uns liegenden Wegs völlig bewusst sind. Allerdings kann der Aufbau einer solchen neuen Partei nicht anders ablaufen, als dass man die Lehren aus den vergangenen Kämpfen, Revolutionen und Konterrevolutionen zieht. Wir haben genug Massenaufstände erlebt, die wegen des Fehlens einer wirklich revolutionären Partei besiegt und entmutigt wurden. Wenn wir vor dem ernsthaften Kampf für eine solche Partei der Vorkämpfer zurückschrecken, sondern nur auf schnelle Ergebnisse aus sind, werden wir die schreckliche Reihe an Niederlagen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte fortsetzen. Nein, unsere Klasse hat bereits einen viel zu hohen Preis für das Fehlen einer revolutionären Partei bezahlt. Es ist absolut dringend, den Kurs zu wechseln und eine neue Weltpartei aufzubauen, die auf einer ernsthaften revolutionären Grundlage aufbaut. Andernfalls wird die Arbeiterklasse weiterhin Niederlage für Niederlage über Jahre und Jahre erleiden!

Wir wollen daher die Aufmerksamkeit aller ernsthaften Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf unseren kürzlich veröffentlichten *Dringenden Aufruf* lenken, in dem wir die wichtigsten Schlussfolgerungen zusammenfassen, um die Vereinigung wirklicher Revolutionäre voranzutreiben:

Unserer Meinung nach sollten Revolutionärinnen und

Revolutionäre auf der ganzen Welt sofort beginnen zusammenzuarbeiten, um die Grundlagen für eine prinzipienfeste Vereinigung zu schaffen, damit wir den Prozess des Aufbaus einer neuen Weltpartei mit stärkeren Kräften vorantreiben. Der Ausgangspunkt für die Schaffung einer solchen Partei liegt in der Einigung bezüglich der wichtigsten Themen des globalen Klassenkampfes. Die RCIT betrachtet die folgenden Themen als solche programmatischen Grundpfeiler in der gegenwärtigen politischen Phase:

a) *Die Anerkennung der zunehmenden Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten – den USA, der EU, Japan, Russland und China.* Es ist nur möglich, die treibende Dynamik der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu verstehen und eine korrekte Position einzunehmen, wenn man nicht nur den imperialistischen Charakter der USA, der EU und Japans, sondern auch der neuen aufstrebenden Mächte Russland und China anerkennt. Nur auf solch einer Grundlage ist es möglich, das einzig richtige Programm zu diesem Thema zu erarbeiten - den *revolutionären Defätismus*, das heißt die Perspektive eines konsequenten Kampfes gegen alle imperialistischen Mächte. Das bedeutet, dass sich Revolutionäre weigern irgendeine Großmacht in inner-imperialistischen Konflikten unterstützen, nach dem Motto „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.

b) *Der konsequente Kampf gegen den Imperialismus.* Revolutionäre stehen für die *Niederlage* imperialistischer Staaten in jeglichen Konflikten mit Kräften, die unterdrückte Völker repräsentieren. Sie treten für den *militärischen Sieg*

der letzteren ein, ohne den nicht-revolutionären Führungen der Unterdrückten (z.B. kleinbürgerliche Islamisten, Nationalisten) *politische* Unterstützung zu gewähren. Dies gilt sowohl für inländische Konflikte (z. B. gegen eine unterdrückte Nation wie das tschetschenische Volk in Russland) als auch für Kriege im Ausland (z. B. Afghanistan, Syrien, Mali, Somalia). Ebenso müssen Revolutionäre in den imperialistischen Ländern für *offene Grenzen* und für die *volle Gleichberechtigung für nationale Minderheiten und für Migranten* kämpfen. Darüber hinaus weigern sich Revolutionäre, ein imperialistisches Lager gegen ein anderes in einem gegebenen Konflikt zu unterstützen (z. B. Brexit vs. EU, Clinton vs. Trump).

c) *Fortsetzung der Unterstützung für die Arabische Revolution.* Die Aufstände der Volksmassen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und anderen Ländern sind seit dem Beginn der neuen historischen Periode im Jahr 2008 die wichtigste und fortschrittlichste Klassenkampfentwicklung. Es ist wahr: angesichts des Mangels an revolutionärer Führung haben die Massen eine Reihe schrecklicher Niederlagen erlitten – wie der Staatsstreich von General al-Sisi in Ägypten im Juli 2013 oder die fortdauernde Abschachtung des syrischen Volkes durch Assad und seine ausländischen Hintermänner. Der revolutionäre Prozess setzt sich dennoch fort, und dies spiegelt sich in dem anhaltenden Volkswiderstand in Syrien, Jemen, Ägypten, Marokko, usw. wieder. Wirklich revolutionäre Kräfte müssen diese Massenkämpfe gegen Diktaturen und reaktionäre Kräfte bedingungslos unterstützen, ohne jegliche

Manifest der RCIT 2016

Manifest für revolutionäre Befreiung

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung

I. Der verfaulende Kapitalismus

II. Die gegenwärtige weltweite revolutionäre Geschichtsperiode

III. Die reaktionäre Offensive der herrschenden Klasse

IV. Ein Programm für die sozialistische Revolution, um den Untergang der Menschheit in die Barbarei zu stoppen

Verteidigung demokratischer Rechte!

Nieder mit Bonapartismus, Monarchien und Diktaturen!

Nieder mit Sparpolitik, Prekarisierung und Privatisierung!

Gegen die "Freihandelsabkommen" der Großmächte!

Das Land den Bauern!

Nein zum Landraub durch die multinationalen Konzerne!

Der Kampf der unterdrückten Völker gegen die imperialistische Aggression

Militarismus und zwischenimperialistische Rivalität zwischen den Großmächten

Die Verteidigung von Minderheiten gegen nationale Unterdrückung

Der Kampf für ein Ende der Gewalt gegen Frauen

Der Kapitalismus und Klimawandel

*Arbeiter- und Bauernregierung gegen die "Linksregierung"
Vorwärts zur Enteignung der Bourgeoisie -
für die sozialistische Revolution!*

V. Die Führungskrise und der Aufbau einer revolutionären Weltpartei

VI. Die Arbeit in Massenorganisationen und die Einheitsfronttaktik

VII. Der halbkoloniale Süden

Der Nahe Osten und Nordafrika

Lateinamerika

Asien

Afrika südlich der Sahara

VIII. Die aufsteigenden imperialistischen Großmächte des Ostens: China und Russland

IX. Die alten imperialistischen Großmächte: die EU, Nordamerika und Japan

X. Schlussfolgerungen

Anhang



politische Unterstützung für ihre nicht-revolutionären Führer (z.B. kleinbürgerliche Islamisten).

d) *Beteiligung an allen Massenkämpfen gegen Sparprogramme und gegen reaktionäre Angriffe auf demokratische Rechte.* Revolutionäre widersetzen sich *allen* Formen des Sektierertums, die die Teilnahme an Massenkämpfen unter dem Vorwand ihrer nicht-revolutionären Führung ablehnen. Stattdessen wenden sie die Einheitsfronttaktik in den Kämpfen der Arbeiter und Bauern an, die von reformistischen oder populistischen Kräften gegen Sparprogramme geführt werden (z.B. Gewerkschaften, Massenorganisationen der Bauern und städtischen Armen, aber auch politische Parteien wie MORENA in Mexiko, SYRIZA in Griechenland bis 2015, PODEMOS in Spanien) oder gegen antidemokratische Putsch und Diktaturen (PT, CUT, MST in Brasilien; Islamisten in Ägypten; Rebellen in Syrien). Eine solche Ausrichtung muss mit einem konsequenten Kampf gegen alle Formen der Volksfrontpolitik und des kleinbürgerlichen Populismus, und für das Wegbrechen der Arbeiter und Bauern von diesen nicht-revolutionären Führungen verbunden werden. Zugleich muss die Bildung einer unabhängigen und revolutionären Arbeiterpartei vorangetrieben werden.

Daher rufen wir alle Organisationen auf, die ehrlich um die Schaffung einer neuen Revolutionären Weltpartei bemüht sind, sich auf der Grundlage dieser programmatischen Grundpfeiler zusammenzuschließen. Konkret schlägt die RCIT vor, dass Revolutionäre ein *Gemeinsames Kontaktkomitee* aller Kräfte gründen, die der grundlegenden Linie mit einer solchen Perspektive einverstanden sind. Die Aufgabe eines solchen Komitees besteht darin, im Jahr 2017 politisch und organisatorisch eine *internationale Konferenz* vorzubereiten. Ziel einer solchen Konferenz

wäre es, konkrete Schritte zur Vorantreibung der Gründung einer Revolutionären Weltpartei zu erörtern. Die RCIT sucht die ernsthafte Debatte und die engst mögliche Zusammenarbeit mit allen Kräften, die diese Einstellung teilen.

Wir fordern alle Genossinnen und Genossen, Brüder und Schwestern auf, dieses Dokument zu studieren und mit der RCIT in Verbindung zu treten. Dann können wir anfangen gemeinsam zu besprechen, welche Schritte zur engeren Zusammenarbeit bei unseren gemeinsamen Bemühungen getan werden müssen, um das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Befreiung aufzubauen: eine neue *Weltpartei der Sozialistischen Revolution!* Marschieren wir vorwärts!

Keine Zukunft ohne Sozialismus!

Kein Sozialismus ohne Revolution!

Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!

Um sich einen genaueren Einblick in die Analyse der RCIT sowohl der gegenwärtigen Weltlage als auch unserer programmatischen Antworten zu verschaffen, weisen wir Leserinnen und Leser auf folgende Dokumente hin:

World Perspectives 2017: The Struggle against the Reactionary Offensive in the Era of Trumpism, <https://www.thecommunists.net/theory/world-perspectives-2017/>

Dringender Aufruf zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf auf einer revolutionären Grundlage, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/dringender-aufruf/>

Manifest für Revolutionäre Befreiung, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/rcit-programm-2016/>

Übersetzung: Rahime Berisha und Marek Hangler

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting: Marxismus und die Taktik der Einheitsfront

Vorwort

Einleitung

I. Zusammenfassung des Wesens der Einheitsfronttaktik

II. Die Einheitsfronttaktik in der Geschichte der revolutionären ArbeiterInnenbewegung

III. Der Kampf um die proletarische Hegemonie unter heutigen Bedingungen: soziale und ökonomische Veränderungen

IV. Der Kampf um proletarische Hegemonie unter heutigen Bedingungen: Politische Veränderungen

V. Die Einheitsfronttaktik und kleinbürgerlich-nationalistischen und populistischen Parteien in der halbkolonialen Welt

VI. Traditionelle reformistische Parteien, neue ArbeiterInnenpartei und Wahltaktiken

VII. Revolutionäre Taktik und kleinbürgerlich-populistische Parteien in imperialistischen Ländern

VIII. Die Einheitsfronttaktik und der Befreiungskampf der nationalen Minderheiten und MigrantInnen in den imperialistischen Ländern

Fussnoten



Syrien: Nein zu Trumps Raketenangriff!

Vertreibt alle Großmächte aus Syrien! Für den Sieg der Syrischen Revolution!

Stellungnahme der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), 7. April 2017

1. Letzte Nacht befahl US-Präsident Trump das Abfeuern von 59 Tomahawk-Raketen gegen den Shayrat-Flugplatz in der Provinz Homs, der unter der Kontrolle der Assad-Kräfte steht. Berichten zufolge wurden bis zu sieben syrische Soldaten und Zivilisten getötet, 20 Kampfflugzeuge wurden zerstört und der Flugplatz wurde beschädigt.

2. Dies ist ein offensichtliches außenpolitisches Manöver durch eine Regierung, die verzweifelt versucht die Aufmerksamkeit von ihrer Instabilität, Uneinigkeit und verrufenen Situation abzulenken. Dieser Angriff ist ein Versuch, der Welt zu signalisieren, dass „die USA etwas tun“ angesichts Assads barbarischem Chemiewaffenangriff am 4. April. Der symbolische Charakter dieses Angriffs wird durch die Tatsache hervorgehoben, dass das Weiße Haus Russland (und damit Assad) vom Angriff im Voraus informierte. Laut einer offiziellen Erklärung des Pentagon-Sprechers Captain Jeff Davis, „wurden die russischen Truppen im Vorfeld des Angriffs über das übliche Koordinierungsbüro informiert. Die US-Militärplaner haben Vorkehrungen getroffen, um das Risiko von russischen oder syrischen Mitarbeitern auf dem Flugplatz zu minimieren.“

3. Darüber hinaus haben die führenden Pentagon-Generäle bereits deutlich gemacht, dass dieser Angriff nicht der Beginn einer militärischen Offensive in den USA ist, sondern eine einmalige Sache. Die USA verpassen Assad eine Abreibung, um ihn zur Beendigung des syrischen Bürgerkrieges im Interesse der Großmächte zu bewegen.

4. Noch wichtiger ist, dass führende US-Regierungsbeamte deutlich gemacht haben, dass sie ihre Strategie in Syrien nicht ändern werden. Diese Strategie zeichnet sich durch den Wunsch aus, die Syrische Revolution abzuwürgen und alle Kräfte zu zerstören, die eine Beilegung des Bürgerkrieges im Interesse der Großmächte ablehnen.

5. Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) lehnt den US-Luftangriff bedingungslos ab, so wie wir auch die hunderten russischen Luftangriffe abgelehnt haben, die bereits Tausende von Menschen getötet haben. Die Syrische Revolution erreicht keine Vorteile, wenn ein großer Massenmörder symbolisch den Massenmörder eines kleinen Landes „bestraft“.

6. Ebenso lehnt die RCIT die Forderung nach einer UN-Flugverbotszone ab. Das würde nur die Kontrolle über den Luftraum von Syrien in die Hände der imperialistischen Mächte legen. Aber diese Mächte haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie der Syrischen Revolution feindlich gegenüber stehen!

7. Jede Einmischung der Großmächte in Syrien, sei es aus Russland oder den USA, muss verurteilt werden, da sie dem syrischen Volk nur schaden kann. Niemand hat vergessen, dass Russland im Dezember 2016 selbst behauptet hat, dass 71.000 Luftangriffe durchgeführt wurden, die 35.000 „Terroristen“ beseitigt haben sollen (tatsächlich meistens Zivilisten und Rebellen, <https://southfront.org/russisch-warplanes-eliminate-35000-terrorist-in-syrien/>). Und US-General Nagata verkündete ebenso am 5. April 2017, dass die US-geführte Koalition „wahrscheinlich fast 70.000“ Menschen im Irak und Syrien getötet habe

(<https://isis.liveuamap.com/en/2017/5-april-number-of-isis-fighters-killed-by-coalition-in-iraq>) Das Schicksal des syrischen Volkes in die Hände dieser imperialistischen Massenmörder zu legen kann nur katastrophale Konsequenzen für das syrische Volk haben! Wir verurteilen daher die Führungen der *Syrischen Nationalen Koalition* und der FSA für ihre Unterstützung des US-Angriffs.

8. Wir erwarten verschiedene hysterische Stellungnahmen des Pro-Assad-Flügels in der „Linken“, der den US-Luftangriff verurteilt. Sozialisten und ehrliche Demokraten werden nur Verachtung für diese Stalinisten und Castro-Chavisten haben, die in Wirklichkeit sozial-imperialistische Unterstützer von Russland und China sind! Diese Leute haben keinen einzigen Finger gerührt, als Russland Zehntausende von Menschen in Syrien tötete. Genauso wenig leisten sie Widerstand, wenn der US-Imperialismus 70.000 Menschen in Syrien und im Irak tötet. Allerdings sind sie empört, wenn die USA einen einmaligen Luftschlag auf einen Flugplatz von Assad machen! Diese Menschen sind keine Antiimperialisten, sondern Unterstützer der reaktionären Assad-Diktatur sowie des imperialistischen Russlands in der Verkleidung des „Anti-imperialismus“!

9. Die RCIT hat in zahlreichen Dokumenten erklärt, dass wir in einer Zeit der historischen Krise des Kapitalismus leben, in der sich die Rivalität zwischen den imperialistischen Mächten – den USA, der EU, Japan, Russland und China – unweigerlich beschleunigt. Darum kann man nicht ausschließen, dass diese inner-imperialistische Rivalität die Großmächte – entgegen ihrer gegenwärtigen Absichten – zu einem qualitativ schwerwiegenderen Konflikt um Syrien führen könnte. Theoretisch könnte dies zu einer Situation führen, in der beide Seiten im syrischen Bürgerkrieg zu Stellvertretern für eines der imperialistischen Lager werden. Eine solche theoretische Möglichkeit entspricht jedoch nicht der gegenwärtigen Realität der Syrischen Revolution. Revolutionärinnen und Revolutionäre leiten ihre Taktik aus der konkreten Wirklichkeit des gegenwärtigen Klassenkampfes ab und nicht aus theoretischen Möglichkeiten in der Zukunft.

10. Wir wiederholen, dass der einzige Weg vorwärts für die Syrische Revolution in der Schaffung von Volksräten und –milizen besteht, die unter der Kontrolle der Arbeiter und armen Bauern stehen und die für eine Arbeiter- und Bauernrepublik kämpfen. Wir rufen dazu auf, eine internationale Bewegung der Arbeiterklasse in Solidarität mit der Syrischen Revolution aufzubauen. Während die RCIT den US-Angriff scharf ablehnt, fordern wir die Unterstützung für den syrischen Befreiungskampf, indem den syrischen Rebellen moderne Waffen geschickt werden, damit sie sich gegen Assads mörderische Luftwaffe und moderne Panzer verteidigen können.

* *Stoppt die Einmischung der USA und Russlands in Syrien! Vertreibt alle Großmächte aus Syrien!*

* *Nieder mit dem Assad Regime! Sieg der Syrischen Revolution!*

* *Die internationale Arbeiterbewegung muss den Befreiungskampf des syrischen Volkes unterstützen!*

Nieder mit der Tyrannei von Assad! Für den Sieg der Syrischen Revolution! Für eine Arbeiter- und Bauernrepublik!

Entwurf für eine Plattform der syrischen Revolutionäre, die in politischer Solidarität mit der RCIT stehen, April 2017

Wir rufen alle Revolutionäre auf, sich auf der folgenden Plattform zu vereinen und gemeinsam mit unseren internationalen Genossinnen und Genossen der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT) für diese Ziele zu kämpfen:

* Zerschlagt die Tyrannei von Assad! Für den Sieg der syrischen Revolution! Fortsetzung der Unterstützung für den Volkskampf gegen die Diktatur!

* Kein Vertrauen in und keine Zusammenarbeit mit irgendeiner imperialistischen Großmacht (wie Russland, USA, EU, China) oder mit den Regierungen einer der regionalen Mächte (wie Iran, Türkei, Saudi-Arabien)! Kampf gegen alle imperialistischen Interventionen!

* Nieder mit allen Diktaturen und reaktionären Regimen im Nahen Osten! Solidarität mit dem Widerstand der Völker, die für ihre Freiheit kämpfen!

* Nein zum Sektierertum! Wir wollen eine Gesellschaft, die die Meinung aller über Religion als ihre persönliche Entscheidung respektiert!

* Nieder mit der konterrevolutionären Daesh!

* Für die multi-religiöse und multi-nationale Einheit im Kampf gegen die Assad-Diktatur! Für das uneingeschränkte Recht auf nationale Selbstbestimmung für alle nationalen und ethnischen Minderheiten!

* Kein Vertrauen in die offiziellen Rebellen-Führungen - weder die pro-westliche FSA noch die verschiedenen Spielarten der Islamisten! Aber trotz unserer scharfen Kritik an diesen Führungen unterstützen wir bedingungslos den gegenwärtigen Kampf gegen das Assad-Regime, der von diesen Kräften geführt wird!

* Für die Bildung von Räten und Milizen des arbeitenden Volkes!

* Für eine Arbeiter- und Bauernrepublik in Syrien! Für die Ausbreitung der Revolution auf die ganze arabische Welt und den Nahen Osten!

* Die internationale Arbeiterbewegung muss sich zusammenschließen, um die syrische Revolution zu unterstützen! Für eine Arbeiter-Hilfskampagne für das syrische Volk – wie es in Solidarität mit dem bosnischen Volk in den Jahren 1992-1995 getan wurde!

* Die internationale Arbeiterbewegung muss eine Kampagne organisieren, um das Regime von Baschar al-Assad und seinen kapitalistischen Geschäftsfreunden zu boykottieren! Für Arbeiteraktionen gegen die imperialistischen Mächte, die das syrische Volk angreifen!

* Offene Grenzen für die syrischen Flüchtlinge! Nieder mit dem Rassismus und der Islamophobie in Europa!

* Am wichtigsten: Für den Aufbau einer revolutionären Partei in Syrien als Teil einer neuen revolutionären Internationale!



Kundgebung der syrischen Gemeinde gegen den Giftgasangriff durch die Truppen Assads (Wien, 6.4.2017)

EU-Politiker fordern Auftrittsverbot für türkische Politiker

Nein zur Zunahme der chauvinistischen Hetze gegen die Türkei durch die europäischen bürgerlichen Politiker! Verteidigt MigrantInnen gegen den imperialistischen Rassismus! Keine Unterstützung für Erdogans Verfassungsreformen!

Erklärung der österreichischen und deutschen Sektionen der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz, 7.3.2017

1. Der österreichische Bundeskanzler Christian Kern hat ein EU-weites Verbot von Kampagnenauftritten türkischer Politiker gefordert. Deutsche und niederländische Politiker haben ähnliche Forderungen erhoben, um es Politikern der türkischen Regierungspartei AKP zu verunmöglichen, Kundgebungen mit türkischen Migranten in ihren jeweiligen Ländern zu veranstalten. In zwei deutschen Städten wurden Pro-Erdogan-Kundgebungen bereits von den deutschen lokalen Behörden untersagt. Dies ist nur der jüngste Höhepunkt der chauvinistischen Agitation von führenden EU-Politikern – seien es rechts-extreme Populisten, Konservative oder Sozialdemokraten (einschließlich der deutschen *Linkspartei*, die einen Tourismus-Boycott der Türkei fordert) – gegen die Türkei und die türkischen Migranten.

2. Die österreichischen und deutschen Sektionen der RCIT verurteilen diese Politik als reaktionären und imperialistischen Chauvinismus! Es ist eine anti-demokratische Politik, die Kundgebungen der AKP – die stärkste Partei unter den türkischen Migranten – zu verbieten und türkische Politiker daran zu hindern, an solchen Kundgebungen teilzunehmen. Es ist ferner charakteristisch für den migrantenfeindlichen-Chauvinismus der EU, dass zugleich rechtsgerichtete Rassisten wie Strache, die AfD, Frankreichs Le Pen etc. ungehindert die Möglichkeit haben, Kundgebungen abzuhalten und Reden zu halten – nicht nur in ihren Heimatländern, sondern auch in anderen EU-Ländern. Das zeigt deutlich, dass rechtsgerichtete Rassisten, die sich für die Hegemonie der heimischen „weißen Rasse“ einsetzen, in der EU willkommen sind, um nach Belieben zu agitieren, während türkische Politiker, die unter türkischen Migranten eine starke Gefolgschaft haben, ausgeschlossen werden.

3. Die Motivation für die Kampagne der EU gegen die Türkei und ihre Regierung ist nicht ihre Sorge um Demokratie und Menschenrechte, wie sie heuchlerisch behauptet. Es geht vielmehr darum, das Erdogan-Regime unter Druck zu setzen, damit dieses den Forderungen der EU noch mehr Folge leistet, Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu kommen. Darüber hinaus befürchtet die EU, dass die türkische Regierung zu eigenständig wird und nicht nur mit den USA und der EU zusammenarbeiten möchte, sondern auch mit dem russischen Imperialismus. Kurz gesagt, die EU greift die türkische Regierung nicht für ihren undemokratischen Charakter an, sondern weil diese nicht ausreichend bereit ist, als loyaler regionaler Statthalter der imperialistischen EU zu handeln. Schaut wie zuvorkomend die EU im Gegensatz dazu mit der Militärdiktatur in Ägypten umgeht – ein Regime, das hundertmal autoritärer ist als das von Erdogan! Zu guter Letzt ist die Kampagne gegen die Türkei Teil der jahrelangen islamfeindlichen rassistischen Kampagne der herrschenden Klasse Europas, um das Bewusstsein der weißen

Arbeiterklasse in Europa zu vergiften, die verunsicherte weiße Mittelschicht hinter sich zu scharen und um die Unterdrückung muslimischer Migranten ideologisch zu rechtfertigen – unter denen die Türken den größten Teil in Mitteleuropa ausmachen.

4. Natürlich darf unsere Verteidigung des Rechts türkischer Politiker und Pro-AKP-Migrantenorganisationen, in der EU Kundgebungen abzuhalten, nicht mit irgendeiner politischen Sympathie für diese verwechselt werden. Ganz im Gegenteil, die RCIT verurteilt die Erdogan-Regierung als ein bonapartistisches Regime, das zunehmend die demokratischen Rechte in der Türkei begrenzt und die kurdische Minderheit brutal unterdrückt. Ebenso verurteilen wir das Regime in Ankara für die Zusammenarbeit mit der EU, um ihr zu helfen, Flüchtlinge von Europa fernzuhalten. Wir treten stark gegen die Verfassungsreform von Erdogan auf – ohne eine Unterstützung für die reaktionären Gegner der AKP zu liefern, wie die Kemalisten-CHP oder das von der CIA unterstützte Gülen-Netzwerk. Die RCIT unterstützt das Recht des kurdischen Volkes für nationale Selbstbestimmung – auch das Recht, einen eigenen Staat zu bilden.

Für die Analyse der imperialistischen Politik der EU, verweisen wir auf folgendes Dokument der RCIT:

RCIT: Increasing Instability and Militarization in the European Union. On the Tasks of Revolutionaries in the New Political Phase which has Opened in Europe after the Terrorist Attack in Paris, <https://www.thecommunists.net/worldwide/europe/militarism-in-eu/>

Für die Analyse der Erdogan-Regierung in der Türkei, verweisen wir auf folgende Dokumente der RCIT:

Action Program for Turkey by Sınıf Savaşı (Section of the RCIT in Turkey): <https://www.thecommunists.net/theory/program-turkey/>

RCIT: Turkey/Kurdistan: Stop the Terror against the Masses! <https://www.thecommunists.net/worldwide/afri-ca-and-middle-east/ankara-bombing/>

Türkei: Sofortige Freilassung für die inhaftierten HDP-Führer!

Freiheit für alle politischen Gefangenen! Nationale Selbstbestimmung für Kurdistan! Nieder mit Erdoğan's Polizeistaat!

Statement von *Smif Savaşı* (Sektion der RCIT in der Türkei), 06.11.2016

In der Nacht vom 3. auf den 4. November verhaftete der türkische Staat 11 Parlamentsabgeordnete der *Halkların Demokratik Partisi* (HDP, Demokratische Partei der Völker) – darunter den Vorsitzenden Selahattin Demirtaş sowie die Vorsitzende Figen Yüksekdağ – wegen des absurden Vorwurfes des „Terrorismus“. Die HDP wurde ein Ziel für Erdoğan's Polizeistaat wegen ihrer engen Verbindung mit den kurdischen Volksmassen und den fortschrittlichsten und radikalsten Schichten der ArbeiterInnenklasse im Allgemeinen. Bereits im Mai dieses Jahres wurde die Immunität fast aller HDP-Abgeordneter des türkischen Parlaments aufgehoben.

Die Gruppe *Smif Savaşı* (Sektion der RCIT in der Türkei) verurteilt diese Verhaftungen als einen weiteren Angriff des türkischen Staates gegen die demokratischen Rechte, gegen die politische Freiheit und gegen die Rechte des kurdischen Volkes. Allgemein gesprochen sind sie ein Teil des Rundumschlags gegen die politischen Feinde des diktatorischen Polizeistaates von Erdoğan.

Wir betrachten die HDP als eine linksreformistische, kleinbürgerliche Partei. Doch schon dieser Schatten einer konsequent-revolutionären Partei reicht für den türkischen Staat aus um die demokratischen Rechte weiter zu untergraben. Obwohl wir die HDP politisch kritisieren, weil sie einen unzureichenden politischen Kampf führt, verteidigen wir alle Mitglieder und Sympathisanten der HDP gegen den wirklichen Terroristen - den türkischen Staat!

Es ist absurd, dass der türkische Staat, der den Norden Syriens und des Irak besetzt um den Befreiungskampf des kurdischen Volkes zu untergraben, der dem Imperialismus seine Militärbasen anbietet um die Massen im Irak und in Syrien zu bombardieren, der innerhalb der letzten Jahre hunderte kurdische und revolutionäre AktivistInnen ermordet und gefoltert hat, der vor kurzem wieder diplomatische Beziehungen mit dem terroristischen Staat Israel aufgenommen hat, dass ein solcher Staat die HDP des „Terrorismus“ anklagt.

Die PKK, die in loser Verbindung zur HDP steht, wird vom türkischen Staat und dem westlichen Imperialismus

als eine „terroristische Organisation“ angesehen. Wir verteidigen die kleinbürgerlich-nationalistische PKK bedingungslos gegen diese Anklagen, da sie ein Produkt des nationalen Befreiungskampfes des kurdischen Volkes ist. Wir sagen aber auch deutlich, dass wir mit der Strategie der PKK und ihren Guerilla-Taktiken und individuellen Bombenangriffen nicht einverstanden sind. Was wir brauchen ist der Massenkampf der Arbeiter und Armen in den Städten und Betrieben!

Als RevolutionärInnen wissen wir auch, dass die größte terroristische Organisation in der Region – auf deren Konto die Morde an Millionen von Menschen gehen – die imperialistische NATO-Allianz ist. Tatsächlich ist die Türkei seit 1952 Mitglied dieser terroristischen Allianz, also fast seit ihrer Gründung. Als *Smif Savaşı* fordern wir den sofortigen Austritt der Türkei aus der NATO und die Vertreibung aller NATO-Truppen aus unserem Land.

Erdoğan steht mit seiner Politik der „Befriedung“ der Türkei vor riesigen Schwierigkeiten – deshalb muss er seine politischen Gegner ins Gefängnis stecken. Dies ist ein Zeichen seiner objektiven Schwäche, nicht seiner Stärke. Es ist wichtig, dass wir uns auf große Kämpfe in der Türkei vorbereiten. Angesichts der Instabilität der politischen Situation kann sich die gegenwärtige Arbeit der Revolutionäre für die Organisation von Arbeitern und Unterdrückten in naher Zukunft bezahlt machen!

Smif Savaşı steht Schulter an Schulter mit den Massen des kurdischen Volkes in ihrem Befreiungskampf. Es ist wichtig, dass RevolutionärInnen für eine Einheitsfront mit der HDP eintreten und versuchen ihre Basis für einen konsequenten revolutionären Kampf zu gewinnen.

Die zentrale Aufgabe besteht darin, die ArbeiterInnen in einer multinationalen revolutionären Partei zu organisieren um jede Ungerechtigkeit zu bekämpfen, die uns der Staat und seine herrschende Klasse zufügen. Was jetzt notwendig ist, sind Massenproteste und Solidaritätsstreiks gegen die Aushöhlung der demokratischen Rechte des kurdischen Volkes.

Nur die Revolution kann uns befreien!



Michael Pröbsting (l.) und Johannes Moraga (r.) geben als Sprecher der RCIT Interviews während der pro-syrischen Kundgebung (Wien, 6.4.2017)

Minister Kurz schreibt Frauen vor, was sie tragen sollen

Über die Idee des Kopftuchverbotes im Öffentlichen Dienst

Kommentar von Almedina Gunić, Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG, 10.1.2017

Integrationsminister“ (oder besser gesagt Assimilationszwangsminister) Sebastian Kurz hat eine heftige Diskussion losgetreten mit der Forderung des Kopftuchverbotes im Öffentlichen Dienst. In dieser Diskussion hat sich auch die immer mehr nach rechts gehende, durchwegs verräterische SPÖ offen für ein solches Verbot gezeigt. Es ist nicht das erste Mal, das die Frage des Kopftuchs in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Mehr noch als das, scheint es keine Diskussion über die Gleichberechtigung von Frauen geben zu können ohne dass sich früher oder später zumindest ein Rassist (und letztlich auch Sexist) zum „Frauenretter“ ernannt indem er vorschreiben will was wir Frauen zu tragen haben. Da es unter Rassisten derzeit besonders modern ist sich über unsere muslimischen Brüder und Schwestern aufzuregen, fließen imperialistische Arroganz, Islamophobie und Sexismus da perfekt ineinander.

Ich komme aus muslimischer Familie, sogar aus einer streng gläubigen. Daher habe ich durchaus persönliche Erfahrungen in der Frage des Kopftuchs. Ich habe etliche Gespräche mit befreundeten Muslima geführt, war unzählige Male in der Moschee und hatte auch eine Phase in meiner Jugendzeit in der ich aus freier Überzeugung streng gläubig war. Mir gefiel die Idee einer besseren Welt (wenn auch erst im Jenseits) und der Notwendigkeit für sie zu kämpfen. In all diesen Erfahrungen ist ein Gedanke sowohl von mir selber als auch von anderen Muslima zur Sprache gebracht worden: Die geführten Debatten um Kopftuchverbote sind absurd. Sie sind nichts anderes als die bigotte Reibfläche für all jene, die ein Ventil für ihren Chauvinismus schaffen wollen.

In dieser „freien, westlichen“ Gesellschaft hat jede Frau schon die Erfahrung gemacht, dass sie ihre Kleidung unter Berücksichtigung der potentiellen Reaktionen von Fremden wählt. Wie oft hat sich in dieser „freien, westlichen“ Gesellschaft schon eine Frau das eine oder andere Kleidungsstück verkniffen aus Sorge angemacht zu werden? Wie oft haben sich Frauen bewusst Kleidungsstücke ausgesucht in der Hoffnung in diesen ihre Interessen besser durchsetzen zu können, weil ihnen der Einsatz ihrer körperlichen Merkmale den reaktionären Höhlenmenschen dieser Klassengesellschaft gegenüber mehr Erfolg bringt als das klügste und eloquenteste Argument es könnte.

Ich habe tatsächlich nie aus Zwang ein Kopftuch getragen (auch wenn das in verschiedensten Familien sicher vorkommt) sondern etliche Male entgegen den Wunsch meiner streng religiösen Eltern. Diese wollten, dass mir rassistische Attacken erspart bleiben und haben sowieso mehr Wert darauf gelegt wie ich die religiösen Pflichten erledige. Ich habe das Kopftuch sehr oft in der Öffentlichkeit getragen, um mir als Jugendliche Avancen von wildfremden und teilweise deutlich älteren Männern zu ersparen. Es war eine Befreiung, ein Durchatmen keine Angst davor haben zu müssen eine fremde Hand an meinem Körper zu spüren. So sehr, dass ich rassistische Übergriffe in Kauf nahm. Die islamophoben Imperialisten

behaupten, das Kopftuch sei ein Zeichen des Islamismus, ein Symbol des politischen Islams. Für die Mehrheit der Muslima ist es Ausdruck ihrer religiösen Haltung. Und für eine erschreckend hohe Zahl von Frauen ist es die fast schon effektivste Möglichkeit Grapschereien und anzügliche Sprüche vorab abzuwehren.

Das Wesen der Frauenunterdrückung

All jene Elemente der Frauenunterdrückung, die sich auch in den Reihen muslimischer Kreise finden sind in ihrem Wesen gleich mit denen aller anderen Gesellschaftsschichten. Es geht um die Frage des Haushalts und der Kinderbetreuung, der damit verbundenen Doppelbelastung für Frauen. Es geht um die Frage des gleichen Lohns für gleiche Arbeit wie allgemein Chancengleichheit im Beruf. Es geht um die Frage der Gewalt gegen Frauen, sowie um die Frage welche Freiheiten Frauen nicht zugesprochen werden – Männern jedoch schon. Und all diese Themen beschäftigen uns Frauen egal welcher Herkunft oder Religion wir sind. Die Debatte ob es Frauen erlaubt sein soll ein Kopftuch zu tragen unterscheidet sich in seinem sexistischen Charakter kein bisschen von all jenen, die sich



Almedina Gunić spricht bei einer Kundgebung für Frauenrechte

empört haben über die Ablehnung von Büstenhaltern, das Tragen kurzer Röcke und dem Bikini. Es läuft immer darauf hinaus, dass es Frauen im Gegensatz zu Männern nicht gestattet wird selbst zu bestimmen was sie tragen. Warum wird unser Körper zum öffentlichen Gut? Warum müssen wir Frauen uns gefallen lassen, dass andere Menschen bestimmen was wir zu tragen haben und vorallem – was nicht? Es gibt auch unzählige religiöse Symbole und Bekleidungen, die von Männern getragen werden.

Warum zur Hölle wird permanent über das Recht auf Kopftuch diskutiert aber niemals über Kippas (jüdische Kopfbedeckung für Männer)? Es wird nicht diskutiert ob Sikhs ihre Dastar tragen dürfen bzw. ob sie ihre Haare schneiden sollen. Es kommt noch nicht einmal jemand auf die Idee den faschistischen Mob des Ku Klux Klan ihre weißen Vollverschleierungen in der Öffentlichkeit zu verbieten. Nein, sie marschieren fröhlich auf und bekommen sogar Polizeischutz. Was Männer tragen, ist einfach niemals ein Thema – ja noch nicht einmal von Religionskritikern. Es wird immer automatisch angenommen, dass es keinen religiösen Zwang für das männliche Geschlecht geben kann. Männern wird eine Grundfreiheit zugesprochen, eine Souveränität über ihre eigenen Entscheidungen von der keine einzige Frau auf Erden behaupten kann sie gleichermaßen erfahren zu haben.

Das ist der Grund warum wie also zum gefühlt tausendsten Mal über das Kopftuch sprechen.

Es ist wahrlich nicht notwendig Kommunistin bzw. Kommunist zu sein, es reicht sich als fortschrittliche Person, als Demokratin bzw. Demokrat zu verstehen um folgende Forderungen als Antwort auf die Frage des Kopftuchverbotes im öffentlichen Dienst zu geben:

** Gegen jedes Verbot des Tragens des Kopftuchs in all seinen Varianten (inklusive Niquab)! Sofortige Rücknahme des Burka-Verbotes!*

** Aufhebung aller Sondergesetze und Regelungen für bestimmte Religionsgruppen, allen voran sofortige Abschaffung des Islamgesetzes!*

** Volle Gleichberechtigung aller Migrantinnen und Migranten in allen Bereichen der Gesellschaft! Gleiche Staatsbürgerrechte für alle in Österreich lebenden Menschen, unabhängig ihres Aufenthaltsstatus!*

** Volle Entscheidungsfreiheit für alle Muslima (wie überhaupt für alle Frauen) was sie wann tragen wollen! Unser Körper gehört uns!*

** Für den Aufbau von Selbstverteidigungseinheiten von Muslima, unterstützt von allen fortschrittlichen Kräften und vorallem der ArbeiterInnenbewegung, um sich gegen rassistische Übergriffe wie das Runterreißen des Kopftuchs, Beschimpfungen und körperliche Attacken wehren zu können!*

Publikationen der RCIT

Michael Pröbsting: Rassismus, MigrantInnen und revolutionäre Integration

INHALTSVERZEICHNIS

Thesen zu Rassismus, Migration, der Lage der Migranten in Österreich und der Strategie der revolutionären Integration

Vorwort

Zusammenfassung

I. Migration und Kapitalismus

II. Bedeutung und Charakter der Migration im Imperialismus

III. Imperialismus und der Extraprofit des Monopolkapitals

IV. Imperialismus und Arbeiteraristokratie

V. Die Rolle der industriellen Reservearmee

VI. Entwicklungslinien der Migration seit den 1970er Jahren

VII. Nationale Unterdrückung, Überausbeutung der Arbeitskräften .

VIII. Die Grundlagen der Überausbeutung der MigrantInnen

IX. Die Formen der Unterdrückung von MigrantInnen in Österreich

X. Die 2. Generation der MigrantInnen

XI. Die Mängel der offiziellen Statistiken über die MigrantInnen

XII. Der tatsächliche Anteil der MigrantInnen an der Bevölkerung

XIII. Exkurs: MigrantInnen in Wien

XIV. Die Rolle des Rassismus im imperialistischen Kapitalismus

XV. Wie erleben MigrantInnen den Rassismus?

XVI. Die gesellschaftliche Grundlage des Sozialchauvinismus

XVII. Die zusätzliche Unterdrückung der Frauen und Jugendlichen

XVIII. Reaktionäre Kräfte innerhalb der MigrantInnen-Gemeinde

XVIII. Reaktionäre Kräfte innerhalb der MigrantInnen-Gemeinde

XIX. Die Tradition der revolutionären ArbeiterInnenbewegung

XX. Das Konzept der revolutionären Integration

XXI. Programmatische Forderungen

XXII. Bedeutung der MigrantInnen für die sozialistische Revolution

Fußnoten

Einheit durch Kampf für Gleichberechtigung! Resolution für das Recht auf Muttersprache für MigrantInnen an den Schulen

Vorwort der Redaktion

Assimilation, nationale Abschottung und revolutionäre Integration

Die Einheit der Klasse erfordert

den Kampf für die völlige

Gleichberechtigung

Sprache als Mittel der Verständigung

und als Mittel der nationalen

Unterdrückung

Die wachsende Bedeutung der

MigrantInnen im Kindergarten und

an den Schulen in Österreich

Die Notwendigkeit des

muttersprachlichen Unterrichts

Revolutionäre Integration und

Mehrsprachigkeit

Anmerkungen



Internationaler Frauentag 2017: Schwestern, lassen wir die Imperialisten wieder vor uns erzittern!

Internationaler Frauentag – Nach einem Jahrhundert: Verwandeln wir den 8. März in einen Tag der Generalstreiks!

Stellungnahme des Internationalen Frauensekretariats der RCIT, 08.03.2017

Das wichtigste Ereignis in der Geschichte der ArbeiterInnen und Unterdrückten war die erfolgreiche proletarische Revolution von 1917. *Die Große Russische Revolution* wäre nicht möglich gewesen ohne die kühne Initiative der Arbeiterfrauen, die – im besten Sinn des Wortes „ungeduldig“ – die Februarrevolution begannen, die sich als Vorbote der bolschewistischen Oktoberrevolution 1917 herausstellte. Die großen Heldinnen der Februarrevolution verwandelten den *Internationalen Kampftag der Arbeiterfrau* in einen Tag des Generalstreiks, der schließlich im ganzen Land das Feuer der Revolution entflammte. Am Abend des Internationalen Tages der Arbeiterfrau 1917 war dieser Funke der Revolution schon auf ihre Klassenbrüder übersprungen. Die Avantgarde Rolle der Frauen in Revolutionen hatte sich allerding schon lange davor in der Zeit der französischen Revolution von 1789 bis 1794 gezeigt. Seit dem *Marsch nach Versailles* im Jahre 1789 haben wir wiederholt beobachten können, dass wir Frauen eine Garantie für Revolution darstellen.

Inzwischen, im neunten Jahr seit dem Beginn der historischen Periode der kapitalistischen Krise 2008, haben sich die inner-imperialistischen Rivalitäten zugespitzt während sich die ArbeiterInnen und Unterdrückten in einer Vielzahl von Ländern gegen die herrschende Klasse erhoben haben (vorallem in der arabischen Welt) – aber ebenso zahlreiche konterrevolutionäre Rückschläge erlebt haben.

Ein lebendiges Symbol der widersprüchlichen Entwicklung ist die Wahl des 45. Präsidenten der USA, Donald Trump. Die neue Regierung unter Trump stellt nicht nur eine massive Bedrohung für die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten Nordamerikas dar, sondern vielmehr für die ganze Welt. Wir haben schon erleben dürfen, wie diese Gefahr Realität wurde durch die versuchte Einführung des sogenannten *Muslim Ban*, einer widerwärtigen Attacke gegen die Migranten verschiedener muslimischer Länder, die von Trump iniiert wurde. Wir können ebenso zunehmende rassistische Angriffe gegen das mexikanische Volk beobachten, die sich nicht nur im schon teilweise umgesetzten Plan zeigt, eine große Mauer entlang der Grenze zu Mexiko zu bauen sondern auch in einer massiven Zunahme von Abschiebungen. Ebenso wurden erneut Angriffe auf die heldenhaften KämpferInnen des *Standing Rock* in North Dakota begonnen, nachdem die Trump Regierung die massive Vernichtung des Lebensraums der Indianischen UreinwohnerInnen durch die skrupellosen Öl-Konzerne mittels einer Pipeline wieder gesetzlich erlaubt hat.

All diese Angriffe werden von einer Regierung geführt, die von Milliarden Menschen weltweit verabscheut wird. Mehr noch als das provoziert die Trump Regierung Massenproteste eben wegen ihres extremen Chauvinismus und ihrer Arroganz der superreichen Elite. Die Trump

Regierung beschämt sogar diejenigen imperialistischen Kräfte, die behaupten demokratische Grundrechte zu verteidigen - hauptsächlich den liberalen Flügel in den USA, Kanada und der Europäischen Union - während sie unter den östlichen Imperialisten wie Russland, China und Japan Verwirrung und Amusement schafft. Wir nehmen die moralische Empörung der liberalen Bourgeoisie gegen die Trump Regierung keine Sekunde ernst, zumal sie selbst in der Vergangenheit (sowie gegenwärtig vorallem in Europa) eine vergleichbar rassistische und imperialistische Politik gegenüber den ArbeiterInnen und Unterdrückten ihrer eigenen Länder wie auch gegenüber unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern in den halbkolonialen Ländern gefahren ist.

Die Trump Regierung ist einerseits eine massive Gefahr für die ArbeiterInnen und Unterdrückten und ein Beschleuniger der inner-imperialistischen Rivalität, stellt aber ebenso einen unbeabsichtigten Mobilisator für Massenproteste dar.

Frauen waren und sind nach wie vor eine treibende Kraft in den Massenmobilisierungen, die wir seit der Angelobung von Trump am 20. Januar erlebt haben als über 5 Millionen Menschen, hauptsächlich Frauen, international gegen die Trump Regierung protestierten. Es gibt zahlreiche Aufrufe für einen Generalstreik der Frauen am Internationalen Kampftag der Frauen (8. März) – eine Initiative, die in dieser Breite und Form seit fast einem Jahrhundert nicht gesetzt wurde.

Weniger als einen Monat zuvor gab es schon einen Massenstreik der migrantischen ArbeiterInnen in den USA, den „*Day Without Immigrants*“ vom 16. Februar.

Tatsächlich waren es die MigrantInnen, die schon in der Vergangenheit die Traditionen der ArbeiterInnenbewegung - so wie den ersten Mai seit 2006 - wiederbelebten. Vorallem unsere mexikanischen Brüder und Schwestern haben zusammen mit MigrantInnen aus anderen lateinamerikanischen Ländern die Tradition des ArbeiterInnenkampftags in die USA zurückgebracht. Es ist somit die lebendige ArbeiterInnenbewegung Lateinamerikas, die durch die kämpferischen MigrantInnen auch die versteifte Tradition der US-ArbeiterInnenbewegung belebt. Angesichts dessen ist es kein Wunder, dass die zahlreichen Attacken Trumps gegen Mexiko im Besonderen wie allgemein gegen alle MigrantInnen, dass diese neue Ära unter Trump auch große Massenproteste in Mexiko und in anderen lateinamerikanischen Ländern provozierte!

Im Oktober 2016 sind tausende Frauen unter dem Motto „*Ni Una Menos*“ (Nicht Eine Weniger) gegen die Femizide in Argentinien marschiert. Wir haben ähnliche Massendemonstrationen in Mexiko (*Ni Una Muerta Más*), Bolivien, Chile, El Salvador, Paraguaj sowie Uruguaj gesehen. In solchen wichtigen und beeindruckenden Massenbewegungen von Frauen ist ein US-Präsident, der für den

Spruch „*grab her by the pussy*“ wie auch für unzählige rassistische Aussagen bekannt geworden ist, eine zusätzliche Provokation.

Tausende sind sowohl in den USA als auch in London gegen den extrem rassistischen *Muslim Ban*, der von der Trump Regierung initiiert wurde marschiert. Die Politik Trumps schafft eine solch scharfe Trennlinie, dass selbst diejenigen mobilisiert werden gegen den *Muslim Ban* zu protestieren, die sich nicht immer anfreunden konnten mit dem Gedanken einer multinationalen Zusammensetzung der Bevölkerung beziehungsweise die dumpfe Vorurteile gegen Muslime heg(t)en. Selbst das tiefe, allgemeine Misstrauen – das durch die chauvinistische Propaganda der imperialistischen Großmächte gegen „nicht-weiße“ Menschen und hauptsächlich gegen Muslime eingepflegt wurde – wurde in breiten Teilen der Bevölkerung zumindest stellenweise aufgebrochen.

Wir können allerdings ebenso eine Zunahme von direkten und gewalttätigen Angriffen auf MigrantInnen und Muslime durch rechte Kräfte beobachten, die sich – ebenso wie ein relevanter Teil an reaktionären Elementen in der Gesamtbevölkerung – durch den Sieg Trumps ermutigt fühlen. Entlang der scharfen Trennlinie ist es die höchste Pflicht der ArbeiterInnenklasse sowie aller Unterdrückten – und vorallem ihrer Avantgarde – das Banner der Klas-

senolidarität hochzuhalten. Hier liegt auch die Pflicht von uns Arbeiterfrauen, von uns armen Frauen von Stadt und Land das Vorbild für unsere gesamte Klasse zu sein, wie wir es schon in der Geschichte immer wieder waren.

Es ist Zeit unsere eigene heldenhafte Tradition wiederzubeleben und einen Schulterschluss mit allen Unterdrückten einzugehen. Es ist Zeit das imperialistische Biest aufzuhalten, die arabischen Revolutionen wiederzubeleben, die spontanen Proteste der MigrantInnen, der Schwarzen und Muslime in einen organisierten, gemeinsamen Kampf zu verwandeln, für eine proletarische Führung in der neu entstehenden Frauenbewegung zu kämpfen ebenso wie für die Erweiterung der Bewegung um unsere Schwestern in den halbkolonialen Ländern, die eine führende Rolle in einer internationalen, revolutionären Frauenbewegung spielen müssen. Es ist Zeit den 8. März nicht nur einen Tag der großen Geschichte sein zu lassen, sondern ihn zu einem Tag der großen Gegenwart und Zukunft zu machen. Lasst uns den 8. März in einen Tag der Generalstreiks verwandeln! Lassen wir die Imperialisten weltweit wieder vor uns erzittern!

Eine ausführlichere Analyse der Gegenwart und Perspektive der internationalen Frauenkämpfe finden sich unter <https://www.thecommunists.net/oppresed/resolution-womens-liberation/>

Programm der RCIT

Das Revolutionär-Kommunistische Manifest

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort und Einleitung

1. Die Welt in der wir leben

2. Neue historische Periode revolutionären Charakters

3. Die Welt, für die wir kämpfen

4. Die Führung, die wir haben und die Führung, die wir brauchen

Der Kampf um die Gewerkschaften; Veränderungen in der ArbeiterInnenklasse; Aktionskomitees – Räte; Die demokratischen Protestbewegungen

5. Das Programm der Revolution

Aktionsprogramm zur Rettung der Menschheit vor dem kapitalistischen Elend

Streicht die Schulden! Enteignet die Banken und Spekulanten!; Gegen Lohnkürzungen, unsichere Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitslosigkeit!; Kampf der Inflation! Für die Anpassung der Löhne an die Inflation! Für Preiskontrollkomitees!; Verteidigung der öffentlichen Dienstleistungen! Kampf der Privatisierung!; Schluß mit dem „Geschäftsgeheimnis“! Für ArbeiterInnenkontrolle! Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm!; Kein Aus-

einanderdividieren - Gemeinsamer Kampf unabhängig von Nation und Standort!; Schluß mit Steuergeschenken für die Reichen! Enteignet die Superreichen!; Keine Verschlechterungen bei der Ausbildung! Bildung für alle unter Kontrolle der ArbeiterInnenklasse und Jugend!; Revolutionärer Kampf für Demokratie; Befreit die unterdrückten Völker aus den Klauen der Banken und Konzerne!; Unterstützt die nationalen Befreiungskämpfe unterdrückter Völker!; Kampf der Überausbeutung und nationalen Unterdrückung der MigrantInnen!; Kampf dem Faschismus; Rettet unseren Planeten von der kapitalistischen Klimakatastrophe!; Arbeitsplätze und Wohnungen für die Armen in den städtischen Slums!; Das Land den Bauern! Organisiert die LandarbeiterInnen!; Gemeinsamer Kampf für die Frauenbefreiung!; Kampf der sexuellen Unterdrückung durch Staat und Kirche!; Schluß mit der Unterdrückung der Jugendlichen!; Nieder mit Militarismus und imperialistischen Krieg!; Die Bewaffnung der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten; Für eine ArbeiterInnen-Regierung, gestützt auf die armen Bauern und die städtische Armen; Durch den bewaffneten Aufstand zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus! ■



FEMEN-Aktivismus? Nein, danke!

Diese Gruppe hat nichts mit wirklicher Frauenbefreiung zu tun

von Almedina Gunić, Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG, November 2016

Es gibt Dutzende gute Gründe, warum selbst eingefleischte Feministinnen ihre Probleme mit FEMEN haben. Der Kampf um die volle Gleichberechtigung von uns Frauen wird in der Öffentlichkeit in der Regel mit Feminismus verbunden. Viele Frauen (und auch Männer), die sich als FeministInnen bezeichnen, meinen damit: Ich bin gegen jede Form von Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen.

Um das daher von Anfang an klar zu machen: Feminismus ist in seiner Geschichte und Gegenwart im Gegensatz zum allgemein verbreiteten Verständnis dieser Bewegung nicht das Instrument, das zum Ziel der Frauenbefreiung führt. FeministInnen verwischen letztlich immer die Klassenlinie, die sich auch durch das weibliche Geschlecht zieht. Es gibt die herrschende Klasse (Bürgertum bzw. Bourgeoisie), das Kleinbürgertum, die ArbeiterInnenklasse. Frauenbefreiung kann letztlich nur von der ArbeiterInnenklasse zusammen mit den Armen von Stadt und Land erkämpft werden. Der Feminismus dagegen entspringt den Wünschen und Bedürfnissen der zwei anderen Klassen: Dem Bürgertum oder den Kleinbürgertum. Und diese zielen letztlich auf eine „Zusammenarbeit“ dieser Klassen aus, die die Zerschlagung des Systems der herrschenden Klasse, des Kapitalismus, vereitelt.

Wir sind als konsequente Kämpferinnen und Kämpfer gegen Frauenunterdrückung auch konsequente Kämpferinnen und Kämpfer gegen jede andere Unterdrückung (Rassismus, nationale Unterdrückung, etc.) und gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse und der Halbkolonien (der sogenannten Dritten Welt). Dennoch kann man nicht alle FeministInnen in einen Topf werfen. Jede Strömung des Feminismus hat ihre eigenen politischen Fehler, die der wirklichen Frauenbefreiung, die es nur im Sozialismus geben kann, entgegengesetzt sind. FEMEN gehört zu einer feministischen Strömung, die besonders widerwärtige, wenn auch nicht gerade viele, Positionen im Namen der (angeblichen) Frauenbefreiung vertritt. So widerwärtig, dass selbst zahlreiche FeministInnen diese Gruppe ablehnt.

Chauvinist als Gründer von FEMEN

Die Gruppe FEMEN ist von einem Mann namens Victor Svyatski gegründet worden, der laut einer Dokumentation von Kitty Green aus dem Jahre 2013 auch damals noch eine führende Rolle in der Gruppe spielte. Einige Monate nach der Veröffentlichung der Dokumentation gab Svyatski bekannt, dass er nicht mehr zu FEMEN gehört. Auch hat sich die Führerin von FEMEN Inna Shevchenko mehrmals dazu geäußert, dass Svyatski mit FEMEN nichts mehr zu tun hat. Es lässt sich an der Geschichte von FEMEN allerdings nichts ändern, dass Victor Svyatski nicht nur eine führende Rolle in den Anfängen der Gruppe spielte. Er war und ist ein ausgewachsener Chauvinist. Die Auswahl der FEMEN Aktivistinnen erfolgte in Absprache mit ihm und beinhaltete (und beinhaltet nach wie vor) ausschließlich schlanke, junge, schöne Frauen zu

wählen. Svyatski bezeichnet sich selbst als Patriarch, die Aktivistinnen nannte er immer wieder „bitches“. Um ein sehr bekannt gewordenes Zitat von ihm anzuführen: „Diese Mädchen sind schwach. Sie haben keine Charakterstärke. Sie haben noch nicht mal das Bedürfnis stark zu sein. Stattdessen zeigen sie Unterwürfigkeit, Rückratlosigkeit, Fehlen von Konzentriertheit und viele andere Faktoren, die sie davor bewahren politische Aktivistinnen zu werden.“

Hier geht es also gar nicht um die Frage, ob ein Mann eine zentrale Rolle im Aufbau einer Frauenorganisation spielen soll. Hier geht es um einen Sexisten, der auf die Frage ob er FEMEN (mit)gründete um „Mädchen zu bekommen“ mit „Vielleicht ja, irgendwo in meinem tiefen Unterbewusstsein“ antwortete. Nicht verwunderlich, dass im Rahmen der erwähnten Dokumentation eine führende FEMEN-Aktivistin das Verhältnis der Frauen in FEMEN zu Svyatski mit dem *Stockholm Syndrom* verglich, bei dem Entführungsoffer Sympathien mit ihren Entführern entwickeln. Sie machte klar, dass sie ihn wohl für ihren Aktivismus nicht brauchen, sehr wohl aber psychisch abhängig von ihm sein. Die Ursprünge von FEMEN sind eine Perversion, die ihresgleichen sucht.

„Sextremismus“ und sonst nichts

Die Aktionsform für die FEMEN bekannt geworden ist, bezeichnen sie selber als Sextremismus: Medieninszenierte Protestauftritte einzelner (halb)nackter Frauen. Unabhängig vom des im Kern widerwärtigen Auswahlverfahrens ausschließlich schlanke, hübsche und junge Frauen performen zu lassen, damit es auch ja zentral in die Medien kommt – eine Vorgehensweise, die selbst die politisch rückschrittlichsten unter den FeministInnen verachten: Die Protestform von FEMEN ist im besten Fall pseudo-radikal. Jede primitive Bier-Werbung schafft es (halb)nackte Frauen so zu inszenieren, das sie wegen ihrer geschlechtlichen Merkmale Aufmerksamkeit erzeugt wird. Doch im Gegensatz zu FEMEN maßen sich solche Werbekampagnen zumindest nicht an damit eine politische Botschaft zu verbreiten. Welche politische Botschaft das sein soll? „Unsere Mission ist Protest! Unsere Waffen sind nackte Brüste!“, „Manifestation des Rechtes auf ihren eigenen Körper durch die Frau ist der erste und wichtigste Schritt ihrer Befreiung. Weibliche Nacktheit, frei vom patriarchalen System, ist der Totengräber des Systems, kämpferische Manifestation und heiliges Symbol der Frauenbefreiung.“ FEMEN spricht also der Aktion einer nackten Frau bzw. mehrere nackter Frauen die Sprengkraft zu, das ganze System der Frauenunterdrückung zu zerstören. Angesichts dieser großen Erwartungen dürfte FEMEN keine allzu positive Bilanz ihrer bisherigen Erfolge ziehen können.

Die Aktionsform des „Sextremismus“, wie in FEMEN ins Leben gerufen hat, ist irritierend (nicht nur aber auch) weil es so inhaltslos ist. Als die kleinbürgerliche Frauenbewegung, die im Anschluss an die 68er Bewegung in Europa entstanden ist, ihre Aktionsformen entwickelte hat sie den Körper der Frau in den Mittelpunkt dieser Aktionsformen

gesetzt. Die wohl noch heute in weiten Kreisen bekannteste Aktionsform war das Verbrennen der BHs. Damals handelte es sich bei aller politischen Kritik, die wir an den kleinbürgerlichen Feministinnen haben, um ernsthafte Aktivistinnen, die sich mit zentralen politischen Fragen der Frauenbefreiung und anderer Themen auseinandergesetzt haben. Die Folge dieser politischen Auseinandersetzungen waren Ideen, die in Artikeln bis hin zu Büchern, in Reden, in Diskussionen dargelegt wurden. Ihre Aktionen inklusive der Nutzung des weiblichen Körpers um ihre politischen Botschaften auszudrücken waren nur ein Teil ihres politischen Daseins.

FEMEN hingegen rotiert um den Punkt angeblich radikaler Aktionen, die den weiblichen Körper als Plakat nutzen und setzt allgemein formulierte Botschaften in die Welt, die sich locker auf einem Kaugummipapier ausgeben würden. Nach drei kurzen Sätzen ist ihre politische Botschaft auch schon vorbei. Bei allem gebotenen Respekt, selbst ein Donald Trump – ein Mann mit besonders geringer Intelligenztoleranz – schafft es (mehr als) ein Buch zu schreiben bzw. schreiben zu lassen, in dem er seine politischen Überlegungen darlegt. So sehr sein Stil auch zur zerebralen Zersetzung der LeserInnen führt, die Bücher haben eine Reihe politischer Aussagen.

Die widerwärtige Liga der Islamophoben

Zu einen der wenigen Losungen, die FEMEN für sich ausgesucht hat, die sie aber dafür gleich als allererstes nennt ist: „Sofortige politische Entmachtung aller Diktaturen, die untragbare Lebensumstände für Frauen schaffen, allen voran theokratische islamische Staaten, die Sharia oder andere Formen des Sadismus gegen Frauen praktizieren.“

Die Sharia, die Gesetzgebung auf dem sich der politische Islam stützt, passt sich der jeweiligen Klassengesellschaft in der sie existiert an. Sie legt für sich genommen keine eigene Wirtschaftsform (feudale Wirtschaft, asiatische Produktionsweise, Marktwirtschaft, Planwirtschaft, etc.) fest. Sie ist ebenso stark von den jeweiligen nationalen Eigenheiten und der jeweiligen islamischen Strömung in ihrer Umsetzung beeinflusst. Es ist daher komplett absurd und zeugt von großer Ignoranz die Sharia automatisch

mit Diktaturen zu verbinden ebenso wie es falsch ist sie automatisch als Sadismus gegen Frauen zu bezeichnen. Die Aktionen die FEMEN gesetzt hat, haben das Stürmen muslimischer Veranstaltungen (natürlich mit nackten, beschrifteten Oberkörper) und das offene Beschimpfen von Muslimen und dem Islam als solches beinhaltet.

Als Kommunistinnen und Kommunisten sehen wir die sozialistische Sowjet-Gesetzgebung als die richtige Form an. Das bedeutet allerdings nicht, dass der Sozialismus Gesetzgebungen wie die Sharia verbieten wird. Im Gegenteil ist es Teil des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft all jenen Völkern, die ihre Traditionen – seien sie religiös oder kulturell – weiter erhalten wollen, auch dieses Recht zu gewähren. Die einzigen Einschränkungen, die sich für die Umsetzung der Sharia, wie auch für die Halacha (jüdisches Gesetzbuch), die Regeln der Amische (Strömung in den USA) oder andere christlicher Strömungen, der Hindus und vieler anderer religiöser Gruppen ergibt, liegt dort wo sie den Aufbau des Sozialismus verunmöglichen. Letztlich wird es die individuelle Entscheidung der Betroffenen sein, ob sie zum Beispiel bei Straftaten ihren Fall lieber nach dem Gesetz ihrer jeweiligen Tradition oder nach dem Gesetz des Sowjetsozialismus entschieden haben wollen.

Die Aussagen FEMENs zur Sharia und den „theokratischen islamischen Staaten“ sind in Wirklichkeit – auch in Verbindung mit ihren Aktionen – als das zu verstehen was sie in Wirklichkeit sind: Abstoßende, rassistische und islamophobe Herangehensweisen. FEMEN spricht auch allen muslimischen Schwestern überhaupt die Eigenständigkeit ab zu entscheiden, wie und in welcher Form sie ihren Glauben für sich leben wollen. Als sich eine Initiative namens „Muslim Women against FEMEN“ gegründet hat, die inzwischen über 16.000 Likes auf Facebook hat, kam über den Blog von Inna Shevchenko: „So Schwestern, (Ich bevorzuge es mit Frauen zu sprechen, auch wenn ich weiß, dass hinter ihnen bärtige Männer mit Messern stehen). Ihr sagt zu uns, ihr seid gegen Femen, aber wir sind hier für euch und für jede von uns, da Frauen die modernen Sklaven sind und es nie eine Frage der Hautfarbe ist. Ihr sagt, ihr lebt so wie ihr es wollt. Als die fünfte Frau im Harem ist das höchste was ihr sein könnt die Lieblingsfrau...Stimmt?“

Die Krise der EU und der Brexit

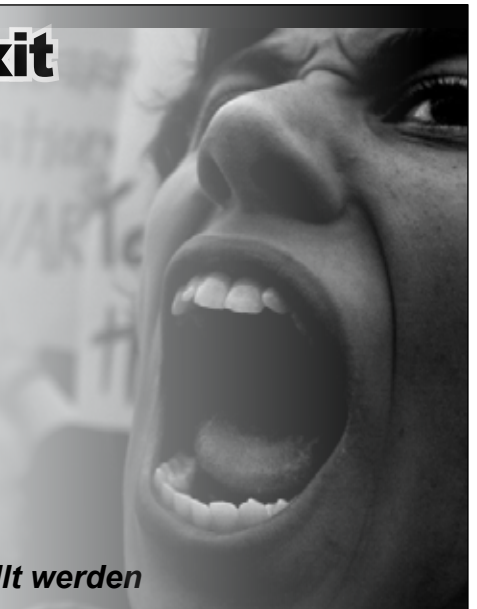
*** Marxismus, Europäische Union und das Brexit**

*** Die britische Linke und das EU-Referendum**

Zwei Broschüren von Michael Pröbsting
(Internationaler Sekretär der RCIT)

Preis: jeweils 3 Euro (plus Versandkosten)

Die Broschüren können über unsere Kontaktadresse bestellt werden



Diese Aussage beinhaltet all den Chauvinismus, der FEMEN so ausmacht – Rassismus in Kombination mit Sexismus mit einer ordentlichen Portion unbegründeter Aufgeblasenheit. Angesichts der oben dargelegten Ursprünge FEMENs erscheint der Kommentar Shevchenkos besonders bigott.

FEMEN versus wirklicher Frauenbefreiung

Der „Politik“ von FEMEN (wenn man es bei all den Beschränktheiten dieser Organisation überhaupt so nennen kann) ist dem Programm wirklicher Frauenbefreiung entgegengesetzt. Ein solches Programm beinhaltet unserer Meinung nach unter anderem folgende Losungen:

* *Schluß mit allen Formen der rechtlichen Benachteiligung der Frauen – sei es in der Arbeitswelt, beim Zugang zur Bildung oder bei den Wahlen!*

* *Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*

* *Für den massiven Aufbau von kostenlosen, gut ausgestatteten Kinderbetreuungseinrichtungen rund um die Uhr! Für ein breit gefächertes Angebot von günstige und hochwertigen öffentlichen Verpflegungsstätten und Wäschereien! Unser Ziel ist die Vergesellschaftung der Hausarbeit!*

* *Massive Unterstützung zur Umwandlung der Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse für Frauen!*

* *Für ein öffentliches Beschäftigungsprogramm, um die Voraussetzung für die Vergesellschaftung der Hausarbeit zu schaffen und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit unter den Frauen zu beseitigen!*

* *Freier Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln und Abtreibung auf Verlangen ohne Ansehen des Alters und unabhängig davon, im welchen Monat der Schwangerschaft sich die Frau befindet!*

* *Kampf der Gewalt gegen Frauen! Für den Ausbau öffentlicher und von Frauenorganisationen kontrollierten Frauenschutzeinrichtungen! Für den Aufbau von Selbstverteidigungseinheiten gegen frauenfeindliche Gewalt durch die ArbeiterInnen- und Frauenbewegung!*

* *Weg mit allen Gesetzen und öffentlichen Kampagnen über religiöse Kleidervorschriften! Für das Recht auf das Tragen religiöser Kleidung unabhängig davon, ob es sich um eine Form von muslimischer Verschleierung, um den Dastar der Sikhs o.ä. handelt! Aber auch gegen jeden Zwang, diese tragen zu müssen!*

* *Für den Aufbau einer revolutionären Frauenbewegung! Für das Recht auf eigene Treffen von Frauen in den Massenorganisationen der ArbeiterInnen und Unterdrückten*

Letztlich muss der Weg zur Frauenbefreiung verbunden sein mit dem Weg zur Befreiung der ArbeiterInnenklasse sowie aller Unterdrückten. Es ist ein Weg des revolutionären Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft. Um diesen Weg zu beschreiten braucht es mehr als Blumenkränze auf dem Kopf und ein Kaugummipapier-Programm. Das unterscheidet immerhin politische Aktivistinnen und Aktivisten von dem was FEMEN ist: Eine Truppe chauvinistischer Clowns.

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting:

Griechenland – eine moderne Halbkolonie

Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einigen besonderen Merkmalen

Die RCIT veröffentlicht die deutsche Übersetzung des im Dezember 2015 erschienenen englischsprachigen Buches: *Griechenland – eine moderne Halbkolonie*. Der Untertitel lautet: *Die widersprüchliche Entwicklung des griechischen Kapitalismus, seine gescheiterten Versuche eine kleine imperialistische Regionalmacht zu werden und seine gegenwärtige Lage als entwickelte Halbkolonie mit einigen besonderen Merkmalen*. Das Buch enthält 12 Tabellen, 35 Grafiken und 4 Karten. Der Autor des Buches ist Michael Pröbsting, der Internationale Sekretär der RCIT.

Kapitel I des Buches fasst die theoretische Konzeption des Marxismus bezüglich der Charakterisierung von imperialistischen bzw. halbkolonialen Ländern zusammen. Im Kapitel II legen wir einen kurzen historischen Abriss über die Entwicklung des griechischen Kapitalismus. Im Kapitel III setzen wir uns mit den Versuchen der Bourgeoisie seit Beginn der 1990er Jahren auseinander, Griechenland zu einer kleinen imperialistischen Regionalmacht aufsteigen zu lassen. Anhand zahlreicher Statistiken legen wir

das Scheitern dieses Unterfangens dar. Schließlich gehen wir in Kapitel IV auf die aktuelle historische Krise des griechischen Kapitalismus seit 2008 ein und legen dar, wie das Land von den imperialistischen Monopolen und Großmächten ausgeplündert wird. Im Kapitel V legen wir die wichtigsten programmatischen Schlussfolgerungen aus unserer Analyse dar. Im Abschlusskapitel fassen wir dann unsere Analyse in Form von Thesen noch einmal zusammen.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden oder als pdf auf unserer Homepage heruntergeladen werden.



Die Bedeutung, Konsequenzen und Lehren von Trumps Sieg

Von Michael Pröbsting (Internationaler Sekretär der Revolutionary Communist International Tendency), 24. November 2016

Anmerkung der Redaktion: Die folgenden Thesen sind die deutsche Übersetzung des zusammenfassenden Schlusskapitels einer in englischer Sprache veröffentlichten Broschüre von Michael Pröbsting. Die Broschüre kann sowohl über unsere Kontaktadresse bestellt (rcit@thecommunists.net) als auch auf unserer internationalen Homepage gelesen werden (<http://www.thecommunists.net/theory/meaning-of-trump/>).

1. Die US-Präsidentschaftswahl endete mit dem Sieg von Donald Trump – einem rassistischen und extrem rechten Kandidaten der Republikanischen Partei. Seine Regierung wird die reaktionärste in der Geschichte der USA. Sie markiert den Beginn einer neuen politischen Ära für die USA und die Welt.

2. Das Ergebnis der Wahl ist ein Beispiel für den undemokratischen Charakter der bürgerlichen Demokratie im Allgemeinen und des US-Wahlsystems im Besonderen. Trump „gewann“ die Wahl trotz der Tatsache, dass seine Rivalin, Hillary Clinton, über 2 Millionen Stimmen mehr als er erhielt! Tatsächlich wurde Trump von nur etwas mehr als ¼ der US-Wähler ins Amt gewählt.

3. Der Hauptgrund für Trumps Sieg war der Zusammenbruch der Unterstützung für die Demokratische Partei durch die ArbeiterInnenklasse. Während Trump eine ähnliche Anzahl an Stimmen erhielt, wie sie von den republikanischen Kandidaten in den vergangenen Wahlen der letzten Zeit gesammelt wurde, blieben viele Millionen Arbeiter, Schwarze und Latinos, die in der Vergangenheit für die Demokraten gestimmt hatten, den Wahlen fern, weil sie von dem Elend und der Repression angewidert waren, welche sie nach 8 Jahren der Obama-Regierung weiter erfahren. Für sie vertrat Clinton offen die Interessen der Wall Street und der Superreichen.

4. Während die Mehrheit der unteren und mittleren Schichten der Arbeiterklasse, der Schwarzen und Latinos, die zu den Urnen gingen, für Clinton stimmten, stand die Mehrheit der besser bezahlten Arbeiter, die Mittelschicht und die Bourgeoisie auf der Seite von Trump. Beunruhigender Weise gelang es Trump, die Unterstützung von Teilen der weißen Arbeiterklasse auf der Grundlage eines Programms des Chauvinismus zu gewinnen.

5. Die in Bildung begriffene Trump-Regierung, die am 20. Januar die Macht übernehmen wird, repräsentiert eine durch und durch reaktionäre Staatsführung. Angesichts ihrer Wahlkampagne und ihrer anfänglichen Ankündigungen steht sie für: (a) Weißen Chauvinismus, Islamophobie (die Forderung, Muslime den Eintritt in die USA zu verbieten usw.), einwanderungsfeindliche Politik (Aufbau einer Mauer an der mexikanischen Grenze, Massendeportation unregistrierter MigrantInnen usw.); (b) Wirtschaftlicher Protektionismus (ein 45%iger Zolltarif für chinesische Importe, Ablehnung der Freihandelsabkommen wie TPP, NAFTA und TTIP, Rückzug aus der WHO usw.); (c) Neoliberale Finanzliberalisierung (z.B. Verringerung der Körperschaftssteuern von derzeit 35% auf 15%, Beseitigung der Wall Street-Regulierung, einschließlich der Aufhebung der Dodd-Frank-Wall-Street-Reform - die Anti-Bank-Rettungspaket-Verordnung die nach der 2008-2009 Finanzkrise verordnet wurde); (d) Sofortige Strei-

chung des Klimaschutzabkommens auf der Grundlage der absurden Behauptung von Trump, dass der Klimawandel „ein von den Chinesen geschaffener Mythos ist, der die amerikanische Produktion schädigen soll“; (e) weitgehende Angriffe auf soziale und gesundheitliche Programme (der Plan zur Abschaffung von Obamacare usw.); (f) Angriffe auf Frauenrechte, wie die Abtreibung; (g) Forderungen, die Verpflichtungen der USA aus den langfristigen Allianzen mit anderen Staaten zu reduzieren (z.B. Aufforderung an die EU, Japan und Südkorea, ihre Verteidigungsbudgets zu erhöhen, damit die USA ihre Kosten senken können; Aufweichung oder sogar die Abschaffung der NATO); (h) Forderungen nach mehr militärischen Angriffen auf „islamische Terroristen“.

6. Die Trump-Regierung ist im Grunde eine instabile Koalition aus drei großen Gruppen: (a) dem Trump-Clan selbst, dem es an politischer Überzeugung fehlt, (b) den sehr rechten konservativen Republikanern (einschließlich christlich-evangelischer Fundamentalisten und Tea-Party-Populisten); und (c) der Bewegung der für weiße Vorherrschaft Eintretenden „Alternativen Rechten“.

7. Diese Regierung wird wahrscheinlich instabil sein, da ihr die Unterstützung der Mehrheit aller wichtigen Klassen und Schichten fehlt (Monopolbourgeoisie, städtische Mittelschicht, niedrigere und mittlere Schichten der Arbeiterklasse). Während die Monopolkapitalisten sicherlich die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Körperschaftssteuer befürworten, fürchten sie die angekündigten protektionistischen Maßnahmen Trumps und das Ende der stabilen Allianzen mit der EU. Die rassistischen und sozialen Angriffe der Regierung werden wahrscheinlich den Massenwiderstand der Arbeiter und Unterdrückten provozieren. Ebenso kann sie bedeutende Rückschläge erleiden, wenn sie riskante militärische Abenteuer im Ausland vom Zaun bricht. Eine Regierungskrise ist daher eine realistische Möglichkeit.

8. Die Trump-Regierung läutet den Beginn einer neuen Ära in der Weltpolitik ein. Seine objektive Grundlage ist der Niedergang der USA als globale Herrschernation. Trumps Programm erkennt diesen Rückgang an und strebt zugleich an, ihn umzukehren. Die Ablehnung der Globalisierung (ausgedrückt in der Beendigung von TPP und höchstwahrscheinlich TIPP) und die Rückkehr zu einem protektionistischen Programm sind Ausdruck dieser Entwicklung. Es ist auch eine Bestätigung der objektiven Tatsache, dass Russland und China große imperialistische Mächte geworden sind.

9. Im Gegensatz zu den Hoffnungen der verschiedenen Stalinisten und der Pro-Putin-Linken ist Trump keineswegs eine pazifistische Friedenstaube. Ganz im Gegenteil. Seine chauvinistische und protektionistische Politik wird eine weitere Beschleunigung der Rivalität zwischen den Großmächten (USA, EU, Japan, Russland und China) provozieren, da sie alle den wirtschaftlichen und letztlich militärischen Krieg gegeneinander intensivieren werden. Der EU-Imperialismus wird auch gezwungen sein, politisch und militärisch unabhängig von Washington zu werden.

10. Das Trump-Programm präsentiert ebenso den

„generationenübergreifenden Weltkrieg gegen den Islam“ (um es in den Worten von General Flynn, dem neuen Nationalen Sicherheitsberater von Trump, auszudrücken). Wir können militärische Interventionen in muslimischen Ländern auf der ganzen Welt erwarten – beginnend mit der Zusammenarbeit mit Russland bei der Liquidierung der Syrischen Revolution.

11. Die neue Regierung wird die lateinamerikanischen Länder mit Massendeportationen von Latino-Migranten, Neuverhandlung von Handelsabkommen zum Vorteil Washingtons usw. bedrohen.

12. Angesichts des offenen amerikanischen Chauvinismus und des anti-demokratischen Bonapartismus der neuen Regierung werden die USA ab jetzt nicht mehr die Rolle einer führenden ideologischen Kraft unter dem pro-westlichen und liberalen Bürgertum und der Mittelschicht auf der ganzen Welt spielen können.

13. Trumps Sieg wird zu einem Aufstieg reaktionärer, rechtspopulistischer Kräfte auf der ganzen Welt führen. Gleichzeitig wird es auch eine Beschleunigung des Klassenkampfes provozieren. Es gibt enorme Gefahren für die Arbeiterklasse, aber auch wichtige Chancen, den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und imperialistische Unterdrückung voranzubringen.

14. Die wichtigste Lehre aus der Wahlkampagne und den acht Jahren der Obama-Regierung ist, dass die Demokratische Partei kein Instrument ist, um die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten zu verteidigen. Statt gegen Trump zu mobilisieren, fordern Obama und Clinton nun alle Amerikaner auf, diesem rechtsgerichteten Demagogen „eine Chance“ zu geben.

15. Ähnlich haben wir gesehen, dass die „linken“ Demokraten wie Sanders und Warren vielleicht wie Linke reden können, aber in Wahrheit sind sie bürgerliche Politiker, die der Parteiführung untergeordnet sind und in erster Linie darauf abzielen, Wahlen und Ämter zu gewinnen und sogar auch sie haben angeboten, mit Trump bei bestimmten Themen zusammenzuarbeiten.

16. Die Gewerkschaften und die Massenorganisationen der Schwarzen und Latinos müssen mit der Demokratischen Partei brechen. Ihre Unterordnung unter die Interessen der Großkapitalisten, die die Demokratische Partei beherrschen, war der Hauptfaktor für die Schwäche des Widerstandes gegen die sozialen Angriffe und die rassistische Unterdrückung in den letzten Jahrzehnten; und gerade diese Schwäche machte es möglich, dass einige verwirrte Arbeiter nun voller Hoffnung auf Trump schauen.

17. Ebenso wenig ist die Grüne Partei ein Instrument für den Kampf der ArbeiterInnenklasse. Sie ist eine kleine Partei der Mittelschicht mit einem reformistischen Programm und vor allem an Wahlen orientiert.

18. Die wichtigste Aufgabe von SozialistInnen ist nun, für die Bildung einer *multinationalen Arbeiterpartei* zu kämpfen. SozialistInnen sollten in diesem Kampf auf allen Ebenen - in den Gewerkschaften, in den Massenorganisationen der Schwarzen und Latinos, in der spontanen Massenbewegung gegen Trump, die auf den Straßen entstanden ist usw. - teilnehmen. Eine solche Partei sollte für ein Übergangsprogramm kämpfen, welches sofortige wirtschaftliche und demokratische Forderungen mit dem Ziel der Enteignung der kapitalistischen Klasse und der Schaffung einer Arbeiterregierung verbindet. Es sollte sich nicht auf die Wahlen konzentrieren, sondern auf die

Mobilisierung und Organisation der Arbeiter und Unterdrückten für den Kampf an Arbeitsplätzen, Schulen und Nachbarschaften. Allerdings dürfen SozialistInnen nicht sektiererisch sein und sollten an allen Anstrengungen teilnehmen, um diese multinationale Arbeiterpartei aufzubauen, auch wenn sie zunächst kein solches Programm annimmt.

19. Sowohl die Wahlkampagne von Trump als auch die aktuelle spontane Massenbewegung gegen seine Regierung unterstreichen erneut die strategische Bedeutung der Frage der Unterdrückung von Migranten und Schwarzen. Sie repräsentieren einen rasch wachsenden Sektor der ArbeiterInnenklasse (bereits etwa 40%) und werden in nicht allzu ferner Zukunft die Mehrheit haben. SozialistInnen müssen für ein Programm der *revolutionären Gleichheit* kämpfen, d.h. für eine vollständige Gleichstellung in allen Bereichen, unabhängig von Staatsbürgerschaft, Sprachkenntnis usw. Ebenso müssen sie den Schwerpunkt auf die Gewinnung von Schwarzen und Latinos für Massenorganisationen der Arbeiterklasse und Unterdrückten, sowie für revolutionäre Organisationen, legen.

20. SozialistInnen müssen für ein Programm des konsequenten Antimperialismus kämpfen. Das bedeutet, dass sie sich gegen alle Formen des imperialistischen Chauvinismus und Protektionismus stellen müssen. Ebenso dürfen sie andere Großmächte wie Russland oder China nicht unterstützen. Sie müssen konsequent die Niederlage des US-Imperialismus bei allen militärischen Angriffen im Ausland fordern und den Widerstand der Unterdrückten unterstützen, auch wenn dieser Widerstand von kleinbürgerlich-islamistischen Kräften geleitet wird. Während sie diese Kräfte nicht politisch unterstützen, müssen sie ihren praktischen Kampf unterstützen, der die Niederlage des US-Imperialismus anstrebt (wie auch den aller anderen Großmächte).

21. Die gegenwärtige spontane Massenbewegung gegen Trump muss von allen Sozialisten voll unterstützt werden. Sie ist eine wichtige Gelegenheit, die neue Regierung durch einen *schlagkräftigen Aktionstag am 20. Januar* zu schwächen, wenn die Amtseinführung von Trump als neuer Präsident stattfinden soll. Allerdings ist es entscheidend, dass die Bewegung auf eine höhere, nicht-spontane Ebene übergeht und durch den Aufbau von Aktionskomitees an *Schulen, Universitäten und Arbeitsplätzen* organisiert wird. Es ist auch wichtig, die Bewegung *von regelmäßigen Straßendemonstrationen auf Streikaktionen und Besetzungen* auszuweiten. Insbesondere ist es wichtig, die *Gewerkschaften* dazu zu zwingen, solche Maßnahmen zu unterstützen.

22. Am wichtigsten ist, dass SozialistInnen ein *revolutionäres Aktionsprogramm* für die USA besprechen und sich Grundlage eines solchen vereinigen. Ohne eine Organisation können SozialistInnen nicht effektiv in diese Bewegung eingreifen. Wenn SozialistInnen zu schwach sind, um die Richtung dieser Bewegung zu beeinflussen, wird es anderen Kräften gelingen, dies zu tun (z.B. Sanders, autonomistisch-libertäre Kräfte). Der Kampf der SozialistInnen sollte eng mit einer *internationalen Orientierung und programmatischen Basis* verbunden sein. *Das RCIT fordert alle RevolutionärInnen in den USA auf, sich auf der Grundlage eines revolutionären Programms zu vereinigen und uns in unserem internationalen Kampf für eine sozialistische Weltrevolution beizutreten!*

(Übersetzung aus dem Englischen von Marek Hangler)

US-Wahlen: Der Sieg von Donald Trump ist ein historischer Wendepunkt

Ein erster Kommentar von Michael Pröbsting, Revolutionary Communist International Tendency, 09. November 2016,

Anmerkung der Redaktion: Der folgende Kommentar ist eine erste Einschätzung der Konsequenzen des Wahlsieges des US-Präsidentschaftskandidaten Donald Trump. Da dieser nur wenige Stunden nach dem Schließen der Wahllokale geschrieben wurde, hat er nicht den Anspruch einer umfassenden und angerundeten Analyse. Ein solches Dokument werden wir demnächst veröffentlichen auf der Grundlage der noch ausstehenden genauen Wahlstatistiken sowie der ersten Ankündigungen der Pläne des neuen Kabinetts.

* * * * *

Der Sieg von Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen – zusammen mit der erneuerten Mehrheit der Republikaner sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus – ist ein politisches Ereignis von größter historischer Bedeutung. Das ist nicht der Fall, weil die Politik Trumps qualitativ schlimmer für die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten ist als es die Politik von Hilary Clinton geworden wäre. Beide Politiker sind Vertreter der herrschenden Klasse der nach wie vor stärksten imperialistischen Macht weltweit, und somit sind beide auch Erzfeinde der ArbeiterInnenklasse und der Unterdrückten in den USA und überall sonst auf der Welt. Deswegen hat die RCIT auch dazu aufgerufen, dass klassenbewusste und fortschrittliche ArbeiterInnen sowie Jugendliche ihre Stimme weder Trump noch Clinton (noch einem der anderen, deutlich schwächeren bürgerlichen Kandidaten wie Johnson oder Stein) geben sollen.

Nein, der Wahlsieg von Trump ist von entscheidender Bedeutung, weil er nahezu eine Garantie für wachsende politische Polarisierung und Instabilität ist – sowohl innerhalb der USA als auch außerhalb. In Folge dessen sehen wir das Ergebnis der Präsidentschaftswahl als historisches Ereignis sowohl für den Klassenkampf in den USA als auch international.

Was sind die Gründe für diese unsere These? Sie finden sich in den hauptsächlich politischen Unterschieden zwischen Trump und Clinton:

a) Während Clinton für eine *sorgfältig getarnte Offensive* gegen die ArbeiterInnenklasse und die Unterdrückten steht, ist Trump ein *offen aggressiver und provokativer Angreifer* gegen die Volksmassen. Unabhängig von seiner „arbeiterfreundlichen“ Rhetorik steht Trump für die Reduzierung der Steuern für Konzerne sowie für die Abschaffung der noch verbliebenen Rechte der ArbeiterInnenklasse. Angesichts der massiv reduzierten Steuereinnahmen muss der Präsidentschaftskandidat Trump in seinem zukünftigen Amt das sowieso schon sehr beschränkte Sozialprogramm (Gesundheitssystem, Bildungssystem und die Wohlfahrt) massiv kürzen, was insbesondere auch die unteren Schichten der ArbeiterInnenklasse und mit ihr große Teile der Schwarzen und der Latinas/Latinas trifft.

Dieses Programm der radikalen Einsparungen wird unausweichlich massive Empörung und Widerstand hervorrufen. Das ist der Grund warum Trump seine Politik der sozialen Einsparungen und unternehmerfreundli-

chen Maßnahmen mit einem Programm des weißen, evangelischen Chauvinismus und eines Law-and-Order Bonapartismus verbindet. Deshalb hat „Donald“ („Duck“ sollten wir hinzufügen) – ein passender Name für einen solchen Politclown – in seinen Reden soviel an erniedrigenden Beleidigungen und Hass gegenüber Latinas/Latinas sowie Muslimen zum Ausdruck gebracht. Er macht kein Geheimnis aus seiner Verachtung gegenüber Frauen. Trump's Vizepräsident, Mike Pence, ist ein christlicher Fundamentalist, der es Geschäften freistellen möchte homosexuelle Kunden zu bedienen. Angesichts dessen ist es mehr als klar, dass diese Präsidentschaft Muslime, Homosexuelle und zahlreiche andere Minderheiten provozieren wird. Während Bill Clinton und Obama Sozialabbau und Polizeirepression mit Phrasen von Gleichberechtigung und Anti-Rassismus maskierten, verkündet Trump offen einen weiß-evangelikalen Chauvinismus, eine law-and-order Politik und bonapartistische Führung. Hinzukommt der Plan für eine Mauer entlang der mexikanischen Grenze, massenhafte Ausweisungen „illegaler“ MigrantInnen, eine Erweiterung der Befugnisse der US-Polizei sowie der weißen Waffenbesitzer im allgemeinen – alles eine massive Steigerung der Unterdrückung der Communities der Schwarzen wie auch der Latinas/Latinas.

Trump's Slogan *“Make America great again”* bedeutet in allererster Linie die Stärkung der Macht der US-Konzerne und des reaktionären weißen Chauvinismus.

Die Konsequenzen dessen liegen auf der Hand. Diejenigen von uns, die in den frühen 2000er Jahren den Wandel der Präsidentschaft von Bill Clinton zu George W. Bush – von einem professionellen Politiker, der seine reaktionäre Politik sorgfältig maskierte zu einem dümmlichen und ahnungslosen Politikclown – miterlebten, werden sich erinnern wie sehr der letztgenannte Kriege und in Folge dessen eine internationale Welle an Massenwiderstand lostrat, die jahrelang anhielt. Angesichts dessen, das ein Bush neben einem Trump als Intelligenzbestie erscheint, können wir ruhigen Gewissens davon ausgehen, dass Trump früher oder später ähnlich wie Bush eine Welle an Massenwiderstand sowohl in den USA als auch weltweit provozieren wird.

b) Hilary Clinton steht für eine *stufenweise Umstellung in der US-Außenpolitik* im Verhältnis zu dem was Obama in den letzten 8 Jahren getan hat. Sie verkündete eine aggressivere Haltung gegenüber den imperialistischen Rivalen Russland und China im Zusammenhang mit Weltereignissen wie dem Bürgerkrieg in Syrien und der Ukraine. Trotzdem wollte sie gleichzeitig die schon Jahrzehnte andauernde Wirtschaftspolitik der Globalisierung und des Freihandels weiterführen.

Im Vergleich dazu steht Trump für einen *radikalen Wandel der US Außenpolitik*. Seine Außenpolitik ist die des relativen oder selektiven Isolationismus. *“Donald”* repräsentiert den wachsenden Flügel der herrschenden Klasse, der angesichts des schrumpfenden Einflusses des US-Imperialismus zur Schlussfolgerung kommt, dass es sich die USA nicht mehr leisten kann den Weltpolizisten zu spielen. Diese

Fraktion des Monopolkapitals ist *nicht* isolationistisch in dem Sinne, dass sie eine Abkehr der USA von der Weltpolitik wollen. Augenscheinlich ist das in der modernen Welt nicht möglich, die von einer tiefgehenden Verwobenheit der US-Wirtschaft und Politik mit den weltweiten Entwicklungen geprägt ist. Trotzdem aber wird das Kabinett von Trump die langfristigen Verpflichtungen der USA auf politischer und militärischer Ebene gegenüber den anderen Großmächten reduzieren. Deswegen ist Trump auch geneigt, neue Vereinbarungen mit Putin zur Ukraine und zu Syrien zu machen. Das ist auch der Grund, warum der Sieg von Trump die Gefahr mit sich bringt, dass die syrische Revolution durch einen reaktionären Deal der Großmächte liquidiert wird – so wie wir in der Vergangenheit schon mehrfach gewarnt hatten. Weiters ist das der Grund warum Trump die strategischen Allianzen der USA mit der NATO lockern möchte, da diese die USA an die imperialistische EU binden.

Ein zusätzlicher Faktor, der dafür spricht, ist der Wunsch von Trump die Konflikte mit den imperialistischen Konkurrenten der USA auf internationaler Ebene zu reduzieren – zumindest anfangs – um sich auf die Konsolidierung seines Regimes auf nationaler Ebene konzentrieren zu können, zumal er eine Vielzahl an Protesten auf der Straße – wie wir schon anmerkten – erwarten kann sowie auch Konflikte innerhalb seiner eigenen Republikanischen Partei.

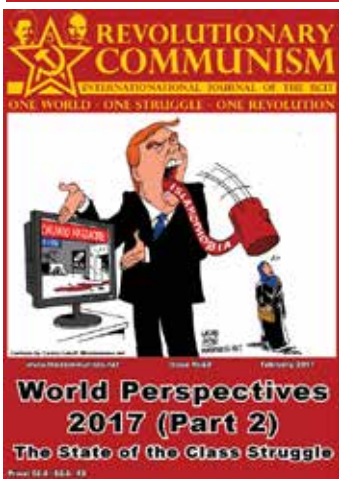
Gleichzeitig wäre es allerdings äußerst dumm zu glauben, Trump könne einfach ein stabiles Arrangement mit Putin oder Xi treffen. Trumps Chauvinismus – der sich in seinen Plänen zum ökonomischen Protektionismus niederschlägt – wird früher oder später zu zahlreichen Konflikten mit

Russland und China führen. Natürlicherweise wird das zu politischen und letztlich auch militärischen Konflikten zwischen den USA und den rivalisierenden östlichen Imperialisten führen – ganz im Gegensatz zum naiven Glauben der pseudo-linken „kritischen“ (und nicht so kritischen) Unterstützern von Putin und Xi im stalinistischen Lager, die ihre Unterstützung für Trump verkündeten.

Eine mögliche Ebene eines solchen Konfliktes sind die Beziehungen zwischen Israel und dem Iran, da Trump seine Unterstützung für Netanyahus Ablehnung des Atomabkommens mit Teheran verlautet hat. Trumps Sieg könnte auch einen weiteren Krieg gegen das palästinensische Volk im Gaza-Streifen zur Folge haben, wie es schon vom israelischen Verteidigungsminister Lieberman gegenüber der Zeitung *Al-Quds* in einem Interview angedacht wurde. Andere mögliche Ebenen des zunehmenden imperialistischen Konfliktes könnten sich im Rahmen des „Krieg gegen Terror“ im Nahen Osten oder gegen Nordkorea in Ost-Asien abspielen.

Die Wahrscheinlichkeit solcher außenpolitischen Abenteuer wird dadurch massiv erhöht, dass die Trump-Administration „terroristische“ Gefahren und „außenpolitische Bedrohungen“ dringend braucht, um seine chauvinistischen und bonapartistischen law-and-order Pläne in den USA selbst durchziehen zu können.

All diese Entwicklungen werden massive Auswirkungen auf alle kapitalistischen Länder der Welt haben. Auf Grundlage der bisherigen Informationen und des Zeitpunktes können wir nur ein paar davon nennen. Zum Einen



Publikationen der RCIT

World Perspectives 2017: The Struggle against the Reactionary Offensive in the Era of Trumpism

Introduction * I . A New Political Phase Has Opened: The Reactionary Offensive of the Ruling Class in the Era of Trumpism * II. Some Theoretical Question about the New Political Phase * III. The Great Power Rivalry and Its Consequences for World Politics * IV. The Middle East and the State of the Arab Revolution * V. Class Struggle in the US after Trump's Victory * VI . The Reactionary Offensive of the Ruling Class and the Resistance in Latin America * VII. Imperialist Interference and the Struggle for Democracy in Sub-Sahara Africa * VIII. Europe in the Era of Chauvinism, Militarization and Brexit * IX. Russia: Victorious Outcome of NATO's Cold War * X. China: Strengthened as a Great Power but Before a Serious Recession * XI. The Class Struggle in Asia * XII. Perspectives for Building of the Revolutionary World Party Today * Footnotes

Eine englisch-sprachige Publikation der RCIT mit 56 Seiten (A4 Format)

werden protektionistische Tendenzen seitens aller imperialistischen Mächte zunehmen. Das wird die herrschende Klasse der EU dazu bringen, ihre Pläne zur Bildung eines einheitlichen EU-imperialistischen Staatsapparates schleunigst voranzutreiben um sich unabhängiger von den USA zu machen. Es wird ebenso chauvinistische und bonapartistische Züge in allen Ländern verstärken, in denen die rechten Politiker am Beispiel Trump ein erfolgreiches und populär-gestütztes Vorbild für ihre eigenen Regime sehen könnten.

Nichtsdestotrotz werden diese Entwicklungen, wie wir schon gesagt haben, auch massive Proteste und eine Zunahme des internationalen Klassenkampfes provozieren. Die Trump-Administration wird eine Zunahme des Widerstandes der Schwarzen wie auch der Communities der Latinos/Latinas in den USA provozieren. Es wird in eine erneuerte und gesteigerte Abscheu über den US-Imperialismus in den Ländern Lateinamerikas und der islamischen Welt zur Folge haben. Während Obama zumindest den Anschein erwecken konnte, zu einem gewissen Grad Teile der Bourgeoisie und der Mittelschichten für einen Konsens auf Grundlage von internationaler Zusammenarbeit und Demokratie auch außerhalb der USA zu gewinnen, ist der dümmliche Trump fast schon eine Garantie für eine entgegengesetzte Entwicklung.

Angesichts dieser zahlreichen Punkte dürfen wir natürlich nicht vergessen, welche enorme Widersprüchlichkeit die Trump-Administration durchzieht. Natürlicherweise kann „Donald“ nicht allein herrschen, sondern muss eine Reihe von Kompromissen mit den anderen Republikanern in Senat und Kongress eingehen. Wie wir wissen ist die Mehrheit der Republikaner deutlich weniger gewillt als Trump eine isolationistische Außenpolitik zu fahren. Faktisch hat sich das republikanische Establishment während des Wahlkampfes schon von Trump distanzieren lassen. Unabhängig davon ist zu erwarten, dass wenn auch dieser oder jener außenpolitische Plan von Trump auf Grund von Kompromissen abgeschwächt werden wird, ein wachsender Teil der Republikaner sich zu Trump-Anhängern wandeln werden.

* * * * *

Niemand sollte den Ausgang der US-Wahl mit dem authentischen Willen der US-Bevölkerung verwechseln. Die

Wahlbeteiligung ist enorm gering in den USA mit nur etwa der Hälfte der Wahlberechtigten, die überhaupt zur Wahl gehen. Weiters werden 11 Millionen „illegaler“ Migranten, sowie auch einigen Millionen Armen, die wegen real kleinerer „Vergehen“ ihr Stimmrecht verloren haben, zwar *erlaubt* ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen aber *nicht erlaubt* an der bürgerlich-parlamentarischen Wahl teilzunehmen.

Alle Sozialistinnen und Sozialisten sollten sich eines klar vor Augen halten: Trumps Wahlsieg ist eine Kriegserklärung gegen die organisierte ArbeiterInnenbewegung, gegen die afro-amerikanische, die Latino- und die muslimische Bevölkerung sowie gegen Frauenrechte. Die Aktivistinnen und Aktivisten der ArbeiterInnenbewegung, sowie der Bewegungen für die Rechte von Schwarzen, Latinos/Latinas und Muslimen müssen dieser Kriegserklärung mit einer Massenmobilisierung und einem Aufruf zum Klassenkampf begegnen. Genossinnen und Genossen, das ist der Startschuss für eine Periode von Jahren der uneingeschränkten imperialistischen Aggressionen und damit auch des Widerstandes dagegen!

Natürlich ist all das schon Gesagte nur eine Sammlung erster Überlegungen. Die Ereignisse der nächsten Wochen und Monate werden bald deutlich klarer die neuen Kräfteverhältnisse innerhalb der amerikanischen Bourgeoisie und, damit verbunden, die Konsequenzen für die Innen- sowie Außenpolitik der USA zeigen. Wir werden diese Ereignisse in entsprechenden Artikeln und Stellungnahmen behandeln.

Nichtsdestotrotz ist bereits jetzt eines schon ziemlich eindeutig: Unser internationaler Kampf gegen Trumps Kriegserklärung an die ArbeiterInnenklasse und den Unterdrückten in den USA sowie weltweit wird nicht von kurzer Dauer sein. Vielmehr wird es sich um einen langen und schwierigen Kampf handeln. Aus diesem Grund ist es von höchster Dringlichkeit, dass fortschrittliche ArbeiterInnen und Unterdrückte einen Plan für den Kampf entwickeln und sich organisieren. Daher ist auch die Bildung einer revolutionären Weltpartei mit Organisationen in den USA und allen anderen Ländern dringlicher denn je. Die RCIT hat sich dem Aufbau einer solchen Partei verschrieben und will mit allen RevolutionärInnen zusammenarbeiten, die das gleiche Ziel verfolgen. Erfüllen wir gemeinsam diese dringlichen Aufgaben, schließ dich uns an!

Publikationen der RCIT



Trump's Victory: Analysis & Perspectives

Eine Broschüre von Michael Pröbsting

Introduction

I. The Election Outcome

II. Where is the Trump Administration Heading?

III. Global Consequences: The Beginning of a New Era

IV. Lessons and Perspectives for the Struggle

V. Summary Theses

Footnotes

Eine englisch-sprachige Publikation der RCIT mit 40 Seiten (A4 Format)

Dringender Aufruf zur Einheit und zum gemeinsamen Kampf auf einer revolutionären Grundlage

Ein offener Brief an alle wirklichen Revolutionäre für eine internationale Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution, um den Aufbau einer Revolutionären Weltpartei voranzubringen

Herausgegeben von der Revolutionär-Kommunistischen Internationalen Tendenz (RCIT), 09.01.2017

Genossinnen und Genossen, Brüder und Schwestern! Dies ist ein dringender Aufruf an alle wirklichen Revolutionäre, sich zu vereinen, damit wir den Aufbau einer Führung für den Kampf gegen die reaktionäre Offensive der herrschenden Klasse vorantreiben können. Die RCIT betrachtet diese Aufgabe als die wichtigste in der gegenwärtigen Periode, die volle Aufmerksamkeit und Ernsthaftigkeit von Revolutionären in allen Ländern weltweit verlangt.

Lasst uns daher direkt und ohne diplomatische Floskeln über diese Aufgabe sprechen. An diejenigen, die mit dem amerikanischen und dem russischen sogenannten "Krieg gegen den Terror" im Nahen Osten und Afrika sympathisieren; an jene, die Assads mörderische Eroberung von Aleppo als "Sieg" bejubeln; diejenigen, die die Unterdrückung jeglicher Oppositionen durch die ägyptische Militärdiktatur begrüßen; an die, die Tsipras und die SYRIZA-Führung in Griechenland für ihre "realistische" Regierungspolitik bei der Umsetzung des EU-Memorandums loben - all jenen empfehlen wir: Lest diesen Aufruf nicht weiter, denn er wäre nur eine Verschwendung eurer Zeit!

Aber jene unter euch, die entschlossen sind, gegen die Aggressionen *aller* Großmächte im Westen und Osten zu kämpfen; die bereit sind, die Arbeiter und Unterdrückten gegen die Imperialisten und ihre lokalen Lakaien zu verteidigen; die bereit sind, die Bürokratie in der Arbeiterbewegung zu bekämpfen, die den Widerstand unserer Klasse erwürgt - euch sagen wir: prüft unseren Vorschlag mit aller Ernsthaftigkeit und lasst uns *jetzt* gemeinsam eine *Revolutionäre Weltpartei* aufbauen, die den Kampf gegen den Kapitalismus und den Imperialismus und für eine weltweite sozialistische Revolution vorantreibt!

Das Jahr 2017 ist der 100. Jahrestag der Oktoberrevolution - das wichtigste Ereignis in der modernen Geschichte, da die Arbeiter und Bauern unter der Führung der bolschewistischen Partei erstmals die Macht eroberten. Doch dieses Jubiläum erinnert uns auch - im krassen Gegensatz zu 1917 - an das völlige Fehlen einer solchen bolschewistischen Partei heute!

Wir rufen dringend alle wirklichen Revolutionäre auf, sich zu vereinigen, weil das Hauptproblem der Gegenwart nicht der Mangel an Kampf und Widerstand der Arbeiter und Unterdrückten ist. Das kapitalistische System befindet sich im Verfall und seine wirtschaftlichen, politischen und militärischen Widersprüche beschleunigen sich, wie die RCIT in ihrem jüngsten Dokument zu den *Weltperspektiven 2017* dargelegt hat. Die tiefe Krise des imperialistischen Systems provoziert ständig Massenkämpfe und Revolutionen. Das Hauptproblem ist vielmehr der *völlige Mangel an*

revolutionärer Führung und damit die Beherrschung der Arbeiter- und Volksorganisationen durch stalinistische, sozialdemokratische, castro-chavistische, kleinbürgerlich-populistische oder islamistische Kräfte. Denn diese *Verführer* sind entweder völlig korrupt und verkaufen die Massenkämpfe immer wieder im Austausch für einige Posten und Privilegien; oder sie sind ehrlich und engagiert, aber verbinden das individuelle Heldentum mit einer Strategie, die die Massenmobilisierung und Organisation für die Revolution durch eine elitäre, abgehobene und militaristische Konzeption ersetzt. Während man sagen kann, dass letztere die ehrlichere Version ist, ist sie doch genauso eine perspektivlose Strategie.

Folglich geht der Zerfall des Kapitalismus Hand in Hand mit der tiefen Krise der traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterklasse und der Unterdrückten. Wir müssen den Arbeitern und Unterdrückten die Wahrheit sagen: Solange sie von solchen nicht-revolutionären Kräften angeführt werden, ist ihr Kampf *dazu verurteilt* in einer Sackgasse oder sogar einer totalen Konterrevolution zu enden.

Die Schlussfolgerungen daraus sind keine arroganten Belehrungen der Massen und kein abwartendes Beseitestehen von ihren Kämpfen. Nur Sektierer und Verräter können solche Schlüsse ziehen. Man kann nur dann als Revolutionär handeln, wenn er oder sie *aktiv an den Klassenschlachten teilnimmt*, die unsere Brüder und Schwestern immer wieder gegen die Herrschenden führen. Eine solche Teilnahme an Massenkämpfen ist auch notwendig, ja sogar noch dringender, wenn die Führung der Massen nicht-revolutionär ist. Es ist entscheidend, die falschen Führungen konsequent zu bekämpfen, was nur *innerhalb* des Massenkampfes, aber niemals von *außen* möglich ist. Wirkliche Revolutionäre müssen diese aktive Teilnahme an den Massenkämpfen mit *unerbittlicher Propaganda und Agitation für revolutionäre Taktiken und Slogans verbinden*, mit einem *konsequenten politischen Kampf gegen die Bürokraten und Irreführer* und mit *unermüdlichen Anstrengungen, die bewussten und militanten Arbeiter und Unterdrückten in einer revolutionären Partei zu organisieren* (oder einer Parteaufbauorganisation als ersten Schritt).

Da das politische, wirtschaftliche und militärische Wesen des Kapitalismus unabänderlich international ist und aus seiner inneren Notwendigkeit heraus global funktioniert, kann die Organisation der Arbeiterklasse und ihrer Kämpfe auch nur *international* sein. Jede begrenzte, rein nationale Anstrengung, eine revolutionäre Partei aufzubauen, ist zum Scheitern verurteilt und wird sowohl politisch als auch organisatorisch degenerieren. Wirkliche Marxisten müssen unermüdlich daran arbeiten, eine *Revolutionäre Weltpartei* aufzubauen, oder sie *versagen* in

ihrer grundlegenden Mission!

Es ist wahr: eine neue Revolutionäre Weltpartei, die in der Tradition der ersten vier Internationalen steht und auf den Lehren der großen Revolutionäre Marx, Engels, Lenin, Luxemburg und Trotzki basiert, kann nicht mit einem einzigen Schlag aufgebaut werden. Eine solche Internationale muss in den Kämpfen der Arbeiter und Unterdrückten politisch geprüft werden. Allerdings *kann* und *muss* die *Organisierung eines Kerns* - unabhängig von seiner heutigen Größe - für den Aufbau einer solchen Weltpartei *sofort* beginnen. Warten auf andere, um diese Aufgabe zu bewältigen, ist eine passive und zynische Haltung - nur *kollektives Eingreifen und Handeln, auf nationaler wie internationaler Ebene* sind eines Revolutionäres würdig!

Wir fordern dringend alle wirklichen Revolutionäre auf, *sich umgehend zusammenzuschließen* und eine konkrete Plattform für den Klassenkampf zu besprechen und den Aufbau einer Revolutionären Weltpartei voranzutreiben. Als konkreten ersten Schritt in diese Richtung schlägt die RCIT vor, gemeinsam mit allen Interessierten *im Jahr 2017* - den 100. Jahrestag der Oktoberrevolution - eine *internationale Konferenz* zu organisieren. Eine solche Konferenz sollte die Grundlage für die gemeinsame kollektive Arbeit zur Bildung einer Revolutionären Weltpartei legen.

Das Zusammenkommen für eine solche gemeinsame Initiative zur internationalen Organisierung von Revolutionären ist nur auf der Grundlage einer Einigung über die wichtigsten politischen Fragen des gegenwärtigen weltweiten Klassenkampfes möglich. Wie wir bereits in unserem Dokument zu den Weltperspektiven dargelegt haben, erachtet die RCIT in der gegenwärtigen politischen Phase folgende Fragen als solche programmatischen Grundpfeiler:

a) *Die Anerkennung der zunehmenden Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten - den USA, der EU, Japan, Russland und China.* Es ist *nur* möglich, die treibende Dynamik der gegenwärtigen kapitalistischen Krise zu verstehen und eine korrekte Position einzunehmen, wenn man nicht nur den imperialistischen Charakter der USA, der EU und Japans, sondern auch der neuen aufstrebenden Mächte Russland und China anerkennt. Nur auf solch einer Grundlage ist es möglich, das einzig richtige Programm zu diesem Thema zu erarbeiten - den *revolutionären Defätismus*, das heißt die Perspektive eines konsequenten Kampfes gegen alle imperialistischen Mächte. Das bedeutet, dass sich Revolutionäre weigern irgendeine Großmacht in inner-imperialistischen Konflikten unterstützen, nach dem Motto "*Der Hauptfeind steht im eigenen Land!*".

b) *Der konsequente Kampf gegen den Imperialismus.* Revolutionäre stehen für die *Niederlage* imperialistischer Staaten in jeglichen Konflikten mit Kräften, die unterdrückte Völker repräsentieren. Sie treten für den *militärischen Sieg* der letzteren ein, ohne den nicht-revolutionären Führungen der Unterdrückten (z.B. kleinbürgerliche Islamisten, Nationalisten) *politische Unterstützung* zu gewähren. Dies gilt sowohl für inländische Konflikte (z. B. gegen eine unterdrückte Nation wie das tschetschenische Volk in Russland) als auch für Kriege im Ausland (z. B. Afghanistan, Syrien, Mali, Somalia). Ebenso müssen Revolutionäre in den imperialistischen Ländern für *offene Grenzen* und für die *volle Gleichberechtigung für nationale*

Minderheiten und für Migranten kämpfen. Darüber hinaus weigern sich Revolutionäre, ein imperialistisches Lager gegen ein anderes in einem gegebenen Konflikt zu unterstützen (z. B. Brexit vs. EU, Clinton vs. Trump).

c) *Fortsetzung der Unterstützung für die Arabische Revolution.* Die Aufstände der Volksmassen in Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen und anderen Ländern sind seit dem Beginn der neuen historischen Periode im Jahr 2008 die wichtigste und fortschrittlichste Klassenkampfentwicklung. Es ist wahr: angesichts des Mangels an revolutionärer Führung haben die Massen eine Reihe schrecklicher Niederlagen erlitten - wie der Staatsstreich von General al-Sisi in Ägypten im Juli 2013 oder die fortdauernde Abschachtung des syrischen Volkes durch Assad und seine ausländischen Hintermänner. Der revolutionäre Prozess setzt sich dennoch fort, und dies spiegelt sich in dem anhaltenden Volkswiderstand in Syrien, Jemen, Ägypten, Marokko, usw. wieder. Wirklich revolutionäre Kräfte müssen diese Massenkämpfe gegen Diktaturen und reaktionäre Kräfte bedingungslos unterstützen, ohne jegliche politische Unterstützung für ihre nicht-revolutionären Führer (z.B. kleinbürgerliche Islamisten).

d) *Beteiligung an allen Massenkämpfen gegen Sparprogramme und gegen reaktionäre Angriffe auf demokratische Rechte.* Revolutionäre widersetzen sich *allen* Formen des Sektierertums, die die Teilnahme an Massenkämpfen unter dem Vorwand ihrer nicht-revolutionären Führung ablehnen. Stattdessen wenden sie die Einheitsfronttaktik in den Kämpfen der Arbeiter und Bauern an, die von reformistischen oder populistischen Kräften gegen Sparprogramme geführt werden (z.B. Gewerkschaften, Massenorganisationen der Bauern und städtischen Armen, aber auch politische Parteien wie MORENA in Mexiko, SYRIZA in Griechenland bis 2015, PODEMOS in Spanien) oder gegen antidemokratische Putsche und Diktaturen (PT, CUT, MST in Brasilien; Islamisten in Ägypten; Rebellen in Syrien). Eine solche Ausrichtung muss mit einem konsequenten Kampf gegen alle Formen der Volksfrontpolitik und des kleinbürgerlichen Populismus, und für das Wegbrechen der Arbeiter und Bauern von diesen nicht-revolutionären Führungen verbunden werden. Zugleich muss die Bildung einer unabhängigen und revolutionären Arbeiterpartei vorangetrieben werden.

Eine solche Einigung kann aber nur der Ausgangspunkt für eine intensive Phase gemeinsamer Diskussionen und Aktivitäten sein. Es ist wichtig, ein gemeinsames Verständnis der marxistischen Theorie und des Programms zu entwickeln, was auch kontroverse und sogar scharfe Diskussionen zwischen den beteiligten Organisationen notwendig machen kann. Ein solches gemeinsames programmatisches Verständnis wird geprüft, indem es in der Praxis durch gemeinsame Aktivitäten umgesetzt wird.

Daher rufen wir alle Organisationen auf, die ehrlich um die Schaffung einer neuen Revolutionären Weltpartei bemüht sind, sich auf der Grundlage dieser programmatischen Grundpfeiler zusammenzuschließen. Konkret schlägt die RCIT vor, dass Revolutionäre ein *Gemeinsames Kontaktkomitee* aller Kräfte gründen, die der grundlegenden Linie mit einer solchen Perspektive einverstanden sind. Die Aufgabe eines solchen Komitees besteht darin, im Jahr 2017 politisch und organisatorisch eine *internationale*

Konferenz vorzubereiten. Ziel einer solchen Konferenz wäre es, konkrete Schritte zur Vorantreibung der Gründung einer Revolutionären Weltpartei zu erörtern.

Das RCIT legt seine grundlegenden Dokumente zur Diskussion unter revolutionären Kämpferinnen und Kämpfern vor - insbesondere das kürzlich verabschiedete programmatische *Manifest der revolutionären Befreiung*. Wir sind natürlich gleichermaßen bereit Dokumente von anderen Organisationen zu studieren und zu diskutieren. Wir sind überzeugt, dass wirkliche Revolutionäre auf der Grundlage solcher Dokumente eine gemeinsame Plattform für kollektive Arbeit zum Aufbau einer Revolutionären Weltpartei ausarbeiten können.

Wir sind uns bewusst, dass es nicht immer einfach ist, eine gemeinsame internationale Organisation mit Kräften aus unterschiedlichen Traditionen und Erfahrungen zu schaffen. Revolutionäre sollten sich nicht erschrecken angesichts der Möglichkeit kontroverser Diskussionen und der Notwendigkeit, verschiedene Standpunkte im Klassenkampf zu testen. Eine ernsthafte Einstellung zu Meinungsverschiedenheiten – das heißt eine offene Diskussion über sie, anstatt sie diplomatisch zu verbergen – ist letztlich der einzig ehrliche und fruchtbare Weg, sie zu überwinden.

Ebenso kann es gut sein, dass es notwendig ist, vorab Zwischenstufen zu schaffen, um voneinander zu lernen und systematisch näher zu kommen. Aber es steht außer Frage, dass wir jetzt einen solchen Prozess gemeinsam beginnen müssen!

Genossinnen und Genossen, wir können das Erbe der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 nur ehren, wenn wir gemeinsam im Geiste und auf der Grundlage des programmatischen und organisatorischen Lehren der Bolschewiki handeln. Lasst uns gemeinsam mit geballter Entschlossenheit die historische Mission unserer Generation bewältigen: die Schaffung einer Revolutionären Weltpartei als das wichtigste Instrument der Arbeiterklasse im Kampf um die Befreiung! Lasst uns keine Zeit verlieren oder Energie verschwenden; Lasst uns vorwärts marschieren - zusammen - JETZT!

*Keine Zukunft ohne Sozialismus!
Kein Sozialismus ohne Revolution!
Keine Revolution ohne Revolutionäre Partei!*

Wir ersuchen Organisationen und Aktivisten, die die grundlegende Stoßrichtung dieses offenen Briefes teilen, uns zu kontaktieren und uns ihre Ideen und Kritik zu schicken, damit wir konkrete Schritte zur gemeinsamen Diskussion und Zusammenarbeit besprechen können: rcit@thecommunists.net

Die RCIT ist eine internationale revolutionäre Organisation, die Sektionen und AktivistInnen in 13 Ländern auf der Grundlage eines gemeinsamen Programms und organisatorischer Prinzipien des demokratischen Zentralismus hat (Aotearoa/Neuseeland, Brasilien, Deutschland, Großbritannien, Israel/besetztes Palästina, Jemen, Mexiko, Österreich, Pakistan, Sri Lanka, Tunesien, Türkei und Venezuela).

Für eine umfassendere Übersicht zu den Standpunkten der RCIT verweisen wir Interessente auf unsere Website www.thecommunists.net. Insbesondere verweisen wir auf unser *Manifest für Revolutionäre Befreiung. Die Aufgaben des Befreiungskampfes gegen den verfaulenden Kapitalismus (angenommen am 1. Kongress der RCIT im Oktober 2016, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/rcit-programm-2016/>)*. Wir haben dieses Manifest bereits in sechs verschiedenen Sprachen veröffentlicht und werden noch einige weitere Sprachen hinzufügen.

Wir verweisen auch auf das jüngste Dokument der RCIT zur Weltperspektive (in englischer Sprache): *World Perspectives 2017: The Struggle against the Reactionary Offensive in the Era of Trumpism. Theses on the World Situation, the Perspectives for Class Struggle and the Tasks of Revolutionaries (adopted on 18th December 2016, <https://www.thecommunists.net/theory/world-perspectives-2017/>)*

Übersetzung: Marek Hangler

Revolutionärer Kommunismus - deutschsprachiges Organ der RCIT. Bestellungen über unsere Kontaktadresse!



Erster Weltkongress der RCIT

Bericht des Internationalen Sekretariats der RCIT, 03.11.2016

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) hielt am Wochenende 29/30 Oktober 2016 ihren ersten Weltkongress ab. Dabei kamen Delegierte zusammen, die unsere internationale Organisation mit Sektionen und AktivistInnen aus folgenden Ländern vertraten: Pakistan, Sri Lanka, Israel / Besetztes Palästina, Türkei, Jemen, Tunesien, Brasilien, Mexico, Venezuela, Aotearoa/Neuseeland, Britannien, Deutschland und Österreich.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt des Kongresses war die Diskussion, Abänderung und Annahme des neuen Manifestes der RCIT. Dieses Manifest stellt eine Bestätigung, Fortsetzung und Aktualisierung des im Jahr 2012 veröffentlichten Programms der RCIT (*Das Revolutionär-Kommunistische Manifest*) dar, unter Berücksichtigung der wichtigen Lehren und Erfahrungen des weltweiten Klassenkampfes in den letzten vier Jahren.

Darüber hinaus diskutierten die Delegierten Dokumente zur Frauenbefreiung sowie den organisatorischen Perspektiven des RCIT für das Jahr 2017 und nahmen diese an. Im Rahmen dieser Perspektiven bestätigten die Delegierten den Vorschlag des *Internationalen Exekutivkomitees*, Ende 2017 einen längeren und ausführlicheren zweiten

Weltkongress abzuhalten.

Unser Kongress begrüßte ebenso die offizielle Aufnahme der Gruppe *Sınıf Savaşı* (früher unter dem Namen *Dördüncü Blok*) als Sektion der RCIT in der Türkei. Weiters bestätigten die Delegierten die bislang vom bisherigen *Internationalen Exekutivkomitees* angenommenen provisorischen Statuten der RCIT. Der Kongress schloss mit der Wahl eines neuen *Internationalen Exekutivkomitees*, welches wiederum im Anschluss an den Kongress bei seiner ersten Sitzung ein neues *Internationales Sekretariat* wählte.

Der erste Weltkongress der RCIT schloss eine äußerst erfolgreiche Periode des politischen und organisatorischen Fortschritts unserer internationalen Organisation ab. Von ursprünglich einer Handvoll Kader in einem Land im Jahre 2011 haben wir uns durch unermüdliche Anstrengungen zu einer demokratisch-zentralistischen Organisation entwickelt, die heute Sektionen und AktivistInnen in 13 Ländern in allen Kontinenten der Welt hat. Wir haben allen Grund, voller Optimismus in die kommende Periode zu blicken, in der unsere Tendenz - gemeinsam mit anderen GenossInnen - weiter am Aufbau einer *Revolutionären Weltpartei* arbeiten wird!

Bücher der RCIT

Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis

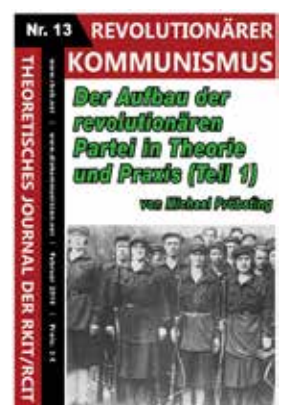
Die RCIT veröffentlicht die deutsche Übersetzung des Buches von Michael Pröbsting über Theorie und Praxis des revolutionären Parteaufbaus. darin legt der Autor das Verständnis *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (*internationale Abkürzung: RCIT*) der leninistischen Parteitheorie und ihrer Anwendung unter den heutigen Bedingungen dar.

Anlass der Veröffentlichung war das 25jährige Jubiläum unserer Bewegung. Im Sommer 1989 wurde unsere Vorgängerorganisation, die *Liga für eine Revolutionär-Kommunistische Internationale* (LRCI) als demokratisch-zentralistische internationale Tendenz basierend auf einem ausgearbeiteten Programm gegründet. Die RCIT führt die revolutionäre Tradition der LRCI fort. Im vorliegenden Buch geben wir einen Überblick über unsere Geschichte, eine Aufarbeitung unserer Erfolge wie auch unserer Fehler und eine Zusammenfassung der Lehren für die vor uns liegenden Kämpfe.

In Kapitel I beleuchten wir die theoretische Konzeption

der Bolschewiki-Kommunisten bezüglich der Rolle der revolutionären Partei und ihres Verhältnisses zur ArbeiterInnenklasse. In Kapitel II werden die wesentlichen Grundzüge einer revolutionären Partei bzw. deren Vorformen herausgearbeitet. In Kapitel III behandeln wir die Geschichte unserer Bewegung – der RCIT und ihrer Vorgängerorganisation. Schließlich werden in Kapitel IV die wichtigsten Lehren aus 25 Jahren organisierten Kampfs für den Aufbau einer bolschewistischen Partei gezogen und ihre Bedeutung für unsere künftige Arbeit beleuchtet.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden.



Österreich: FPÖ reicht Parlamentsanfrage gegen die RKO BEFREIUNG ein

Rechtspopulistische FPÖ, größte Oppositionspartei in Österreich, verleumdet uns für angeblichen „Linksextremismus“, „Antisemitismus“ und „radikalen Islamismus“ und fordert das Innenministerium zu offizielle Ermittlungen gegen uns auf

Bericht der Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG (Österreichische Sektion der RCIT), 29.01.2017

Eine Gruppe Abgeordneter der FPÖ rund um den Parlamentsabgeordneten David Lasar hat eine offizielle Anfrage gegen uns im Parlament vorgelegt. (1) In dieser Anfrage beschuldigen die Abgeordneten, deren rechtspopulistische Partei bei den letzten Nationalratswahlen 20,5% erhielt und die derzeit in allen Umfragen führen, sowohl die *Revolutionär-Kommunistische Organisation BEFREIUNG (RKO BEFREIUNG)* als auch den *Koordinationsrat der ägyptischen Gemeinde* des „Linksextremismus“, „Antisemitismus“ und „radikalen Islamismus“. Als Konsequenz fordern die FPÖ-Abgeordneten offizielle Ermittlungen des Innenministeriums gegen diese beiden Organisationen.

Die rechtspopulistische FPÖ rechtfertigt ihre Anfrage durch einen Verweis auf die anti-rassistische *“Let them stay!”* Demonstration vom 26. November 2016 in Wien. Wir haben damals – zusammen mit einer Reihe verbündeter Migrantenorganisationen – einen kämpferischen Block organisiert. Wie schon mehrfach berichtet wurden bei dieser Demonstration muslimische MigrantInnen, die Teil unseres Gesamtblocks waren, von pro-zionistischen Kräften des Schwarzen Blocks, den sogenannten Anti-Nationalen, angegriffen. Diese trauten sich nicht den gesamten Block anzugreifen, da er der größte Block auf der Demonstration gewesen ist und viele MigrantInnen aus Ägypten, Syrien, Irak, Iran und zahlreichen anderen Ländern erfasste. Vielmehr griff der Schwarze Blocks einzelne MigrantInnen an, die – um sich trotz der Lautstärke unterhalten zu können – weiter vorne zu unserem Block gingen. (2)

Als konkreten „Beweis“ für ihre Verleumdung verweisen

die rechtspopulistischen Abgeordneten auf die arabischsprachigen Losungen gegen die Militärdiktatur in Ägypten (konkret verweist Lasar hier auf die Losungen *„Nieder mit der Militärdiktatur!“* und *„Das Volk will das Regime stürzen!“*) sowie die Verwendung des R4BIA Symbols (im Gedenken an die ermordeten AktivistInnen am Rabia Platz vom 14. August 2013). Ebenso sollen sogenannte „anti-semitische“ Losungen gerufen worden sein. Tatsächlich wurden neben den Losungen gegen das Militärregime und die Diktatur in Syrien Losungen gegen Imperialismus, für internationale Solidarität und für ein freies Palästina gerufen. Da Lasar und Konsorten sich über Losungen gegen eine Militärdiktatur als *„radikalislamistisch“* (!) echauffieren ist der Vorwurf angeblicher anti-semitischer Losungen augenscheinlich genauso angedichtet.

Die rechts-populistische FPÖ, geführt von HC Strache, ist weithin bekannt für ihre militante Islamophobie und ihre Hasskampagnen gegen Flüchtlinge. Sie rufen ebenso dazu auf, revolutionäre Organisationen wie auch muslimische Migrantenvereine stärker zu überwachen und zu unterdrücken. Sie hegen enge Bande zum russischen Putin-Regime und sind fanatische Unterstützer des Apartheidstaates Israels.

David Lasar, der Initiator der parlamentarischen Anfrage, ist ein prominentes Mitglied der FPÖ. Er ist der offizielle Kontaktmann zum Staate Israel und hat einige Verbindungen zu rechts-radikalen Parteien aufgebaut, die derzeit die israelische Regierung dominieren. Er ist ebenso ein bekanntes Mitglied der IKG in Österreich und versucht auf diese Art seiner Partei dabei zu helfen ihren Ruf als



Michael Pröbsting (l.), Almedina Gunic (m.) und Ibrahim Ali (r.) während einer Pressekonferenz (Wien, 6.4.2017)

Anti-Semiten loszuwerden. Es ist nur ein weiteres bezeichnendes Symbol für die reaktionäre Politik der FPÖ, dass es Lasar selbst es war, der im Sommer 2011 nach Libyen reiste und dort mitten in der Zeit des Volksaufstandes gegen die Diktatur den Sohn Gaddafis traf um ein Zeichen der Solidarität mit diesem Regime zu setzen.

Es ist nur logisch, dass mit dem Sieg Trumps extrem reaktionäre Kräfte wie die FPÖ in Österreich darin ermutigt werden, eine stärkere Überwachung und Repression gegen revolutionäre Kräfte sowie auch gegen muslimische Vereine einzufordern. Diese Parlamentsanfrage ist nicht die erste, aber doch die weitreichendste Attacke die wir als RKO BEFREIUNG bisher erfahren haben. (3) Sie ist ein Resultat dessen, dass wir unsere Stimme konsequent gegen jede Benachteiligung und Unterdrückung erheben und bei zahlreichen praktischen Solidaritätsaktivitäten mit MigrantInnenvereinen seit geraumer Zeit zusammenarbeiten. Es ist die Konsequenz unseres ungebrochenen Anti-Imperialismus, wie auch unseres konsequenten Kampfes gegen Islamophobie und Rassismus. Die aktuellen Attacken gegen uns stärken uns in unsere Überzeugung nur noch mehr!

Wir rufen alle fortschrittlichen Kräfte auf, ihre Solidarität mit uns gegen diesen reaktionären Vorstoß der Rechtspopulisten offen zu zeigen und jeden rechtlichen Schritt des österreichischen Staates gegen uns wie auch gegen den Koordinationsrat der Ägyptischen Gemeinde abzulehnen.

Footnotes:

(1) Anfrage des Abgeordneten David Lasar und weiterer Abgeordneter an den Bundesminister für Inneres betreffend Juristisches Nachspiel für Teilnehmerinnen an der Demonstration "Let them stay" auf der Mariahilferstraße, 11459/J vom 24.01.2017 (XXV.GP), http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I11459/imfname_609705.pdf. Eine erste Antwort findet sich in folgender Presseaussendung: AVISO: Parlamentsanfrage von FPÖ-Lasar ist Verhöhnung der Opfer. FPÖ-Abgeordnete um David Lasar über die ägyptische Revolution, Israel und die Vorfälle auf der Demonstration für Asylrecht am 26. November 2016 (OTS), Presseaussendung von Michael Pröbsting (Sprecher der RKO BEFREIUNG) und Ibrahim Ali (Sprecher des Koordinationsrates der ägyptischen Gemeinde), 25.01.2017, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170126_OTS0004/aviso-parlamentsanfrage-von-fpoe-lasar-ist-verhoehnung-der-opfer

(2) Siehe RKO BEFREIUNG: Anti-Nationale attackieren arabische MigrantInnen bei Demonstration in Solidarität mit Flüchtlingen! Bericht mit Bilder und Videos von der anti-rassistischen Demonstration am 26. November in Wien, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/let-them-stay-26-nov-2016/>

(3) RCIT: Stoppt die strafrechtliche Verfolgung von Michael Pröbsting und der Palästina-Solidarität! Der Staat Österreich muss das Verfahren gegen Michael Pröbsting einstellen! <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/solidaritaet-proebsting/>; RKO BEFREIUNG: Anti-Nationale attackieren arabische MigrantInnen bei Demonstration in Solidarität mit Flüchtlingen! Bericht mit Bilder und Videos von der anti-rassistischen Demonstration am 26. November in Wien, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/let-them-stay-26-nov-2016/>; RKO:

KPÖ schließt RKOB aus und macht den Weg frei für Frauenschläger der Anti-Nationalen Szene. Wiederholter körperlicher Angriff auf Genossin Gunić am Volksstimmefest, Bericht der Revolutionär-Kommunistischen Organisation BEFREIUNG zum Volksstimmefest 2016, 05.09.2016, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/bericht-vs-fest-2016/>; RKOB: Erster Mai: Gemeinsamer Widerstand gegen rassistische Angriffe. Lautstarke, kämpferische, internationalistische Demonstration trotz rassistischer Übergriffe. Bericht (mit Fotos und Videos) über die multinationale, internationalistische Demonstration am Ersten Mai 2016 in Wien, <https://www.rkob.net/wer-wir-sind-1/rkob-aktiv-bei/erster-mai-2016/>; RKOB: Sieg! Verfahren gegen RKOB-Sprecher und Palästina-Solidaritätsaktivisten Johannes Wiener eingestellt! Israelitische Kultusgemeinde erleidet Rückschlag bei ihrem Angriff auf Meinungsfreiheit und Palästina-Solidarität 10.1.2013, <https://www.rkob.net/international/nordafrika-und-arabischer-raum/verfahren-gegen-wiener-eingestellt/>

* * * * *

Folgende Solidaritätserklärung haben wir auf unserer Homepage veröffentlicht und wurde bereits von zahlreichen Organisationen und Persönlichkeiten weitweit unterzeichnet.

Solidaritätserklärung

Wir, die Unterzeichnenden, haben erfahren, dass eine Gruppe von Abgeordneten der FPÖ – einer extrem rechten und rassistischen Partei unter Führung von HC Strache – eine Parlamentsanfrage an den Bundesminister für Inneres gerichtet hat. Diese Anfrage richtet sich gegen die RKO BEFREIUNG (österreichische Sektion der RCIT) sowie den Koordinationsrat der ägyptischen Gemeinde. Unter Verweis auf Losungen in Solidarität mit Palästina sowie dem Widerstand des ägyptischen Volkes gegen die Militärdiktatur, die von deren Block auf der Demonstration für Asylrecht am 26. November 2016 in Wien gerufen wurden, fordern die FPÖ-Abgeordneten den Bundesminister für Inneres auf, eine offizielle Untersuchung gegen die beiden Organisationen einzuleiten um dann gegebenenfalls auch rechtliche Schritte gegen diese zu unternehmen. Ungeachtet unserer politischen unterschiedlichen Anschauungen über die zukünftigen Perspektiven des Freiheitskampfes der Völker in Palästina sowie Ägypten lehnen wir jegliche staatliche Überwachung und Verfolgung dieser Organisationen ab.

Bitte sendet diesen kurzen Brief an das österreichische Parlament (medienservice@parlament.gv.at) sowie an das österreichische Bundesministerium für Inneres (pressestelle@bmi.gv.at). Bitte leitet die email auch an uns weiter: rcit@thecommunists.net

Vor 55 Jahren: Die Revolution der ungarischen ArbeiterInnen wird in Blut ertränkt

Revolutionär-Kommunistischen Organisation zur Befreiung (RKOB), 9. November 2011

Vor 55 Jahren, genauer gesagt im Oktober und November des Jahres 1956, fand in Ungarn ein Aufstand statt, der in seiner Größe zum damaligen Zeitpunkt eine Einmaligkeit darstellte. Noch nie zuvor in der Geschichte, hatte sich eine dermaßen breite Volksbewegung, noch dazu derart deutlich, gegen die stalinistische Unterdrückung in einem Ostblockland aufgelehnt. Es waren die ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen selbst - aber auch die StudentInnen -, die diese Bewegung vorwärts trieben, und eine verhaßte stalinistische Regierung zu Sturz brachten. Es kam zur Bildung von revolutionären ArbeiterInnen- und Bauernräten, die auch die meisten Fabriken und Agrosiedlungen kontrollierten. Leider aber endete diese hoffnungsvolle Massenbewegung in einem Meer von Blut, ohne viel bewirkt zu haben. Die Geschehnisse des Herbstes 1956 in Ungarn stellen sicherlich weit mehr dar, als nur die Auflehnung der Bevölkerung gegen eine ungeliebte Regierung, vielmehr waren sie eine der wenigen Chancen in der Geschichte der Arbeiterschaft in den stalinistischen Staaten Osteuropas die verhaßte, alles beherrschende Bürokratie durch die direkte Herrschaft der ProduzentInnen (ArbeiterInnen, Bauern und BäuerInnen) zu ersetzen.

Nach dem Tod Stalins im Jahre 1953, gab es einen gewissen Kurswechsel in Moskau. Die neue "kollektive" Führung (Troika) unter Malenkow, Chruschtschow und Mikojan traute sich nicht, die Stalinsche Politik der äußerst harschen Konfrontation mit den ArbeiterInnen fortzusetzen. Letztlich braucht auch das stalinistische Terrorregime ein gewisses Ausmaß an Unterstützung oder zumindest Neutralität innerhalb der Massen. Folglich verkündete die neue Kremlführung eine (freilich limitierte) Lockerung der Repression, ein Aufholen der Konsumgüterindustrie

gegenüber der Schwerindustrie und Zugeständnisse an jene Bauern und Bäuerinnen, die den Kollektivfarmen ablehnend gegenüberstanden.

In den osteuropäischen Ländern hielten die StalinistInnen seit dem Einmarsch der sowjetischen Armee in den letzten Kriegsjahren de facto den Staatsapparat in den Händen. Um ihre Macht nicht zu verlieren, sahen sie sich zu Beginn des Kalten Krieges Ende der 1940er Jahre gezwungen, den UnternehmerInnen die Betriebe wegzunehmen um mittels bürokratischer Wirtschaftspläne das kapitalistische Wertgesetz außer Kraft zu setzen. An dieser sozialen Revolution konnte die ArbeiterInnenklasse selbst nicht mitwirken - im Gegenteil, die StalinistInnen an den Schalthebel der Macht unterdrückten schon seit Kriegsende jede größere, eigenständige Bewegung der Massen. Das war auch der Grund, weshalb die Planwirtschaft an den realen Bedürfnissen und Möglichkeiten der arbeitenden Bevölkerung völlig vorbeiging, den utopischen Projekten der BürokratInnen ("Sozialismus in einem Land") und den Privilegien der KP-Nomenklatur diene und daher zu ständigen Engpässen und Wirtschaftskrisen führte, deren Folgen dann erst recht wieder bürokratisch unterdrückt werden mußten.

Der "neue Kurs" in Moskau kam natürlich auch in den osteuropäischen Ländern zur Anwendung, nur hatte er dort weitreichendere Auswirkungen. Weshalb? Weil es in diesen Staaten eine unter Stalins Lebzeiten an den Rand gedrängte Fraktion innerhalb der stalinistischen KPs gab, die einen relativ unabhängigen Weg gegenüber Moskau gehen wollten. Ihr Vorbild war Titos Jugoslawien, das die Staatsmacht ja unabhängig von der sowjetischen Armee erobert hatte und daher nicht Wirtschaftsverträge mit der Sowjetunion, die eindeutig zum ökonomischen Vorteil

Michael Pröbsting: Der Aufbau der revolutionären Partei in Theorie und Praxis

Die RCIT veröffentlichte das Buch mit dem Titel *CUBA'S REVOLUTION SOLD OUT? The Road from Revolution to the Restoration of Capitalism*. Das in englischer Sprache verfasste Buch ist in fünf Kapitel sowie einen Anhang gegliedert, umfasst 108 Seiten und beinhaltet 19 Tabellen und Grafiken.

Im Buch *Cuba's Revolution Sold Out?* legt Michael Pröbsting die Geschichte der kubanischen Revolution 1959-61 dar, ihre bürokratische Entartung und den in jüngster Zeit beschrittenen Weg in Richtung Kapitalismus.

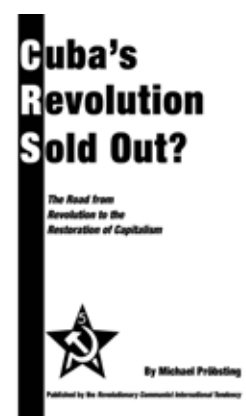
Der Autor zeigt, dass sich die kubanische Revolution, entgegen den ursprünglich Absichten ihrer Führer, durch die kämpferischen Aktionen der Arbeiter und Bauern zunehmend radikalisierte. Tatsächlich widersprach die Abschaffung des Kapitalismus den Plänen von Castro's *Movimiento 26 de Julio* sowie der offiziellen Kommunistischen Partei (PSP) und war vielmehr das Ergebnis des Drucks von unten. Das Buch *Cuba's Revolution Sold Out?* beschreibt detailliert wie in den letzten Jahren von der kubanischen Regierung politische, wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen

getroffen wurden, die den Weg zurück zum Kapitalismus eröffnen.

Das Buch *Cuba's Revolution Sold Out?* untersucht diese Entwicklungen sowie das Wesen der herrschenden Bürokratie in stalinistischen Staaten und den Prozess der Wiedereinführung des Kapitalismus in solchen Ländern vom Standpunkt der marxistischen Theorie.

Abschließend schlägt der Autor ein Programm der sozialistischen Revolution für die politische und soziale Umwälzung in Kuba vor, um den Vormarsch des Kapitalismus zu stoppen und die bürokratische Diktatur in Kuba zu beseitigen.

Das Buch kann über die Kontaktadresse der RCIT bestellt werden.



Moskaus geschaffen wurden, eingehen mußte und keine Reparationszahlungen zu leisten hatten. Diese "national-stalinistischen" Fraktionen waren natürlich nicht weniger bürokratisch, erfreuten sich aber einer gewissen Popularität unter den Massen, weshalb sie auch in den Augen der Troika besser geeignet schienen, die stalinistische Herrschaft zu stabilisieren.

Ungarn Anfang der 1950er Jahre

In Ungarn wiederum war die "national-stalinistische" Fraktion extrem beliebt und Stalins Statthalter extrem unbeliebt. Das hängt damit zusammen, daß Ungarn bis in die 1940er Jahre vorwiegend ein Agrarland war und daher unglaubliche Arbeitshetze und politische Repression am Arbeitsplatz notwendig waren, um mittels des Arbeitsschweiß der ArbeiterInnen eine umfangreiche Schwerindustrie in nur wenigen Jahren aus den Boden zu stampfen. Viele Bauern und Bäuerinnen wurden in unproduktiven Kooperativen gezwungen und trauerten ihrer eigenen Scholle nach. Die Preise von landwirtschaftlichen Produkten wurden gemäß den Akkumulationsinteressen der Schwerindustrie festgelegt.

Es ist daher kein Zufall, daß der unbeliebteste Politiker dieser Zeit der "kleine Stalin" namens Rakosi war. Dieser lenkte die Geschicke der KP seit 1948, und führte das Land so nebenbei sozial in den Abgrund. Ihn völlig abzuservieren war der Moskauer Troika aber doch zu riskant und so einigte man sich 1953 darauf, als Zeichen der Erneuerung einen neuen Premier einzusetzen.

Dieser hieß Imre Nagy. Er konnte dem rechten Flügel innerhalb des Stalinismus zugeordnet werden, wurde aber bald zum Volksheld. Warum? Noch gar nicht lange im Amt, wurde er bereits 1955 wieder entlassen, und zog so das Wohlwollen der ArbeiterInnen und StudentInnen auf sich, sah man ihn doch als Rivalen des verhaßten Rakosi an. Abgesehen davon stand Nagys Unterschrift unter der ersten richtigen Bodenreform Ungarns kurz nach dem zweiten Weltkrieg. Den Adel und den Großgrundbesitz entmachtet zu haben - eine fortschrittliche bürgerliche Aufgabe, zu der das ungarische Bürgertum politisch immer zu schwach war - das vergaß die Landbevölkerung aber auch die "Bauern in Fabrikskittel" nicht.

Dem Aufstand entgegen

Große Wellen schlug damals auch der Fall "Rajk". Rajk war innerhalb der ArbeiterInnenschaft relativ beliebt, weil er die ungarischen KP in der Illegalität während der deutschen Besatzung geleitet hatte, während sich Rakosi die Zeit im Moskauer Exil mit der Denunzierung von ArbeiterInnenführern an den Geheimdienst NKWD vertrieb. Die Popularität Rajks unter den ungarischen ArbeiterInnen ging der sowjetischen Führung dann doch zu weit, und er wurde nach Moskau ins "Exil" verfrachtet.

1954 wurde dann der sogenannte Petofi-Zirkel gegründet, ein offeneres Diskussionsforum, welches der bürokratischen Führung des Landes natürlich ein Dorn im Auge war. Also erzwang man - mit einer Welle von Verhaftungen - im Juni 1956 die Schließung des Petofi-Zirkels, der nachhaltig die Rede- und Pressefreiheit, sowie die Rückkehr Nagys in sein Amt gefordert hatte. Dies erzürnte natürlich auch die ArbeiterInnen.

Ermutigt durch die großen Streiks, die zur selben Zeit in Polen stattfanden, streikte man daraufhin auch in Budapest - und Moskau mußte erneut reagieren. Diesmal brachte man statt Rakosi einen gewissen Gero, der dessen bravster Gefolgsmann war.

Doch die ArbeiterInnen ließen sich nicht mehr täuschen: Am 6. Oktober war es soweit. Über 20.000 Menschen demonstrierten für die Rückkehr Nagys nach Budapest. Rote Fahnen in den Händen der proletarischen Jugend waren zu sehen, und man konnte den Spruch lesen: *"Wir werden erst aufgeben, wenn der Stalinismus zerstört ist"*.

Und dann die Demonstration am 23. Oktober: Geführt vom Petofi-Zirkel, sang man die Internationale und forderte *"Nagy an die Macht, Rakosi in die Donau"*. Angesichts solcher Ausschreitungen, und insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Verbrüderung zwischen ArbeiterInnen und Soldaten, hatte die ungarische KP akuten Handlungsbedarf, welcher sich folgendermaßen äußerte: Erstens forderte man Truppen vom großen Bruder aus Moskau an und zweitens brachte man Nagy tatsächlich erneut ins Amt, in der Hoffnung er könne die Massen alsbald beruhigen.

Aber nichts dergleichen war mehr möglich. Als die ungarischen Sicherheitskräfte unbewaffnete DemonstrantInnen aus dem Hinterhalt erschossen, strömte die Menge zu den Kasernen. Es bedurfte nicht langer Erklärungen, um die ungarischen Soldaten zu der Herausgabe von Waffen zu bewegen. Der Aufstand war ausgebrochen. Russische Panzer wurden losgeschickt, die auch auf Frauen und Kinder schossen, die sich um Brot anstellten.

Doch mitunter kam es anders. Denn auch die sowjetischen Soldaten waren nicht die blinden Kampfmaschinen, die sich Gero & Co. erhofft hatten. In der Erwartung, aus der Sowjetunion geschickt worden zu sein, um einen faschistischen Aufstand niederzuschlagen, mußte die Soldaten nur zu bald die Erfahrung machen, daß es sich hier um das pure Gegenteil handelte, nämlich um fortschrittliche, kämpfende ArbeiterInnen. Ein wichtiges Ereignis fand in dieser Hinsicht am 25. Oktober statt, als die sowjetischen Soldaten eine Gruppe jubelnder DemonstrantInnen zum Parlament geleitete und von den umliegenden Hausdächern durch ungarische Sicherheitskräfte beschossen wurden. Dabei starben 100 ZivilistInnen und russische Soldaten.

Mitunter wechselten selbst KP-Funktionäre die Fronten: Major Maleter, ein alter Spanienkämpfer, schilderte im Radio den Aufstands, den er mit seinen Truppen eigentlich niederschlagen hätte sollen: *"Als ich dort hinkam, entdeckte ich, daß die Kämpfer für die Freiheit keineswegs Banditen sind, sondern vielmehr loyale Kinder Ungarns. Darum informierte ich das Verteidigungsministerium, daß ich mich den Aufständischen anschließen werde."* Ein anderes Mal sagte der Major: *"Wenn wir die Russen endlich los sind, kehren wir sicher nicht zu den alten Zeiten zurück. Wir wollen nicht den Kapitalismus. In Ungarn wollen wir Sozialismus."* Diese Aussagen beweisen einmal mehr, daß die Aufständischen keineswegs „Agenten des Imperialismus“ oder „Faschisten“ waren (wie es die stalinistischen Bürokraten behaupteten), sondern für einen demokratischeren ArbeiterInnenstaat kämpften.

ArbeiterInnenräte

Ab 26. Oktober wurde die Arbeit total niedergelegt, Massenstreiks breiteten sich aus, was sehr bald zu Betriebsbesetzungen führte, um der Bürokratie ein Weiterlaufen der Fabrikmasschinen zu verunmöglichen. Spontan entstanden Koordinationsformen für diese Aufgaben: Räte. Auf dem flachen Land bildeten sich Bauern- und Bäuerinnenkomitees. Diese Räte und Komitees, die innerhalb kurzer Zeit überall in Ungarn aus dem Boden sprossen, waren das Herz der Revolution. Niemand konnte bisher flexiblere und effektivere Instrumente des Aufstandes "erfinden", als es die Räte sind, in die die Massen KämpferInnen ihres Vertrauens entsandten.

Politisch gesehen waren die ungarischen Räte 1956 nicht geeint, sie stellten mitunter ziemlich unterschiedliche, auch lokale Forderungen auf. Das ist auch nicht verwunderlich, alles mußte schnell gehen, unmittelbare politische Erfahrungen gab es keine; von einer Partei, die den Aufstand angeleitet hätte, ganz zu schweigen. Insgesamt aber gab es innerhalb der Räte kaum Stimmen für eine Wiederherstellung des Kapitalismus oder ein Zurück hinter die Landreform.

Viele Forderungen waren eindeutig gegen die politische Repression durch den Stalinismus gerichtet (Rede- und Organisationsfreiheit), andere waren eher ein Reaktion gegen den bürokratischen Zentralismus in der Wirtschaft (Selbstverwaltung der Betriebe). Wandere Losungen forderten den Abzug der russischen Truppen sowie den Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt - nationale Selbstbestimmung war neben den Kampf gegen die heimische stalinistische Repression überhaupt ein zentraler Motor.

Die Massen in Waffen und der politische Druck der Räte und Komitees zwangen die sowjetischen Truppen vorerst zum Abzug (31. Oktober). Ein erster Sieg für die Revolution.

Verrat und Niederlage

Trotz dieses enormen Potentials, hielten die Massen an einer - teilweise kritischen - Unterstützung für Nagy fest. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, weil sich die Nagy-Fraktion - auch wenn sie ein überzeugter Stalinist war und somit dem System angehörte, das sie bekämpfen wollten - jahrelang innerhalb der KP-Bürokratie als Alternative gebärden konnte. Sie war ja auch nicht an der Macht gewesen und somit konnten die breiten Massen in der kurzen Zeit keine ausreichenden Erfahrungen mit ihr sammeln. Nun an die Macht gekommen, trieb die Nagy-Fraktion teils vor den Massen her (Nagy erklärte Ungarn für neutral und erkannte die Räte formal an), teils versuchte sie den Aufstand zu sabotieren (Nagy verkündete das Standrecht).

So benutzte Nagy das Vertrauen, das ihm von den Aufständischen entgegengebracht wurde. Aufgrund ihrer materiellen Lage als Teil der privilegierten Bürokratie wollte die Nagy-Führung natürlich nicht die erstarrte Bürokratie durch ArbeiterInnenräte ersetzen. Sie tat stattdessen das, was im Stalinismus immer bei solchen Gelegenheiten passiert: Um ja zu verhindern daß es zu einem gesunden ArbeiterInnenstaat kam, ging sie eine Koalition mit offen bürgerlichen und reaktionären Kräften ein. Am 27. Oktober präsentierte er seine neue Regierung, die zum Beispiel

SozialdemokratInnen enthielt.

Gut möglich, daß dies als Fenster in Richtung Imperialismus gedacht war. Doch die ganze (auch internationale) Konstellation ließ in den 1950er Jahren eine Wiederherstellung des Kapitalismus noch nicht zu. Blieb für die ungarische KP (und ironischerweise auch für Nagy selbst!) nur Moskau.

Dafür mußte innerhalb der KP natürlich ein neuer Mann her - dieser hieß Kadar. Mit Hilfe neuer russischer Truppen aus Asien "normalisierte" er die Verhältnisse. Am 4. November beginnt die russische Armee einen konzentrierten Angriff auf Budapest. Die Revolution hat gegen diese Übermacht keine Chance und wird in die Defensive gedrängt.

Monatelang wehren sich noch die ungarischen ArbeiterInnen mit Streiks und passiven Widerstand. Am 14. November 1956 wird der „Zentrale Arbeiterrat von Budapest“ gegründet. Noch im Dezember ruft dieser Arbeiterrat zu einem 48-stündigen Generalstreik auf. Doch letztlich erstickte der Aufstand unter der Stahllawine sowjetischen Militärgeräts.

Fehlen einer revolutionären Partei

Der ungarische ArbeiterInnenaufstand 1956 war ein zentrales Ereignis der Nachkriegsgeschichte und einer der heroischsten Versuche des Proletariats, die grausame Herrschaft der stalinistischen Bürokratie zu stürzen und durch einen gesunden, sozialistischen ArbeiterInnenstaat zu ersetzen. Doch trotz der Entschlossenheit der Massen zum Kampf gegen die Bürokratie und der Schaffung von Räten der ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen endete die Revolution in einer Niederlage.

Die Hauptursache für diese Niederlage war das Fehlen einer revolutionären Partei. Die Massen waren spontan in der Lage, die Regierung zu stürzen und Räte aufzubauen. Doch spontan konnten sie natürlich nicht ein Programm der Errichtung der tatsächlichen Diktatur des Proletariats - also der Machtergreifung der ArbeiterInnenklasse und nicht der Kapitalisten oder der Bürokraten - entwickeln und die dafür notwendigen Taktiken ableiten. Ein solches Programm erfordert die wissenschaftliche Aufarbeitung der geschichtlichen Erfahrungen des internationalen Klassenkampfes, die Ausbildung von Kadern, die diese Lehren verstehen und in der Lage anzuwenden sind, und die im Proletariat verankert sind. Eine solche revolutionäre Partei existierte nicht und das war die fatale Schwäche der ungarischen Revolution.

Eine solche Partei hätte eine systematische Zersetzungsarbeit in der sowjetischen Armee eingeleitet, den Aufbau von ArbeiterInnen- und Bauernmilizen vorangetrieben und ein klares Programm der auf ArbeiterInnenräte und -milizen gestützten Regierung entwickelt. Sie hätte die Einheitsfronttaktik gegenüber der Fraktion Nagy betrieben und gleichzeitig vor deren unausweichlichen Verrat und Unzulänglichkeit gewarnt.

Die *Revolutionär-Kommunistische Organisation zur Befreiung* (RKOB) tritt für den Aufbau einer solchen revolutionären Partei ein. Wir können dem Heldenmut und dem sozialistischen Streben der ungarischen Arbeiterinnen und Arbeiter am besten dadurch gedenken, im dem wir heute entschlossen und organisiert für die Sache der internationalen ArbeiterInnenrevolution kämpfen.

Die Markt-Marxisten

Zwei bemerkenswerte Dokumente der ex-trotzkistischen L5I

Ein Kommentar von Michael Pröbsting, *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz*, 25 April 2017

Kürzlich veröffentlichte die *„Liga für die Fünfte Internationale“* (L5I; in Deutschland: ArbeiterInnenmacht, in Österreich: Arbeiter*innenstandpunkt) zwei äußerst bemerkenswerte Dokumente. Der eine ist eine Stellungnahme ihrer schwedischen Sektion zu dem LKW-Anschlag in Stockholm. (1) In der anderen nehmen ihre britischen GenossInnen Stellung zu den geplanten Neuwahlen im Juni dieses Jahres. (2)

Die zeitliche Nähe der beiden Dokumente ist natürlich zufällig. Nichtsdestotrotz bringen sie den hemmungslosen Rechtsruck, den diese Organisation in den letzten Jahren vollzogen hat, symbolisch auf den Punkt.

Die Stellungnahme der schwedischen L5I-Sektion ist eine Art Zwergen-1914. Bekanntlich starben in Stockholm am 7. April 2017 vier Menschen bei einem Anschlag durch einen mutmaßlichen Daesh-Sympathisanten. Wie in ähnlichen Fällen verurteilt die RCIT solche gegen unschuldige Zivilisten gerichteten reaktionäre Attacken und betont, daß die imperialistischen Kriegsoffensive im Nahen Osten sowie die rassistische Unterdrückung der Migranten und insbesondere der Muslime in Europa die Hauptursachen für solche tragischen Ereignisse sind. (3)

Im Unterschied zu einer solchen prinzipienfesten marxistischen Haltung bricht die schwedische L5I-Gruppe jedoch komplett ein angesichts der islamophoben Offensive der bürgerlichen Medien. In Anpassung an das hysterische Geschrei der imperialistischen *„öffentlichen Meinung“* sieht die L5I-Sektion den Anschlag als Beleg für *„den faschistische Charakter des Islamismus“* und bezeichnet diesen als Ganzes als *„faschistische Bewegung mit religiösen Charakter“*! Damit plappert die L5I den gleichen reaktionären Unsinn nach wie die islamophoben liberalen, stalinistischen und sozialdemokratischen Parteien. Diese Kräfte erweisen sich schon seit langen als sozial-imperialistische Wasserträger der herrschenden Klassen aller Großmächte, indem sie den Islamismus als *„faschistische Barbarei“* verteufeln, um so ihre blutigen Kolonialkriege im Nahen Osten und in Afrika sowie die brutale Unterdrückung der Tschetschenen, der Uiguren oder auch der Migranten in Europa zu rechtfertigen.

Doch die schwedische L5I-Sektion geht sogar noch weiter. Sie kritisiert die Linke und die Arbeiterbewegung dafür, daß sie bislang nicht entschlossen genug gegen die Islamisten vorging! So fordern sie: *„Anstatt den Islamisten ihre Räume zu gewähren, muß die Linke aktiv gegen sie mobilisieren, etwas was schon seit langem hätte gemacht werden sollen.“*

In einer Zeit, wo tausende Muslime in Europa vor Gericht gezerrt und eingesperrt werden, wo die Rassisten und Faschisten den Islam als Hauptgefahr für Europa denunzieren, wo muslimischen Frauen zunehmend das Tragen einer religiöser Kopfbedeckungen verboten wird, in einer Zeit, wo in Europa die Hauptaufgabe in der Verteidigung der Muslime gegen diese Unterdrückung besteht (und das bedeutet auch die Verteidigung von demokratischen Rechten für Islamisten) und wo die Linke gerade bei die-

ser Aufgabe so jämmerlich versagt, in einer solchen Zeit bläst die L5I zur *„aktiven Mobilisierung“* ... gegen die Islamisten!

Früher, als die LFI noch eine revolutionäre Organisation war, lehnten wir eine Gleichsetzung aller Strömungen des Islamismus als *„faschistisch“* vehement ab. Wir schrieben in einer Kongreßresolution: *„Das islamistische Spektrum ist breit gefächert und reicht von den Richtungen, die als konservativ-bürgerliche Parteien den Einfluss der Geistlichenkaste und Großgrundbesitzer neben den Kapitalisten erhalten wollen, sich dabei strikt an die Verfassung halten, über kleinbürgerlich-populistische Strömungen, die gegen den Imperialismus auftreten und Taktiken des bewaffneten Kampfs oder Guerillakriegs anwenden, bis hin zu den Terrorgruppen des Djihaad und halb oder offen faschistischen Organisationen.“* (4)

Während wir also natürlich den Islamismus – ebenso wie den Castro-Chavismus, den Stalinismus usw. – kritisieren, erkennen wir seinen widersprüchlichen Charakter. Daher haben wir immer auf die verschiedenen, unterschiedlichen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Strömungen innerhalb dieses Lagers hingewiesen. Darunter befinden sich sowohl solche, die an der Spitze von gerechten Befreiungskämpfen stehen (oft nationalen oder anti-diktatorischen Widerstandsbewegungen) als auch solche, die eine offen reaktionäre Rolle spielen (z.B. bürgerliche theokratische Regime wie in Saudi-Arabien oder der Türkei, konter-revolutionäre Kräfte wie Daesh). Eine solche Analyse hat die RCIT bis zum heutigen Tag verteidigt und weiterentwickelt. (5)

Doch seit dem Ausschluß der Gründungskader der RCIT durch die Mehrheit der L5I-Führung im April 2011 hat diese Gruppe eine dramatische Rechtswende vollzogen. (6) Das Ergebnis ist ein ständiges Zurückweichen vor dem ideologischen Druck des Imperialismus. Daher reichen ein paar Tote in Stockholm aus, damit die schwedische L5I-Sektion vor der hysterischen imperialistischen Presse zu Bauche kriecht und ihr Zwergen-1914 erlebt.

Auch die britischen Mitstreiter der L5I – früher hießen sie Workers Power, heute haben sie sich in die Labour Party aufgelöst und sind nur noch ein Herausgeberkreis der Zeitschrift *Red Flag* – passen sich rasant an den Reformismus an. In ihrer offiziellen Stellungnahme zu den geplanten Neuwahlen im Juni legen sie eine Art Kurzprogramm dar, für welches die Labour Party eintreten sollte. Dieses faßt das politische Zurückweichen dieser Gruppe vor dem revolutionären Marxismus recht gut zusammen. Eine Unterstützung der Widerstandskämpfe gegen die imperialistischen Großmächte im Nahen Osten und Afrika, ein Aufruf, daß die Labour endlich den rechten Flügel um Tony Blair aus der Partei werfen sollte, ja selbst die Losung einer Arbeiterregierung sucht man in diesem „Programm“ wieder einmal vergebens.

Aber das Bemerkenswerteste an dieser Erklärung ist jedoch etwas anderes. Deutlicher als je zuvor spricht die britische L5I-Gruppe die Konsequenz ihres radikalen Rechtsrucks im vergangenen Jahr in der EU-Frage aus. Wie wir

bereits an anderer Stelle darlegten, haben die LFI in ihrer revolutionären Zeit und die RCIT auch heute noch immer den Standpunkt vertreten, daß revolutionäre Marxisten weder den imperialistischen Nationalstaat (z.B. Britanni-en, Deutschland, Österreich) noch die imperialistische EU unterstützen können. Daher ist es unsere traditionelle Position, daß wir bei entsprechenden Volksabstimmungen weder für noch gegen einen EU-Beitritt (bzw. Austritt) stimmen, sondern für einen unabhängigen Klassenstandpunkt eintreten.

Letztes Jahr brach die L5I mit dieser jahrzehntelangen Tradition und ruft nun für die EU-Mitgliedschaft auf als einen angeblichen Schritt in Richtung Entwicklung der Produktivkräfte und der sozialistischen Vereinigung Europas. Wir wollen an dieser Stelle nicht noch einmal unsere Kritik an diesem abstrusen Bauchfleck vor dem europäischen Sozialdemokratie und damit dem EU-Imperialismus wiederholen und verweisen die interessierten Leserinnen und Leser auf unsere entsprechenden Publikationen. (7)

An dieser Stelle wollen wir nur auf die konsequente Krönung dieser pro-EU Rechtschwende in der jüngsten Stellungnahme der britischen L5I-Gruppe hinweisen. Nachdem die L5I bereits letztes Jahr die EU zur Rechtfertigung ihrer Befürwortung der EU-Mitgliedschaft als „bürgerlich-demokratischen Fortschritt“ bejubelte, ruft nun *Red Flag* in ihrer Stellungnahme nicht nur zum Kampf gegen den Brexit auf, sondern tritt offen für den imperialistischen Binnenmarkt der EU ein! So fordert die L5I-Gruppe von der Labour Party wortwörtlich das „*Eintreten für die Mitgliedschaft im Binnenmarkt*“ und, an anderer Stelle noch einmal, die „*Verteidigung des Binnenmarktes*“! Besser kann man den sozial-imperialistischen Bauchfleck der ex-trotzkistischen L5I nicht auf den Punkt bringen!

Die „*Verteidigung des Binnenmarktes*“ – das ist das Anliegen der Liberalen und Sozialdemokraten. Doch das sogenannte „Trotzkisten“ jetzt auch den Binnenmarkt auf ihre Fahne schreiben ist zwar durchaus konsequent in der Logik der L5I, zeigt aber auch die völlige ideologische Orientierungslosigkeit dieser Gruppe.

Die Tatsache, daß weder die schwedische noch die britische Stellungnahme bislang eine öffentliche Zurückweisung durch die internationale Organisation erfuh, zeigt, wie klein und unbedeutend (so überhaupt existent) die Anzahl der wirklichen Marxisten in der L5I geworden ist. Die L5I ist offensichtlich zu ordinären Markt-Marxisten verkommen!

Fußnoten:

(1) Condemn the terror attacks in Stockholm: fight terrorism and imperialism, 2017-04-08, <https://www.arbetarmakt.com/2017/04/stockholm-terror/>

(2) Britain: Labour must turn Left to spike May's plans, 19/04/2017, <http://www.fifthinternational.org/content/britain-labour-must-turn-left-spike-may%E2%80%99s-plans>

(3) Siehe z.B. RCIT: Der Terror in Paris ist das Ergebnis des imperialistischen Terrors im Nahen Osten! 14.11.2015, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/terror-in-paris/>

(4) Michael Pröbsting and Simon Hardy: Thesen zum Islamismus, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/thesen-zum-islamismus/>

(5) Siehe u.a. Yossi Schwartz: The Marxist View of Reli-

gion in General and Islam in Particular, <https://www.thecommunists.net/theory/marxism-and-islam/>; ISL: Islam, Islamism and the Struggle for Revolution, <https://www.thecommunists.net/theory/islam-and-revolution/>; RCIT: The Revolutionary Struggle against Daesh and the Imperialist Aggression in the Middle East, <https://www.thecommunists.net/theory/resolution-daesh/>; RCIT: Frankreich nach den Attentaten in Paris: Verteidigt die Moslems gegen imperialistischen Krieg, chauvinistische Hetze und staatliche Unterdrückung, 9.1.2015, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/paris-attacks/>

(6) Die RCIT hat die zentristischen Degeneration der L5I in verschiedenen Dokumenten dargelegt. Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting: Die GAM/L5I und die Europäische Union: Eine Rechtschwende weg vom Marxismus, August 2016, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/l5i-brexit/>; Michael Pröbsting: Verkörpert die EU einen „bürgerlich-demokratischen Fortschritt“? Noch einmal zur EU und den Taktiken der Arbeiterklasse Ein Nachtrag auf unsere Kritik zur Rechtschwende von GAM/L5I und ihrer Befürwortung der EU-Mitgliedschaft, 16.9.2016, <https://www.thecommunists.net/home/deutsch/l5i-brexit-artikel/>; Manfred Meier: Nachbeben des Brexit - Zur Rechtschwende von GAM/L5I: das „JA“ zum Verbleib in der EU, August 2016, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/gam-brexit/>; Michael Pröbsting: The British Left and the EU-Referendum: The Many Faces of pro-UK or pro-EU Social-Imperialism. An analysis of the left's failure to fight for an independent, internationalist and socialist stance both against British as well as European imperialism (Kapitel III.3.), August 2015, <https://www.thecommunists.net/theory/british-left-and-eu-referendum/>; RCIT: Where is the LFI drifting? A Letter from the RCIT to the LFI comrades, 11.5.2012, <http://www.thecommunists.net/theory/centrist-degeneration-of-lfi/>; Zur Geschichte der RCIT sowie der L5I siehe unser Buch von Michael Pröbsting: Revolutionärer Parteaufbau in Theorie und Praxis. Rück- und Ausblick nach 25 Jahren organisierten Kampfes für den Bolschewismus, Dezember 2014, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/rcit-revolutionare-partei/>

(7) In der vorherigen Fußnote finden sich die beiden Dokumente der RCIT, in der wir uns kritisch mit diesem Positionswandel auseinandersetzen.

Verkörpert die EU einen „bürgerlich-demokratischen Fortschritt“?

Noch einmal zur EU und den Taktiken der Arbeiterklasse. Ein Nachtrag auf unsere Kritik zur Rechtswende von GAM/L5I und ihrer Befürwortung der EU-Mitgliedschaft

Von Michael Pröbsting, Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz (RCIT), 16.9.2016

Kürzlich veröffentlichte die RCIT eine ausführliche Arbeit zum imperialistischen Charakter der EU, dem Brexit und der Taktik von revolutionären Organisationen in dieser Frage.¹ Dabei setzten wir uns eingehend mit der Rechtswende der zentristischen Organisation „Gruppe Arbeitermacht / Liga für die 5. Internationale“ (GAM/L5I) auseinander. Bekanntlich änderte die Führung von GAM/L5I kürzlich ihre Position zur EU und betrachtet diese nun als etwas für die Arbeiterklasse Fortschrittliches. Daher ruft sie nun im Falle eines Referendums – wie z.B. im Juni 2016 in Britannien – für den Beitritt zur EU bzw. für den Verbleib innerhalb dieser auf. Wir haben in unserem Essay aufgezeigt, daß die Rechtfertigung der GAM/L5I-Führung für ihre Taktik eine opportunistische Schönfärberei der EU darstellt und die Konsequenzen ihrer pro-EU-Taktik dem Sozialimperialismus Tür und Tor öffnet.

Im Gegensatz zur GAM/L5I verteidigt die RCIT die orthodoxe marxistische Position – die bis vor kurzem auch von der GAM/L5I selbst unterstützt wurde. Wir lehnen sowohl eine Unterstützung der imperialistischen EU als auch des imperialistischen Nationalstaates ab. Wir treten für einen unabhängigen Standpunkt der Arbeiterklasse ein und unterstützen daher weder die pro-EU-Fraktion noch die Anti-EU-Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie. Konsequenterweise rufen wir bei Referenden über die EU-Mitgliedschaft weder für ein JA noch für ein NEIN, sondern zur Enthaltung auf.

Kurz nachdem wir diese Arbeit veröffentlichten, erschien eine neue Ausgabe des theoretischen Journals dieser Organisation. Darin findet sich ein Artikel, der sich mit der Frage der Vereinigung Europas auseinandersetzt.²

Dieser Artikel enthält Großteils eine Wiedergabe von bereits in anderen Artikeln von GAM/L5I vorgebrachten Argumenten. Allerdings finden sich darin auch ein paar neue Argumente, die in Wirklichkeit den Revisionismus dieser Organisation noch weiter vertiefen und theoretisch verfestigen.

In folgendem Artikel – einer Art Nachtrag zu unserem Essay – wollen wir daher auf diese neuen Argumente eingehen und so unsere Kritik an der Rechtswende von GAM/L5I abrunden. Wir empfehlen daher den Leserinnen und Lesern, unseren Artikel im Zusammenhang mit dem oben angeführten Essay der RCIT zu lesen.

* * * * *

Die neuen Argumente der GAM/L5I-Führung

Im Wesentlichen verdeutlicht der neue GAM/L5I-Artikel folgende Punkte, mit denen wir uns hier kurz auseinandersetzen wollen.

Erstens bestätigt die GAM/L5I-Führung noch expliziter als bisher ihre Ansicht, daß die imperialistische EU als solche etwas Fortschrittliches und daher für die ArbeiterInnenklasse verteidigungswertes sei. Dies machen die folgenden Zitate unmißverständlich klar:

„Im Gegensatz zur rein nationalstaatlichen Ordnung ist auch eine kapitalistische, bürgerlich-demokratisch ausgerichtete Föderation eine fortschrittliche Entwicklung. Dies wird von den Kritikern der EU oft vergessen...“³

„In dem Zusammenhang wäre auch der Kampf gegen das Grenzregime der britischen Insel zu führen, welches zu katastrophalen Zuständen auf der anderen Seite des Ärmelkanals führt. Dies würde dann in einer bürgerlich-demokratischen Föderation eher passieren und gäbe der ArbeiterInnenbewegung die Möglichkeit zusammen mit den Geflüchteten den aufkommenden rassistischen und nationalistischen Bewegungen des Bürgertums eine starke proletarische Antwort zu geben.“⁴

„Sicher weint kein/e Linke/r einem imperialistischen „Einiigungsprojekt“ eine Träne nach. Zugleich sollte aber auch niemand vergessen: Der Zerfall der EU in einzelne „unabhängige“ Nationalstaaten, der Austritt aus der Union oder der Eurozone stellt auf der Basis des kapitalistischen Staates eine reaktionäre Antwort auf die Krise dar. Die Erweiterung der Produktivkräfte, ein größerer Wirtschaftsraum, engere, übernationale ökonomische Verbindungen, vereinheitlichtere Kommunikations- und Verkehrssysteme, größere Freizügigkeit der Arbeitskraft stellen einen Fortschritt dar, auch wenn sie unter der Ägide des Finanzkapitals „von oben“ durchgeführt wurden. Mit dem Zerfall der EU in einzelne Nationalstaaten werden auch die Grenzen zwischen den ArbeiterInnenklassen Europas wieder errichtet, wird die rassistische Abschottung weiter verstärkt. Darum waren und sind die Auswirkungen des Brexit reaktionär.“⁵

Zweitens wirft die GAM/L5I-Führung nun ihre bisherige Sichtweise über Bord, laut der die Schaffung eines imperialistischen EU-Staatsapparates möglich ist. Heute schließt sie sich der traditionellen Argumentation des Stalinismus an, der eine solche imperialistische Vereinigung Europas mit falschem Verweis auf Lenin als unmöglich erklärt. Mehr noch: während die GAM/L5I-Führung Trotzki unfertige und noch nicht entwickelte Sichtweise von 1915 unkritisch wiedergibt und als Rechtfertigung für ihre opportunistische Unterstützung der imperialistischen EU verwendet, verschweigt und verfälscht sie Lenins Haltung zur Losung der Vereinigten Staaten von Europa.

„Die Krise der EU verdeutlicht aber auch eines. Die Kapitalistenklassen und die imperialistischen Staaten sind nicht fähig, den Kontinent zu einen.“⁶

„Die EU ist somit kein eigenständiger imperialistischer Akteur, es gibt in dieser Form keinen ‚EU-Imperialismus‘, sondern nur eine Bündelung national-imperialistischer Schnittmengen beim Aufbau transnationaler bürokratischer Strukturen, welche auch nur eine gewisse politische Souveränität und Führung mit beinhalten. Daher sind auch alle Vermutungen a la ‚Superstaat‘ grundfalsch, wie sie gerne von den ‚linken‘ Kritikern der EU ins Feld geführt werden. Hier herrscht eben kein ‚Ultraimperialismus‘, wie ihn Kautsky für die Zeit nach dem 1. Weltkrieg erhoffte. (...) Im Gegensatz dazu glauben die ‚linken‘ EU-GegnerInnen, dass es einen EU-Imperialismus gibt, geben damit aber Kautskys revisionistischer Ultraimperialismustheorie recht, gegen die Lenin ebenso nachdrücklich wie methodisch gewettert hatte. (...) Die EU ist ein halb fertiges Gebilde mit dem Problem, dass es unter kapitalistischen Bedingungen eben nicht zu ‚Ende‘ gebaut werden kann.“⁷

Die „bürgerlich-demokratische“ imperialistische EU – ein Fortschritt für die Arbeiterklasse?

Wir haben bereits in unserem Essay dargelegt, daß die GAM/L5I-Führung die imperialistische EU für einen Fortschritt im Interesse der ArbeiterInnenklasse hält und diesen gegenüber einem Austritt aus der EU verteidigen möchte. Die GenossInnen sehen in der EU in erster Linie fälschlicherweise eine Weiterentwicklung der Produktivkräfte sowie einen objektiven Faktor zur Steigerung des internationalistischen Bewußtseins und des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse.

Der neue Artikel treibt diese objektivistische und ökonomistische Argumentationslinie noch weiter. Hier wird nun die imperialistische EU nicht nur als ökonomischer Fortschritt und als objektiv fortschrittlicher Faktor für den Klassenkampf bezeichnet, sondern gleich auch noch allgemeiner als „bürgerlich-demokratischer Fortschritt“.

Dies zeigt auf, wie sehr sich die GAM/L5I-Führung bereits in ihre revisionistische Sackgasse verrannt hat. Anstatt die EU in erster Linie als imperialistische Staatsformation zu erkennen, richten die GenossInnen ihr Augenmerk auf ihren vorgeblich bürgerlich-demokratischen Charakter. Doch, wie wir in unserem Essay ausführlich darlegten, ist ihr entscheidendes Merkmal der Zusammenschluß nationaler imperialistischer Bourgeoisien – v.a. der Großmächte mit Deutschland und Frankreich an der Spitze – zu einer imperialistischen Staatenföderation (mit allen internen Widersprüchen).

In Wirklichkeit widerspiegelt die Argumentation der GAM/L5I-Führung nur den klassischen sozialdemokratischen Mythos, wonach die westeuropäischen Staaten in erster Linie (bürgerliche) Demokratien seien und nicht imperialistische Staaten. Daraus leiteten diese in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab, warum es für die Arbeiterklasse notwendig sei, Frankreich und Britannien in den imperialistischen Weltkriegen zu verteidigen. Wir Trotzkiisten lehnten immer diese Eselsweisheit des Opportunismus ab. Wir stellten ins Zentrum unserer Analyse den imperialistischen Charakter dieser Staaten und zogen daraus die Schlußfolgerung, daß die ArbeiterInnen diese Staaten unter keinen Umständen unterstützen dürften.

Die GAM/L5I-Führung hat den unbedingten Grundsatz des Marxismus vergessen, daß die imperialistischen Staaten in Europa sowie die Europäische Union als Zusammenschluß derselben keine fortschrittliche bürgerliche

Demokratie darstellen und auch nicht darstellen können. Sie sind vielmehr die Staaten bzw. eine Staatenföderation von imperialistischen Bourgeoisien, die im Inneren die eigene Arbeiterklasse ausbeuten, MigrantInnen unterdrücken, die demokratischen Rechte zusehends einschränken und die nach Außen die Völker des Südens ausbeuten und immer mehr imperialistische Kriege führen. Kurz, diese Staaten verkörpern keine fortschrittliche bürgerliche Demokratie, sondern den reaktionären Imperialismus.

Auf diesen Grundsatz wies Lenin schon vor hundert Jahren hin: „Heutzutage wäre es lächerlich, im Hinblick z. B. auf solche unbedingt zentralen und hochwichtigen Mitspieler des europäischen „Konzerts“ wie England und Deutschland an eine fortschrittliche Bourgeoisie, an eine fortschrittliche bürgerliche Bewegung auch nur zu denken. Die alte bürgerliche „Demokratie“ dieser zentralen und hochwichtigen Staaten ist reaktionär geworden.“⁸

Damit wollen wir keineswegs in Abrede stellen, daß in den Ländern Europas noch ein gewisses Ausmaß an bürgerlicher Demokratie existiert – auch wenn diese zunehmend eingeschränkt wird (siehe z.B. das Notstandsregime in Frankreich). Gerade deswegen mißt die RCIT dem Kampf für demokratische Rechte innerhalb der europäischen Staaten große Bedeutung zu – ein Kampf, der immer dringlicher wird, denn die herrschende Klasse in allen europäischen Staaten wird immer mehr zu einer anti-demokratischen, reaktionären Kraft.⁹

Aber daraus ergibt sich keineswegs die Notwendigkeit für eine Unterstützung der EU. Denn im Gegensatz zum Irrglauben der GAM/L5I-Führung verkörpert die EU keineswegs ein Mehr an bürgerlicher Demokratie als die einzelnen europäischen Nationalstaaten. Im Gegenteil, es entbehrt nicht einer Ironie, ausgerechnet die EU als „bürgerlich-demokratischen Fortschritt“ anzupreisen. Bekanntlich gibt es kaum ein europäisches Land, indem das Parlament über so wenige Befugnisse verfügt wie jenes der EU und indem die „Regierung“ (die EU-Kommission bzw. der EU-Rat) außerhalb jeglicher Kontrolle des Parlaments steht.¹⁰

Wir können also die Behauptung der GAM/L5I-Führung getrost zu den anderen Mythen ablegen, die sie zur Rechtfertigung ihrer opportunistischen Unterstützung der imperialistischen EU anführen.

Ist Trotzki ein Kronzeuge für die GAM/L5I-Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“?

Die GAM/L5I-Führung stellt die Losung der Vereinigung Europas als eine an sich fortschrittliche Losung dar. Sie ignorieren dabei, daß eine solche Vereinigung unter imperialistischen Vorzeichen – also unter Führung von einer oder zwei imperialistischen Großmächten – in keinsten Weise fortschrittlich ist, sondern vielmehr die Schaffung eines größeren, mächtigeren imperialistischen Staatsverbandes darstellt, die noch dazu mit der Unterwerfung kleinerer und ökonomisch schwächerer Nationen einhergeht.

Deswegen stellen MarxistInnen auch nicht die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (ohne Klassencharakterisierung und daher implizit *pro-imperialistisch*) auf, sondern ausschließlich die Losung der *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa*.

In ihrem neuen Artikel wiederholt die GAM/L5I-Führung

zwar auch diese Losung der sozialistischen Vereinigung Europas, aber sie verweisen explizit auch zustimmend auf die Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“. Zu diesem Zweck führen sie Aussagen von Trotzki aus den Jahren 1915 an, in denen er die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa aufstellt und behaupten, daß diese Losung auch heute noch zeitgemäß sei.¹¹

Wohlweislich verschweigt jedoch die GAM/L5I, daß Lenin eine scharfe und unmißverständliche Kritik an dieser Losung übte:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.“¹²

Klarer könnte man den Gegensatz zwischen der Sichtweise Lenins und jener der GAM/L5I kaum auf den Punkt bringen: Während Lenin schreibt, daß „die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“ sind, meint die GAM/L5I, daß die EU als „kapitalistische, bürgerlich-demokratisch ausgerichtete Föderation eine fortschrittliche Entwicklung“ sei.

Die gleiche ablehnende Haltung zu den bürgerlichen „Vereinigten Staaten von Europa“ nahm übrigens auch Rosa Luxemburg ein. In den von ihr verfaßten und von der Reichskonferenz des Spartakusbundes angenommenen „Leitsätzen über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie“ bezeichnete sie „europäische Staatenbünde“ und „mitteleuropäische Zollvereine“ als „utopisch oder in ihrem Grunde reaktionäre Projekte“.¹³

Es ist bezeichnend, daß die GAM/L5I-Führung mit keinem einzigen Wort Lenins Kritik erwähnt. Halten die GenossInnen diese Kritik für falsch? Dann sollten sie es sagen.

Abschließend sei erwähnt, daß sich die GAM/L5I-Führung, wie wir in unserem Essay anführten, auf Aussagen Trotzki beruft, die dieser aufstellte bevor er seine zentristischen Schwächen vollständig überwand und sich 1917 der bolschewistischen Partei anschloß. Trotzki selber entwickelte bekanntlich diese Losung weiter und brachte sie 1923 in der Form der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa bzw. der Vereinigten Sowjetstaaten von Europa vor. Für eine ausführliche Diskussion der Entwicklung von Lenins und Trotzki's Haltung zur Losung der Vereinigten Staaten von Europa verweisen wir auf eine andere von uns verfaßte Arbeit.¹⁴

Hielt Lenin eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Bedingungen für unmöglich?

Doch die GAM/L5I-Führung verschweigt nicht nur Lenins Kritik an Trotzki's Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa, sie verfälscht auch seine Haltung. Indem sie behauptet, daß Lenin eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Vorzeichen für unmöglich hielt, wiederholen sie die unsäglichen stalinistischen und zentristischen Interpretationen.

Wie das oben angeführte Zitat aus dem neuen Artikel der GAM/L5I zeigt, erklären die GenossInnen heute – wie schon früher diverse Stalinisten, aber auch trotzkoide Zentristen wie Peter Taffees CWI, Alan Woods IMT und andere – daß eine Vereinigung unmöglich sei. Sie behaupten sogar, daß die These der möglichen Vereinigung Europas

im Rahmen des Kapitalismus ein Zugeständnis an die revisionistische Ultraimperialismus-Theorie eines Karl Kautskys wäre.

Das ist natürlich Unsinn. In Wirklichkeit bezog sich Kautskys Ultraimperialismus-Theorie auf die irrigen Annahme, daß ein weltweiter Zusammenschluß der imperialistischen Monopole und Großmächte möglich sei, wodurch es – so der Chef-Theoretiker des Zentrismus – zu einer Überwindung des Wettübens und der Gefahr eines Weltkrieges kommen könne. Diese Annahme war und ist theoretisch absurd und politisch gefährlich. Doch völlig falsch ist die Annahme, daß selbst die kapitalistische Vereinigung Europas unmöglich wäre. Dies haben wir auch in der Vergangenheit den stalinistischen und zentristischen Kritikern entgegeng gehalten:

„Kautskys Revisionismus bestand ja nicht darin, daß er die Möglichkeit eines Zusammenschlusses von zwei oder mehreren Staaten in Erwägung zog. Vielmehr bestand sein Revisionismus darin, daß er die Möglichkeit einer Verschmelzung aller wesentlichen Kapitalien weltweit zu einem einzigen Ultraimperialismus – oder einem „Generalkartell“ wie es Hilferding bezeichnete – behauptete. Genausowenig ist es Revisionismus, wenn man den Zusammenschluß von zwei oder mehreren Konzernen für möglich hält, damit diese besser im Konkurrenzkampf bestehen können. Sehr wohl Revisionismus ist es jedoch, wenn man die friedliche, organische Vereinigung aller Kapitalien weltweit für möglich ist.“¹⁵

Deswegen lautete Kautskys Schlußfolgerung aus seiner Ultraimperialismus-Theorie, daß in einem solchen Falle die Gefahr eines Weltkrieges gebannt sei. Dies geht auch aus folgenden Zitat aus Kautskys bekanntesten Artikel zur Ultraimperialismus-Theorie hervor:

„Man kann vom Imperialismus sagen, was Marx einmal vom Kapitalismus sagt: Das Monopol erzeugt die Konkurrenz und die Konkurrenz das Monopol. Die wütende Konkurrenz der Riesenbetriebe, Riesenbanken und Milliardäre erzeugte den Kartellgedanken der großen Finanzmächte, die die kleinen schluckten. So kann auch jetzt aus dem Weltkrieg der imperialistischen Großmächte ein Zusammenschluß der stärksten unter ihnen hervorgehen, der ihrem Wettüben ein Ende macht. Vom rein ökonomischen Standpunkt ist es also nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus noch eine neue Phase erlebt, die Übertragung der Kartellpolitik auf die äußere Politik, eine Phase des Ultraimperialismus, den wir natürlich ebenso energisch bekämpfen müßten wie den Imperialismus, dessen Gefahren aber in anderer Richtung lägen, nicht in der des Wettübens und der Gefährdung des Weltfriedens.“¹⁶

Der Vergleich unserer Ansicht einer möglichen imperialistischen Einigung Europas mit Kautskys Ultraimperialismus-Theorie durch die GAM/L5I-Führung ist daher völlig falsch.

Wie wir in unserem Essay *Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte der marxistischen Theorie* ausführlich darlegten, hielten die Theoretiker der Bolschewiki – und auch Trotzki selbst in einigen Zitaten – eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Vorzeichen sehr wohl für möglich. Dies geht auch aus dem oben angeführten Zitat von Lenin hervor, laut dem „die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär“ sind. Im gleichen Artikel stellte Lenin fest: *„Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist*

jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. (...) Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte, die durch die jetzige Aufteilung der Kolonien im höchsten Grade benachteiligt und die im letzten halben Jahrhundert unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, von Altersfäule befallene Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d.h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten.“¹⁷

Wir können daher auch diese Rechtfertigung der GAM/L5I-Führung für ihre sozial-imperialistische Anpassung an die EU getrost ins Reich zentristischer Märchenbildung verweisen.

Ist eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Bedingungen unmöglich?

Kommen wir abschließend noch zur Frage, ob eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Bedingungen tatsächlich unmöglich ist. Wir haben immer den Standpunkt vertreten – und die L5I bis vor kurzem ebenfalls – daß eine solche Vereinigung zwar auf große Hindernisse stößt, jedoch keineswegs unmöglich ist.

„Die zentrale strategische Aufgabe der europäischen Bourgeoisie ist daher die verstärkte Entwicklung der EU als ein starker Herausforderer für die USA. Dazu muß sie einen qualitativen Schritt in Richtung einer ökonomisch wettbewerbsfähigen, politisch einheitlichen und militärisch (von den USA) unabhängigen Macht unternehmen und somit ein starker Mitspieler im globalen Spiel werden, der zur Herausforderung der USA fähig ist. Der Ausgang dieses Projekts des EU-Imperialismus, das in den nächsten paar Jahren umgesetzt werden soll, ist ausschlaggebend für die Herausbildung der EU als ein ernsthafter Konkurrent für den US-Imperialismus.“¹⁸

„Wir können das folgende „Gesetz“ aufstellen: Je erfolgreicher die europäische Bourgeoisie der ArbeiterInnenklasse Angriffe und Niederlagen zufügt, umso leichter ist für sie die Schaffung eines vereinten imperialistischen europäischen Blocks und einer entsprechenden Staatsstruktur (unter französisch-deutscher Führung).“¹⁹

Entscheidend ist aber nicht die Frage, ob eine Vereinigung Europas unter imperialistischen Bedingungen stattfinden wird oder nicht. Niemand kann die Realisierbarkeit einer solchen Entwicklung vorhersehen. Letztlich wird dies von zahlreichen Faktoren der kapitalistischen Krise, der globalen Rivalität zwischen den Großmächten und des Klassenkampfes abhängen.

Entscheidend sind vielmehr folgende Fragen: Gibt es seit geraumer Zeit und wird es in der vorhersehbaren Zukunft einen realen und ernsthaften Versuch der wichtigsten Monopolbourgeoisien Europas geben, den Kontinent zu vereinen (in welcher Form auch immer) und so die EU zu einer wichtigen Großmacht auf globaler Ebene zu machen? Diese Frage kann man nur eindeutig bejahen aus folgenden Gründen:

* Der Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und der dabei

stattgefundenen massiven Integration der EU (Maastricht, etc.).

* Der offen ausgesprochenen Pläne verschiedener führender Vertreter des EU-Monopolkapitals.

* Der objektiven Notwendigkeit sich zusammenzuschließen, um so gegen den Druck der anderen Großmächte (USA, China, Rußland, Japan) bestehen zu können.

Und die zweite, noch entscheidendere, Frage lautet: Selbst wenn es zu keiner Vereinigung des Kontinents durch die imperialistische EU kommt, ist es für Revolutionäre statthaft, die ArbeiterInnenklasse hinter den Karren der Monopolbourgeoisie zu spannen, indem man sie zur Zustimmung für den Beitritt bzw. den Verbleib der europäischen Staaten in der imperialistischen EU aufruft? Wie wir in unserem Essay sowie zahlreichen anderen Arbeiten gezeigt haben, können MarxistInnen auf diese Frage nur mit einem eindeutigen NEIN antworten.

Die GAM/L5I-Führung behauptet bekanntlich, daß die Mitgliedschaft in der EU objektiv die ArbeiterInnenklasse dazu zwingen würde, vermehrt international zu kämpfen. Ja, ein gemeinsamer Feind in Form der EU kann das europäische Proletariat objektiv in die Richtung drängen, gegen diesen zu kämpfen. (Es kann jedoch objektiv das Proletariat auch dazu drängen, sich der nationalistischen Rhetorik rechter Populisten „gegen die EU-Bürokratie“ anzuschließen!) Doch ungeachtet dessen – und das ist der politisch entscheidende Punkt – ist das ja wohl kaum ein Grund, daß die Arbeiterklasse für die EU-Mitgliedschaft und damit freiwillig für ihre Gefangenschaft und für ihre Gefängniswärter stimmt! Mit demselben Argument müßten GAM/L5I auch für TTIP und CETA stimmen, würden diese doch – der GAM/L5I-Logik folgend – dadurch zu einem kontinental-übergreifenden internationalen Klassenkampf führen.

Überhaupt ist MarxistInnen die objektivistische Logik der GAM/L5I-Führung fremd. Mit dieser objektivistischen Argumentation müßte sie auch den Ruin der Bauern in halbkolonialen Ländern unterstützen, wird doch dadurch objektiv das ländliche Kleinbürgertum geschwächt und das Proletariat gestärkt. Während MarxistInnen natürlich die Stärkung der Reihen des Proletariats begrüßen, bekämpfen sie jedoch Ruinierung der armen Bauern durch die Monopole und treten für Forderungen ein, die diesen Ruin verhindern.

Kurz und gut, auch der jüngste Artikel der GAM/L5I-Führung liefert keinerlei Gründe, ihrem Rechtschwenk in Richtung Unterstützung für die imperialistische EU zu folgen und damit die traditionelle marxistische Haltung des konsequenten, internationalen Antiimperialismus und revolutionären Defaitismus zu verraten.

Im Gegenteil: Die von der L5I dargelegte genauere Begründung ihres Rechtsschwenks zur Frage der EU zwingt ernsthafte Anti-Imperialisten geradezu eine scharfe Abgrenzung zu diesen Positionen vorzunehmen. Angesichts der relativ frühen Phase der imperialistischen Epoche sowie der politischen Schwächen des jungen Trotzki von 1915 war es damals zwar politisch falsch aber doch noch irgendwie erklärbar eine Losung wie die der „Vereinigten Staaten von Europa“ aufzustellen. Mehr als 100 Jahre später ist eine solche Position ein trauriger Ausdruck des Unverständnisses der Leninschen Imperialismus-Theorie und ein gefährliches Einfallstor für zukünftige, weitere Rechtsentwicklungen in den Reihen der L5I.

Fussnoten

- 1 Michael Pröbsting: Die GAM/L5I und die Europäische Union: Eine Rechtswende weg vom Marxismus. Die jüngste Positionsänderung von GAM/L5I hin zur Befürwortung der EU-Mitgliedschaft verkörpert eine Abwendung von der eigenen Tradition, von der marxistischen Methode und von den Tatsachen, August 2016, in: Revolutionärer Kommunismus Nr. 20, <http://www.thecommunists.net/home/deutsch/l5i-brexit/>
- 2 Tobi Hansen: EU-Krise und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, in: Revolutionärer Marxismus 48, August 2016, S. 47-85
- 3 Tobi Hansen: EU-Krise und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, S. 60 (Unsere Hervorhebung)
- 4 Tobi Hansen: EU-Krise und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, S. 64 60 (Unsere Hervorhebung)
- 5 Redaktion: Wohin treibt Europa? in: Revolutionärer Marxismus 48, August 2016, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/vorwort.htm> (Unsere Hervorhebung)
- 6 Redaktion: Wohin treibt Europa? in: Revolutionärer Marxismus 48, August 2016, <http://www.arbeitermacht.de/rm/rm48/vorwort.htm>
- 7 Tobi Hansen: EU-Krise und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, S. 61
- 8 W. I. Lenin: Unter fremder Flagge, in: LW 21, S. 129
- 9 Siehe dazu u.a. Michael Pröbsting; The Struggle for Democracy in the Imperialist Countries Today. The Marxist Theory of Permanent Revolution and its Relevance for the Imperialist Metropolises, August 2015, in: Revolutionary Communism Nr. 39, <http://www.thecommunists.net/theory/democracy-vs-imperialism/>
- 10 Wir haben uns ausführlicher mit dem EU-Vertrag und der politischen Herrschaftsverhältnisse in der EU in folgender Broschüre auseinandergesetzt: Michael Pröbsting: Der EU-Reformvertrag, seine Hintergründe und die revolutionäre Strategie, Frühjahr 2008, <http://www.thecommunists.net/theory/eu-reform-vertrag/>
- 11 Siehe z.B. Tobi Hansen: EU-Krise und die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, S. 55, 53 und 60
- 12 W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 343.
- 13 Rosa Luxemburg: Entwurf zu den Junius-Thesen (1915), in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Dietz-Verlag, Berlin 1974, S. 45
- 14 Siehe Michael Pröbsting: Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte der marxistischen Theorie. Zur Frage eines supranationalen Staatsapparates des EU-Imperialismus und der marxistischen Staatstheorie. Die Diskussion zur Losung der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa bei Lenin und Trotzki und ihre Anwendung unter den heutigen Bedingungen des Klassenkampfes, in: Unter der Fahne der Revolution Nr. 2/3 (2008), <http://www.thecommunists.net/theory/marxismus-und-eu/>
- 15 Siehe Michael Pröbsting: Die Frage der Vereinigung Europas im Lichte der marxistischen Theorie, S. 17
- 16 Karl Kautsky: Der Imperialismus, in: Die Neue Zeit 32-II, 1914, 21, S.921, siehe auch Stefan Bollinger (Hrsg.): Imperialismustheorien. Historische Grundlagen für eine aktuelle Kritik, Promedia Verlag, Wien 2004, S. 119
- 17 W.I. Lenin: Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa (1915); in: LW 21, S. 344f.
- 18 Michael Pröbsting: Amerikanisierung oder Niedergang - Perspektiven des imperialistischen Projekts der Europäischen Union (2004), in: Revolutionärer Marxismus Nr. 35, S. 34f., <http://www.thecommunists.net/theory/eu-imperialismus-2004/> Dieser Artikel wurde auch von der L5I übersetzt und in ihrem englisch-sprachigen Organ veröffentlicht. (siehe 'Americanise or bust' – Contradictions and challenges of the imperialist project of European unification, in: Fifth International Vol.1, No.2)
- 19 Ebenda, S. 44

Was will die RCIT?

Die *Revolutionär-Kommunistische Internationale Tendenz* (RCIT) – ist eine internationale Kampforganisation für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten. Sie hat nationale Sektionen in verschiedenen Ländern. Die ArbeiterInnenklasse ist die Klasse all jener (sowie deren Familien), die gezwungen sind, als Lohnabhängige ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Die RCIT stützt sich auf die Theorie und Praxis der revolutionären ArbeiterInnenbewegung, die mit den Namen Marx, Engels, Lenin und Trotzki verbunden sind.

Der Kapitalismus gefährdet unsere Lebensbedingungen und die Zukunft der Menschheit. Arbeitslosigkeit, Krieg, Umweltkatastrophen, Hunger, Ausbeutung gehören ebenso zum Alltag des Kapitalismus wie die nationale Unterdrückung von Migranten und Nationen und die Unterdrückung der Frauen, Jugendlichen und Homosexuellen. Daher wollen wir den Kapitalismus beseitigen.

Die Befreiung der ArbeiterInnenklasse und aller Unterdrückten ist nur in einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung möglich. Eine solche Gesellschaft kann nur international geschaffen werden.

Deswegen kämpft die RCIT für eine sozialistische Revolution im eigenen Land und weltweit.

Diese Revolution muß von der ArbeiterInnenklasse getragen und geführt werden, denn sie ist die einzige Klasse, die nichts als ihre Ketten zu verlieren hat.

Die Revolution kann nicht friedlich vonstatten gehen, denn noch nie hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht verzichtet. Der Weg zur Befreiung verläuft über den bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg gegen die Kapitalisten.

Die RCIT kämpft für den Aufbau von Arbeiter- und Bauern-Republiken, wo sich die Unterdrückten in Basisversammlungen in den Betrieben,

Stadtteilen und Schulen – in Räten – organisieren. Diese Räte wählen und kontrollieren die Regierung und alle anderen Verwaltungen und können sie jederzeit abwählen.

Der wirkliche Sozialismus und Kommunismus hat nichts mit dem sogenannten "real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion, China, Kuba oder Osteuropa zu tun. In diesen Staaten beherrschte und unterdrückte eine Bürokratie das Proletariat.

Die RCIT unterstützt alle Anstrengungen, um die Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, Arbeiter und Unterdrückten zu verbessern. Wir verbinden dies mit einer Perspektive des Sturzes des Kapitalismus.

Wir arbeiten in den Gewerkschaften und treten dort für Klassenkampf, Sozialismus und ArbeiterInnen-demokratie ein. Doch Gewerkschaften und Sozialdemokratie werden von einer Bürokratie beherrscht. Diese Bürokratie ist eine Schicht, die durch Posten und Privilegien mit Staat und Kapital verbunden ist. Sie steht den Interessen und Lebensbedingungen der Mitglieder fern. Diese Bürokratie stützt sich v.a. auf die obersten, privilegierten Schichten der Arbeiterklasse – der Arbeiteraristokratie. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse muß sich auf die breite Masse des Proletariats statt auf ihre Oberschicht stützen.

Die RCIT strebt die Einheit in der Aktion mit anderen Organisationen an. Doch wir sind uns bewußt, daß die Politik der Sozialdemokratie und der pseudo-revolutionären Gruppen schädlich ist und sie letztlich ein Hindernis für die Befreiung der ArbeiterInnenklasse darstellen.

Wir treten für die Enteignung der Großgrundbesitzer ein sowie für die Verstaatlichung des Bodens und seine Aufteilung an die armen und landlosen Bauern. Wir treten für die unabhängige Organisation der Arbeiter in der Landwirtschaft ein.

Wir unterstützen Befreiungsbewegungen gegen nationale Unter-

drückung. Ebenso unterstützen wir die antiimperialistischen Kämpfe unterdrückter Völker gegen die Großmächte. Innerhalb dieser Bewegungen treten wir für eine revolutionäre Führung als Alternative zu nationalistischen oder reformistischen Kräften ein.

In einem Krieg zwischen imperialistischen Staaten nehmen wir eine Position des revolutionären Defaitismus ein. Das bedeutet, daß wir keine der beiden Seiten unterstützen und die Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die herrschende Klasse befürworten. In einem Krieg zwischen einer imperialistischen Macht (oder deren Handlanger) und einem halb-kolonialen Land treten wir für die Niederlage ersterer und den Sieg des unterdrückten Landes ein.

Der Kampf gegen nationale und gesellschaftliche Unterdrückung (Frauen, Jugend, sexuelle Minderheiten) muß von der Arbeiterklasse geführt werden. Wir treten für revolutionäre Bewegungen der Unterdrückten ein (Frauen, Jugend, Migranten usw.), die sich auf die Arbeiterklasse stützen. Wir lehnen die Führung von kleinbürgerlichen Kräften ab (Feminismus, Nationalismus, Islamismus usw.) und streben deren Ersetzung durch eine revolutionär-kommunistische Führung an. Nur mit einer revolutionären Kampfpartei an der Spitze kann die ArbeiterInnenklasse siegen. Der Aufbau einer solchen Partei und die Durchführung einer erfolgreichen Revolution wie es die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki in Rußland vor-machten, sind auch im 21. Jahrhundert ein Vorbild für die revolutionäre Parteien und Revolutionen.

Für neue, revolutionäre Arbeiterparteien in allen Ländern! Für eine 5. Arbeiter-Internationale auf revolutionärer Grundlage! Schließ dich der RCIT an!

Keine Zukunft ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Revolution! Keine Revolution ohne revolutionäre Partei!

